

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“
Schalter-Haus geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, 2 M. vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Schilling. — Bezugs-Bestellungen nehmen an: in Wiesbaden die Verlags-Verwaltung, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt; in Wehrich; die deutschen Postämter und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in runder Schaltung; 20 Pf. in beiden abwechselnder Schaltung; sonst für alle übrigen lokalen Anzeigen: 20 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Anzeigen; 2 M. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Morgen-Ausgabe bis 12 Uhr Mittags; für die Abend-Ausgabe bis 5 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin, Wilhelmsdamm, Büchelstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Mittwoch, 25. März 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 141. - 62. Jahrgang.

Bestellungen auf das Wiesbadener Tagblatt

zum Preise von 70 Pf. monatlich und 2 M. vierteljährlich, ausschließlich Bestellgebühr, werden jederzeit angenommen:

im Verlag „Tagblatt-Haus“, Langgasse 21,
in der Zweigstelle Bismarckring 29,
in den Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt,
in den Zweig-Expeditionen der Nachbarorte und
bei allen Postanstalten.

Das „Wiesbadener Tagblatt“, das wöchentlich zweifach erscheint, ist nicht nur wegen seines gediegenen und anregenden Inhalts fast in jedem Hause der Weststadt eingewurzelt als

Das Familienblatt Wiesbadens.

das „Wiesbadener Tagblatt“, die älteste und beliebteste Zeitung Wiesbadens, ist zugleich auch als das erste politische und bei weitem am meisten verbreitete und bedeutendste liberale Blatt

Das führende Organ Nassaus.

Es wird auch fernerhin bestrebt sein, zu jeder grundsätzlichen Frage und allen politischen Ereignissen von Bedeutung eine selbständige und liberale Stellung einzunehmen, im Zusammenhang aller Liberalen den Weg zum Siege des Liberalismus zu sehen und immer von nationalem Gesichtspunkt aus der Wohlfahrt des Ganzen zu dienen.

Nicht nur infolge der Bedeutung durch die besten Telegraphenbureaus, sondern auch durch seine eigene Berliner Redaktion, die im letzten Vierteljahr noch eine wesentliche weitere Ausgestaltung erfahren hat, durch einen umfassenden, modern organisierten eigenen telegraphischen Dienst ist das „Wiesbadener Tagblatt“ in der Lage, bei prompter und gewissenhafter Berichterstattung als

eine aufs schnellste informierte große Tageszeitung

in der Schnelligkeit und Leistungsfähigkeit der Nachrichten-Übermittlung keiner anderen großen täglich zweifach erscheinenden Tageszeitung in anderen Provinzstädten nachzusehen.

Ein anderes Blatt bietet für einen gleichen Bezugspreis in gediegener redaktioneller Bearbeitung und übersichtlicher Anordnung so viel guten und aktuellen Lesestoff wie das „Wiesbadener Tagblatt“.

Als Anzeigenblatt ist das „Wiesbadener Tagblatt“ durch seine weite Verbreitung und textliche Reichhaltigkeit von anerkannt erfolgreichster Wirkung und deshalb auch ganz unbestritten von jeher

Das bevorzugteste Veröffentlichungsmittel Wiesbadens und seiner Umgebung.

Der Verlag.

Die Nachfolge für den Grafen Wedel.

Es ist zu verstehen, wenn sich ein Teil der öffentlichen Meinung nicht mit der Erklärung zufriedengeben will, mit der das allerdings merkwürdige Hin- und Her der Mitteilungen über die Statthalterkandidatur des Herrn v. Dallwitz offiziell abgeschlossen wurde. Man will es nicht recht glauben, daß die Ernennung eines Nachfolgers für den Grafen Wedel nur darum vertagt worden ist, weil ein zweites Entlassungs-

gesuch des jetzigen Statthalters noch nicht vorliegt. Mit treuherziger Miene wird gegenüber diesen Zweifeln gleichwohl an politischen Stellen versichert, es sei wirklich so, obwohl es zugegeben werden muß, daß es unwahrscheinlich klinge; lediglich die Formalität des Fehlens eines abermaligen Abschiedsgesuchs habe den Aufschub zur Folge gehabt. Den naheliegenden Einwand, daß Graf Wedel doch während seiner letzten kurzen Anwesenheit in Berlin diesen Mangel mit einigen Zeilen in wenig mehr als einer Viertelstunde hätte beseitigen können, will man nicht gelten lassen. So stehen wir denn vor einer Behauptung, die als eine Tatsache jedenfalls von Gewicht ist, aber damit sind die Zweifel nicht aus der Welt geschafft, und jedem bleibt es unbenommen, zu glauben oder nicht zu glauben, was er will. Es wird denn doch wohl so sein, daß etwas vorgefallen ist, wovon bisher in weitere Kreise noch nichts hat dringen können. Ein Erklärungsversuch, dem man eine gewisse innere Stichhaltigkeit nicht ganz absprechen kann, wird von den Berliner „Neuesten Nachrichten“ geliefert. Hiernach war es die Absicht, in das Statthalterpalais nicht abermals einen Mann einzulassen zu lassen, der durch den Klang seines Namens oder durch den Reiz seiner Persönlichkeit berufen wäre, den Souverän auch äußerlich zu repräsentieren. Man will sich vielmehr mit jemand begnügen, der die Qualitäten eines nach jeder Richtung brauchbaren Oberpräsidenten besitzt, um dadurch der neuen Lage von vornherein ihre Marke zu geben. So hat man ganz natürlich zwischen Herrn v. Rheinbaben und Herrn v. Dallwitz geschwankt und scheint sich schließlich für letzteren entschieden zu haben, weil er vielleicht noch unauffälliger wirken würde als jener. In diesem Stadium nun soll es nach dem genannten Blatte Graf Wedel unternommen haben, seinen Esch-Lothringern einen letzten Dienst zu erweisen, er soll in Berlin darum gebeten haben, einen Kandidaten auszusuchen, den das Selbstgefühl der Esch-Lothringer als den gegebenen Vertreter des Kaisers begreifen würde und der schon aus diesem Grunde zu einem raschen Ausgleich der Gegenläufe beitragen vermöchte. Es wird angedeutet, daß Graf Wedel darauf hingewiesen haben dürfte, die Entsendung eines Mannes, den die Bevölkerung füglich nicht anders denn als einfachen Oberpräsidenten empfinden würde, könne die vorhandenen Verstimmungen nur verstärken. Das klingt, wie gesagt, ganz annehmbar, aber ob es sich so verhält, weiß man nicht, und das Rätsel der Statthalterfrage bleibt somit einstweilen ungeklärt. Von besonderem Interesse ist es nun aber, zu sehen, wie allgemach die konservativen Freunde des Herrn v. Dallwitz nervös werden. Unter dem Vorgeben, eine bedenkliche Vermutung weit von sich abzuweisen, äußert die „Deutsche Tagesztg.“ diese Vermutung doch, bringt also ein neues auffälliges Moment in die Sachlage. Das Bündlerblatt erinnert daran, daß früher bisweilen Mitteilungen von bevorstehenden Ernennungen vorzeitig in die Öffentlichkeit gebracht wurden, um damit der schließlichen Ernennung Schwierigkeiten zu bereiten. Die „Deutsche Tagesztg.“ will der „Kölnischen Zeitung“, die in einem Berliner Telegramm die Ernennung des Herrn v. Dallwitz zum Statthalter angekündigt hatte, solche Machenschaften zwar nicht in die Schuhe schieben, womit sie köstlich zweifellos das Richtige trifft, in dessen Wirk es sonderbar, daß eine so üble und verlebende Vermutung, auf die bis dahin noch kein

Mensch gekommen war, in einer so boshaft geschickten Weise überhaupt geäußert werden kann. Fürchten die konservativen Schildhalter des Herrn v. Dallwitz vielleicht, daß er am Ende gar nicht der Erwählte sein soll? Ob sie es mit Grund fürchten, wird sich in den Dertagen zeigen, in denen ja die Statthalterfrage entschieden werden soll. Warum gerade in den Dertagen und warum gerade von Korfu aus, das gibt schließlich auch wieder Rätsel auf. Entweder ist der Nachfolger des Grafen Wedel schon bestimmt, und dann kann seine Ernennung auch ohne nachmaligen Vortrag des Reichskanzlers beim Kaiser jederzeit erfolgen oder der Nachfolger sieht noch nicht fest, und dann sind die offiziellen Bemühungen, den Fall mit gleichgültigen Formalien zu erklären, allerdings hinfällig. Daß es Schwierigkeiten machen sollte, für Herrn v. Dallwitz als Minister des Innern einen Nachfolger zu finden, kann man sich im übrigen nicht gut vorstellen. Wer aber auch diese Erbschaft antreten mag, jedenfalls wird es kein Bürgerlicher sein. Überall wird es als so selbstverständlich, weil im Einklang mit dem preussischen System, empfunden, daß nur ein Mitglied des ostelbischen Adels Minister des Innern werden kann, daß der Gedanke an einen bürgerlichen Minister auf diesem Posten nicht einmal den verwegenen Träumern in den Sinn kommen kann.

Oesterreich und die russische Gefahr.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

KW. Wien, 21. März.

Es klingt geradezu grotesk, daß der erste nationale Ausgleich, der in Oesterreich zustande kam, der Ausgleich zwischen Polen und Ruthenen, den Anstoß zur Verschärfung der Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland gegeben hat. Die Ruthenen haben nun endlich in Galizien ein kodifiziertes Minoritätsrecht erhalten, das ihnen eine ihrer Bevölkerungszahl und ihrem kulturellen Niveau entsprechende Existenz und Entwicklungsmöglichkeit sichert. Sie haben ferner in naher Aussicht eine ruthenische Universität in Lemberg, die als einzige Hochschule in dieser Sprache aller Voraussicht nach das Zentrum der ruthenischen Jugend und Geisteswelt nicht nur in Galizien, sondern auch jenseits der russischen Grenze werden wird. Das Ukrainertum in Rußland hat weder ähnliche politische Rechte noch ein derartiges Kulturzentrum, obwohl die russischen Ukrainer ihre galizischen Vollsogenossen an Bevölkerungszahl um das Dreifache übertreffen. Die Folgen davon sind leicht abzusehen: bisher hat Rußland mit Hilfe des rollenden Rubels unter dem Deckmantel der orthodoxen Religion unter den Ruthenen Galiziens eine gefährliche Pionierarbeit verrichtet, die bereits das Entstehen einer ausgesprochen russophilen ruthenischen Partei zur Folge hatte. Das hat bei der armen und kulturell sehr tiefstehenden galizischen Bauernbevölkerung keine besonderen Schwierigkeiten, war aber der unmittelbare Anlaß dafür, daß die österreichische Regierung alles daran setzte, um die Polen zur Anerkennung der wichtigsten politischen und kulturellen Forderungen der Ruthenen zu bewegen. Jetzt hat sich die Situation in das Gegenteil gekehrt: die österreichischen Ruthenen sind befriedigt, die russischen Ruthenen machen ihre Autonomiebestrebungen mit erhöhtem Druck geltend und verlangen dieselben Rechte, wie sie ihre Vollsogenossen in Galizien nunmehr erhalten haben. Es besteht heute unter den russischen Ukrainern eine ausgesprochen autrophile Bewegung, die, wie die jüngsten Demonstrationen in Kiew be-

Frühlingstage in Griechenland.

Von Erich Köhler.

Ich weiß, es gibt Leute, die Jahr für Jahr einige Wochen an der Riviera verbringen. Ich empfand gar bald das Bedürfnis, dieser einflulenden Süße zu entfliehen und neue Schönheit, vielleicht anderer Art, zu suchen. Das Meer lockt mit verschwiegendem Zauber hinaus in die Weite. Was liegt da näher, als ihm sich arguübertrauen! Bis Genua bringt uns der Zug, der sich mühsam seinen Weg zwischen Meer und Gebirge bahnt. Nach der wundervollen Fahrt, in der die trefflichen Züge der P. L. M. (Paris - Lyon - Mediterranée) den Reisenden von Paris an die Riviera führen, mutet diese Strecke auf den gräßlichen italienischen Bahnen zwar reichlich hinterwäldlerisch an. Aber die paar Stunden verfliegen rasch, und im Golf von Genua bläht noch am selbigen Abend ein frischer Seewind den Staub von der Lunge.

Die Zeiten, in denen man sich für eine Reise über Italien hinaus wie für eine Bestimmungsliste rüstete oder mindestens vorher ein Testament machte, sind vorüber. Mit der stetig fortschreitenden Verbesserung der Verbindungen hat sich auch der Verkehr entsprechend gehoben, und ein Frühlingsausflug nach Griechenland bedeutet heute nicht mehr als eine angenehme Abwechslung, eine kleine Sprittour. Von Marseille aus unterhält der Norddeutsche Lloyd eine regelmäßige Linie nach der Levante, die für Passagiere die bequemste und beste Verbindung mit Griechenland darstellt. Übrigens bietet diese Linie auch eine ausgezeichnete, sehr

billige und noch merkwürdig wenig bekannte Verbindung nach Konstantinopel für Leute, denen nicht jeder Tag lostbar ist.

Auch wir freuten uns anfangs nur der Vorzüge des Seeweges. Unsere „Stambul“ hielt den Anforderungen des Meeres wacker stand, und La Palomas weißes Schloß, Eibas dunkle Gänge konnte man in Frieden bewundern. Neapel freilich empfing uns wenig freundlich und läßte Regenschauer tauchten seine vielbesungene Schönheit in trübe Nebel und überzogen sie mit einer zähen Schlammschicht. Dafür grub sich der Anblick Pompejis in der grau düsteren Regentimmung um so tiefer in die Sinne. Den Misseiler Kosov suchten wir dann allerdings vergeblich, als wir auf Capri zu hinfuhren in die Weite freierten. Er hatte sein Haupt in der Nebelkappe verborgen. Ebenso unbefriedigend war der Atna, nach dem wir in Catania ausspähten. Ihm galt unser letzter Blick. Was nachkam, war — sagen wir — ein Stürmchen. Und es war Abend und es ward Morgen und wieder Mittag! Der zweite Tag! Da schimmerte ein blauer Streifen in der Ferne auf, der still und unspödisch aus dem Loben der Wasser emporschwamm. Kap Malapan streckte seine langen Felsenfinger vor uns Poseidon zog sich zurück.

Von Kap Malapan an erwachen die schwärmerischen Vorstellungen der Jugend in neuer Kraft. Westlich von seinen schärften Faden lobt der Wind glühend und brüllend gegen die Felsen, die Wogen rasen in wilder, ungebändigter Kraft gegeneinander und gegen die Holzplanen, die auf ihren weichen Kammern tanzen. Im Osten aber sinkt die Empörung des Elementes schier lautlos in die Tiefe. Das Kap trennt

mit scharfem Schnitt die bösen Wellen von den guten, und vergeblich reannen die weichen Berde von Westen her gegen den Felsgrat an: er hält ihrer Wut getreulich stand und läßt die spiegelnde Glätte im Osten nicht tören.

Als unser Dampfer fast lautlos zwischen Kap Malea und der Insel der Cythera sich durchwindet, sind plötzlich wieder alle Winkel von Passagieren besetzt, und kein Mensch weiß noch etwas von den Ängsten der vergangenen Stunden. Ein tiefblauer Himmel leuchtet über uns, und der Orion sieht mit seinem getreuen Hunde über uns auf, um Wache zu halten. Unter seinem Saub geht die Fahrt an der Küste des Peloponnes entlang weiter, bis uns der Morgen im Piräus begrüßt.

Weiß schimmern die Häuser, die den Hafen umkränzen, weiß leuchtet der grelle Glanz der Sonne durch den Ather, weiß leuchtet im seltsamen Gegenjah von den Höhen der Berge im Westen — aber in diesem Meer von weißglühendem Licht zieht doch ein Punkt jedes Auge auf sich, ein Bau, der von bescheidener Höhe zu uns herüberragt, über den die Jahrhunderte mit zerstörender Wut hingestaut sind, dessen schlank Säulen aber in hellen Funken zu gerstieben scheinen.

Nun packt uns der Rest von Romantik, der in jedem Deutschen wohnt. In fliegender Hast geht es vom Schiff auf den Wagen, der auf breiter Landstraße den ragenden Säulen entgegenrollt. An den eleganten Hotels und Cafés von Phäron entlang, das sich zu einem fashionalen Seebad entwickelt hat, geht die Fahrt, bis sie nach einer knappen Stunde vor dem Hotel am Sphragmaplatz, dem königlichen Schloß gegenüber, endet.

wiesen, auch offen auf die Straße tritt. Rußland ist mit seinen eigenen Waffen geschlagen und erlebt jetzt mit seinen Ukrainern dasselbe wie vor 50 Jahren mit seinen Polen. Im Jahre 1871/72 hat das Ministerium Auerberg die ersten Verständigungsversuche mit den polnischen Führern angebahnt und die ersten Verhandlungen wegen einer Galizien zu gewährenden Autonomie eingeleitet. Dieses Vorgehen wurde damals vom Zaren Alexander und seinem Kanzler Bortischalow als Provokation Rußlands erklärt mit der Motivierung, daß Galizien dadurch der Herd einer großpolnischen Bewegung werden müßte, und als Kaiser Franz Joseph zur Unterstützung der Verhandlungen mit den polnischen Führern nach Lemberg reisen wollte, erhielt er vom Zaren die Botschaft, daß Rußland diese Demonstrationen nicht ruhig hinnehmen könnte. Die Polen sind heute zu einem der mächtigsten Faktoren der österreichischen Politik geworden, sind eine bewährte Stütze der Regierung und sind salutarisiert. Sie haben nichts mehr zu fordern, werden von der Regierung verhätschelt und bilden einen Gravitationspunkt für die russischen Polen. Sowohl während der Annexionskrise als während des Balkankrieges im Vorjahre sind alle polnischen Regimenter aus Rußisch-Polen in das Innere des Landes versetzt und durch andere russische Truppen ersetzt worden, weil sie der russischen Heeresverwaltung nicht genug zuverlässig erschienen, und die österreichischen polnischen Abgeordneten konnten im Vorjahre auf Grund ihrer Verbindungen mit den russisch-polnischen Kreisen feststellen, daß die österreichischen Truppen in Rußisch-Polen mit Begeisterung aufgenommen würden. Jetzt vollzieht sich dieselbe Prozedur mit den Russen. Rußland muß gewärtigen, daß in naher Zukunft das galizische Ukrainertum zum Herde einer großukrainischen Bewegung wird. Dadurch wird es erklärlich, daß ein russischer Staatsmann, als die polnisch-ruthenischen Ausgleichsverhandlungen im Vorjahre an dem Widerstand des polnischen Episcopats zu scheitern schienen, sich zu einem befreundeten Diplomaten äußerte: Europa verdanke den polnischen Bischöfen die Erhaltung des Friedens. Rußland hat also an seiner Südgrenze genau denselben Zustand, wie Österreich-Ungarn mit seiner südwestlichen Grenze, nur mit dem Unterschied, daß Rußisch-Polen und das kleinrussische Territorium zu den kulturell am meisten entwickelten und erträgnisreichsten Gebieten Rußlands gehören. Hier liegt der Kernpunkt des österreichisch-russischen Problems, und daraus erklärt sich auch das fortgesetzte Bestreben der russischen Diplomatie, die Balkanländer gegen Österreich zu rathen, um auf diese Art die Monarchie im Süden in Schach zu halten. Die russischen Rüstungen fallen zeitlich mit den polnisch-ruthenischen Ausgleichsverhandlungen zusammen. Was weiter folgte, ist eine natürliche Konsequenz: die Überchwemmung Galiziens und Südungarns mit russischen Spionen, die Balkanbündelverhandlungen in Petersburg, die gespannten diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Petersburg, die zur Folge hatten, daß der im Herbst neuernannte österreichische Botschafter in Petersburg, Graf Szpáryh, Monate hindurch seinen Posten nicht antreten konnte usw. Daraus ergibt sich, daß die künftige Entwicklung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland weniger von der Entwicklung der Verhältnisse am Balkan als vielmehr von der Entwicklung der ruthenischen Frage abhängt. Daraus ergibt sich aber auch, daß Österreich-Ungarn, um seine Kräfte im Norden verwenden zu können, mehr denn je bestrebt sein muß, seine Südgrenze zu entlasten. Das kann nur geschehen, wenn am Wiener Ballplatz der Berliner Kaiserschlag beherzigt wird: Wiederherstellung des früheren innigen Verhältnisses zu Rumänien unter Heranziehung von Griechenland und die Vermeidung jeder Provokation gegenüber Serbien. Die Wiener auswärtige Politik der letzten Zeit entspricht dieser Maxime nicht. Der Weg nach Rumänien führt über Ungarn. Die ungarische Regierung hat zwar unter dem Eindruck der neuen Verhältnisse am Balkan einen Versuch gemacht, den in Ungarn lebenden Rumänen gewisse politische und nationale Rechte zu geben, der Versuch ist jedoch gescheitert. Die Beziehungen der ungarischen Rumänen zur Regierung haben sich nicht gebessert, und das Scheitern der Ausgleichsverhandlungen dient der russischen Ministerarbeit in Rumänien nur als neuer Agitationsstoff gegen Österreich. Was Serbien betrifft, so ist das Auswärtige Amt in Wien soeben daran, die letzte Brücke nach Belgrad abzubauen. Man hat sich in Wien für das französische Projekt der Orientbahn entschieden, das Österreich noch weniger Vorteil bringt als das serbische Verstaatlichungsprojekt, dafür aber in Belgrad neuen Haß gegen Österreich entfacht. Serbien willigt gezwungen ein, es ist aber heute schon sicher, daß es als Revanche keinen neuen Handelsvertrag mit der Monarchie schließen wird. Die Balkanpolitik am Wiener Ballplatz ist durch die Erfahrungen des Vorjahres nicht besser geworden.

Deutsches Reich.

RC. Eine Sprachverfügung an die reichsländischen Oberlehrer. Man schreibt uns aus Stralsund: In der altdeutschen Presse war vor einiger Zeit mit Recht Klage geführt worden über den geringen Nationalismus der Lehramtskandidaten und jungen Oberlehrer an den höheren Schulen Ost- und Westpreußens. Besonders wurde erwähnt, daß diese einheimischen Lehrer sich im Konferenzzimmer gegenüber deutschen Kollegen in provozierender Form der französischen Sprache bedienten. Staatssekretär Graf Köber, in seiner Eigenschaft als oberster Vertreter der Schulbehörde, hat nun an sämtliche Schulvorstände der höheren Schulen eine Verfügung erlassen, wonach die Lehrer ersucht werden, im Unterricht im gesamten dienstlichen Verkehr, dem Konferenzzimmer, auf dem Schulhof nur hochdeutsch zu sprechen. Ferner wurde bemängelt, daß die Leistungen dieser Schüler in der Schriftsprache nicht genügend seien. Der Erlaß des Staatssekretärs hat in den dortigen Kreisen der einheimischen Oberlehrer, die zumeist dem Zentrum nahe stehen, große Entrüstung hervorgerufen. Man glaubt, mit diesem Erlaß solle nicht nur dem heimischen ostpreussischen Dialekt, sondern vielmehr der französischen Sprache eine Zwangsjade angelegt werden. Das tut den Welschlingen bitter weh.

Düppel-Stiftungen. Der Schleswig-holsteinische Provinziallandtag bewilligte am Sonntag einstimmig (unter großer Begeisterung) 100 000 M. als Düppeljubiläumsgabe zur kulturellen Förderung des Deutschthums in der Nordmark, 10 000 M. für die Düppelausstellung in Sonderburg, 5000 M. für die Zusammenkunft der Kriegsveteranen von 1864 in Sonderburg vom 27. bis 29. Juni.

Der 6. Deutsche Seeschiffahrtstag. Unter überaus zahlreicher Beteiligung ihrer Mitglieder traten gestern vormittag im Sitzungssaal der Berliner Handelskammer der Deutsche Nautische Verein und der Verband Deutscher Seeschiffvereine zu ihrer gemeinsamen Tagung zusammen, an der auch zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden teilnahmen. Die Referate der Tagesordnung betrafen überwiegend fachliche Fragen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das Thema „Polar- und Forschungs-Expeditionen“, über das der Direktor der Deutschen Seewarte, Komietadmiral a. D. Behm, referierte. Es wurde u. a. beschlossen, über die Möglichkeit gleichzeitiger Abgabe von Schallsignalen über oder unter Wasser Versuche anstellen zu lassen, um festzustellen, ob hierdurch eine Bestimmung der Entfernungen möglich ist. Die Beratungen des Seeschiffahrtstages werden heute zu Ende geführt.

Der Deutsche Fischereirat wird unter dem Vorsitz des Fürsten v. Hatzfeld, des Präsidenten des Deutschen Fischereivereins, vom 24. bis 28. Juni in Dresden eine Tagung abhalten. Vorher werden dort einige Ausschüsse des Deutschen Fischerei-Vereins zusammenberufen.

Kirche und Bildungswesen.

Urlaub für Oberlehrer und Oberlehrerinnen, die dem 50jährigen Jubiläum der Deutschen Schafspeere-Gesellschaft in Weimar beiwohnen wollen (22. bis 24. April), hat der preussische Unterrichtsminister gewährt, sofern dies ohne Nachteil für die betreffende Lehramtsstelle geschehen kann. Das Königl. Provinzialschulinspektorium wird die Direktoren der höheren Lehranstalten davon verständigen. (Erlaß 21. März.)

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Zippertling, Leut. der Inf. des Fü. Regts. v. Gersdorff (Aurbeck) Nr. 50 (Wiesbaden), * Vogelsang, Leut. der Inf. des 1. Kass. Feld-Art. Regts. Nr. 2, Oranien (1. Offen), zu Oberleut. befördert. * Winder (1. Tr.) Oberleut. der Inf. des 1. Kass. Feld-Art. Regts. Nr. 27 Oranien, zum Hauptm. befördert. * Sauerleber, Hauptm. der Inf. des 1. Kass. Feld-Art. Regts. Nr. 27 Oranien (Schl.-Wing), der Abschied bewilligt. * Reimann, Oberleut. der Inf. des Inf. Regts. v. Sothen (2. Rhein) Nr. 25 (Wiesbaden), * Eich, Oberleut. der Inf. des 2. Bad. Gren. Regts. Kaiser Wilhelm I. Nr. 110 (Wiesbaden), * Spitzer, Oberleut. der Inf. des 6. Lotbr. Inf. Regts. Nr. 144 (Wiesbaden), * Bann, Oberleut. der Inf. des 1. Kass. Feld-Art. Regts. Nr. 27 Oranien (Wiesbaden), * Reuhaus, Oberleut. der Inf. des 2. Thür. Feld-Art. Regts. Nr. 55 (Wiesbaden), zu Hauptm. befördert. * Herb, Oberleut. der Inf. des Kurhess. Train-Bats. Nr. 11 (Wiesbaden), * Reis, Oberleut. der Landw.-Abt. 1. Aufgebots (Wiesbaden), zu Rittmeister befördert. * Gasse, Leut. der Inf. des Inf. Regts. Hessen-Domburg Nr. 166 (Wiesbaden), zum Oberleut. befördert. * Seinhmann, Rittm. der Landw.-Abt. 2. Aufgebots (Wiesbaden), mit der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform. * v. Grolman, Leut. der Inf. des 8. Ostpr. Inf. Regts. Nr. 45 (Wiesbaden), der Abschied bewilligt.

Der größte Truppenübungsplatz, den die deutsche Armee im Osten erhalten soll, ist nunmehr durch geeignenden Landemersch gesichert. Der Platz, der in den Kreisen D.-Krone

und Neustettin liegt, soll bis zum Sommer 1917 hergerichtet und dann seiner Bestimmung übergeben werden. Er erhält eine Größe von rund 200 Quadratkilometer und wird Lager für die Unterkunft von zwei Infanterie-Brigaden und einer Kavallerie- oder Artillerie-Brigade erhalten. Es werden auf dem gewählten Terrain zwei Truppenlager mit festen Gebäuden und Baracken errichtet werden. Das ganze Areal des Übungsplatzes wird Anmarschwege bis zu 25 Kilometer ermöglichen; eine Division kann auf ihm in aller Bequemlichkeit manövrieren.

Deutsche Schutzgebiete.

Zur Feier des 25jährigen Bestehens der Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika findet am 16. April — dem Tage, der durch Kabinettsorder vom 16. September 1911 als Stiftungstag der Schutztruppe festgesetzt worden ist — in Berlin im Banquetsaal des Restaurants Zoologischer Garten ein Festessen statt, das zugleich der 10jährigen Erinnerung der letzten schweren Kämpfe für die deutsche Herrschaft in Südwest gewidmet ist. Anmeldungen von Offizieren, Sanitäts-, Veterinär- und anderen Beamten, die der Schutztruppe angehört haben, werden bis spätestens 8. April dieses Jahres an das Kommando der Schutztruppen — Berlin W. 8, Mauerstraße 45-46 — erbeten. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Zur Bekämpfung der Schlafkrankheit im Sanganzipsel. Um die Verbreitung der Schlafkrankheit im Bezirk Oberlangenthal zu verhüten, hat der Gouverneur von Kamerun diesen Bezirk durch eine Linie, die in ostwestlicher Richtung von Tanga nach Bageri verläuft, in einen nördlichen und in einen südlichen Teil geteilt. Eingeborene, die sich aus dem südlichen in den nördlichen Teil begeben wollen, haben laut einer im Kameruner Amtsblatt veröffentlichten Verordnung in der Sanitätsdienststelle Kambe sich untersuchen zu lassen und beim Abmarschieren der bezeichneten Linie einen Gesundheitsausweis vorzuzeigen. Ohne einen solchen Ausweis ist das Betreten des nördlichen Teils nicht gestattet. Eingeborene aus dem Norden des Bezirkes dürfen nicht über die bezeichnete Linie hinaus nach Süden gehen. Strafverfügungen dienen der Durchführung dieser Maßnahmen.

Der Begehau in Togo. Für den Kulturfortschritt in Togo ist ein im dortigen Amtsblatt mitgeteilter Aufruf des Gouverneurs charakteristisch. Dieser Aufruf ordnet nämlich an, daß bei Dienstreisen der Beamten die Gängematte als Beförderungsmittel weggelassen soll, da die Wege so gut ausgebaut seien, daß Fahrräder, Kraftwagen und Kraftwagen benutzt werden könnten.

Ausland.

Luxemburg.

Der Prozeß gegen Bischof Koppes, Luxemburg, 24. März. Vor dem Justizpolizeigericht beginnt heute vormittag die Verhandlung gegen den Bischof Koppes wegen seiner bekannten Rede auf dem Reichertskatholikentag, deren wegen eine Anzahl linksgerichteter luxemburgischer Abgeordneter Verleumdungsklage gegen den Bischof angehängt haben. Eine Reihe von Journalisten aus Deutschland, die der damaligen Versammlung des Katholikentags beiwohnten, sind als Zeugen geladen worden.

Frankreich.

Rein Aufschwung der Neuwahlen. Paris, 24. März. Der Vollausschuß der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei nahm einstimmig einen Beschlussh Antrag an, in dem erklärt wird, daß eine Verzögerung der Kammerwahlen eine ernste Unzulänglichkeit bedeuten würde. — Die Regierung hat sich übrigens gleichfalls gegen jeden Aufschwung des Wahltermins ausgesprochen. — Jaurès meint in der „Humanité“, eine Verzögerung der Wahlen wäre der schwerste Fehler, den die republikanische Partei begehen könnte.

Caillaux noch nicht ganz ausgeheilt. Paris, 24. März. Eine vom Vollausschuß der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei veröffentlichte Mitteilung besagt, daß Caillaux keineswegs bereits dem politischen Leben entfagt habe. Caillaux, der gegenwärtig allzu sehr von seinem Schmerz und den häuslichen Sorgen erfüllt sei, habe noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt.

Studentenmanifestationen gegen Caillaux in Marseille. Marseille, 24. März. Zu schweren Exzessen politischer Natur kam es gestern in Marseille, indem Studenten und Gymnasialisten eine große Manifestation gegen Caillaux veranstalteten. Sie zogen in einer Stärke von etwa 1000 Köpfen durch die Straßen der Stadt, indem sie lebhaftest Verwünschungen auf den ehemaligen Finanzminister ausließen. In einer Entfernung von einigen hundert Metern hatte sich eine Gegenmanifestation gebildet, die unter Hochrufen auf Caillaux Angriffe auf die Studenten richtete. Es kam zu einer ersten Schlägerei, in deren

und um uns breitete der griechische Frühling seine Schönheit aus. Aus den Bäumen trieb er die kräftigen roten Blütentrauben, die Montebäumen schmeidete er mit graziosen Knospen, vor die Kaskas am Santagma- und am Homonolap lagte er die Riche und Stühle für die zahllosen Müßiggänger, die Koultroi (Schuhputzer) zeigte er, mit ihren Bürsten noch lauter zu klappern als sonst, den schönen Griechinnen sog er die engsten Hemperöcke und die durchbrochensten Mäusen an. Dann aber griff er in die Glut der Sonne und schleuderte mit vollen Händen ihren Glanz auf das Land und die Menschen, erfüllte die Luft mit dem gitternden Jauchzen der leuchtenden Strahlen, ließ von den Marmorsäulen des Parthenon und des Olympieion Lichtstrahlen in die Landschaft jagen und holte aus dem fernher schimmernden Meere die fälschlichsten Reflexe. Die Sonne ist das Lebenselixier des Südens. Hamburg hat auch im Rebell und Regen Reiz und Schönheit, Neapel oder Athen sind im Regen ziellos und häßlich. An solchen Sommertagen aber ist Athen ein eingetragenes Strahlenbündel von einer Intensität, daß man immer wieder einmal die Augen schließen muß. Selbst die härtesten Zypressen nehmen dann etwas von dem Glanz des Frühlings an und streifen ihre felerliche Würde unter einem Schleier von Licht ab. Auf den Plätzen der Stadt, auf denen sich stets mehr öffentliches Leben abspielt als etwa in Deutschland, läßt der Frühling bald Athen erscheinen. Ungeachtet wagt unter den Palmen ein Leben, daß für den Fremdling höchst reizvoll erscheint. Neben den Euzonen im weißen Ballettschaden, einer griechischen Elitegruppe, schreitet widerwollend der Rote in schwarzem Gewande, auf dem bezopften Schädel die topfartige Mütze, neben der eleganten Griechin im neuen Pariser Kostüm drängt sich der perlumple Blumen- oder Rosensammler, der seine Lose wie an einem Fliegenstock hoch durch

die Luft schwingt, Seite an Seite mit dem feiden Offizier geht die Bäuerin im unsauberen, zerfetzten, aber oft mit kunstvollen Stickereien verzierten Nationalkostüm. Die Wildverkäufer vom Lande im wärmenden Hammelfell, die ihren Fiel vor sich herziehen, die klammigen Kerle, die aus einem schmutzigen Papier süßen Lokum (ein Konfekt aus gefochtem Zucker) verkaufen und dazu aus einem Schlauch ein Glas Wasser verabreichen (natürlich für alle aus einem Mafse), die kleinen Zeitungsjungen, die verschmitzten Verkäufer von griechischen Epochen und Beuteln, die wahre Künstler im Fremdennepp sind — sie alle spielen ihre Rolle in dem lebensprägenden Gemälde dieser Plätze.

Auf dies Leben voller Unruhe und Abwechslung schauen die Erinnerungen einer großen Vergangenheit in majestätischem Schweigen herab. Auf die Akropolis ist ein achziger und zwölftener den Resten aus Perikles Tagen einhergewandert. Man muß der Regierung Griechenlands Anerkennung zollen, die die schweren Opfer für die Erhaltung und Bewahrung all dieser Bauwerke übernommen hat und den Genießern der Schönheit im Gegenzug zu Italien kein Opfer auferlegt. Der Eindruck der Akropolis ist ein großer und ungetrübter. Ungetrübter, obwohl Unverständnis und Vandalentum viel zerstört haben. Es ist nicht meine Aufgabe, hier Einzelheiten zu schildern. Nicht von den prachtvoll mächtigen Propyläen, nicht von den großzügigen Niketempeln, nicht von dem im Verfall noch gewaltigen Parthenon, nicht von den herrlichen Korinthischen, des Erechtheion kann ich hier Näheres sagen. Auch das mächtige Odeion (Opernhaus) des Herodes Attikus am Abhang der Akropolis und das Theater des Dionysos mit seinen wunderbaren Marmorstufen und seinem weltberühmten Fries kann ich nur erwähnen. Das Theatron (Tempel des Theseus) am Fuße der Akropolis schien mir ein

wenig gedrückt von seiner Umgebung, und der Hadrianbogen in seiner jetzigen Gestalt wirkt ein bißchen wie eine Zuckerkücherei. Hinter ihm aber reihen sich die Reste gewaltig in den Felsen empor, die mir selbst als die schönsten von Athen erschienen sind: die 15 Säulen, die vom Tempel des olympischen Zeus noch erhalten sind. Als stumme Zeugen einer großen Zeit zeigen diese Säulen in einsamer Größe steil und hart empor, geschmückt mit Kapitälern, in denen die Kunst Korinthis zu künstlerischer Entfaltung gekommen ist. Im Sonnenglanz gewinnt der pentelische Marmor Leben, und frisches warmes Blut quillt aus den kalten, toten Säulen.

Wer schaut der griechische Frühling hat seine Pfunden. Heute suchte er uns mit sengender Glut die Kleider vom Leibe zu reißen, morgen schon pfeift er durch die schlecht geschlossenen Fenster des ungeheizten Hotelzimmers, daß man im Frost erschauert. Das Hotel in Hammelfell könnte ich dem sogenannten ersten Hotel am Santagmaplatz vergeihen, aber den vergeblichen Kampf mit den kalten Tagen nicht. Wer nach mir kommt, lerne von meinen Leiden und gehe nur in ein Hotel mit Zentralheizung. Der vielbesungene brave Zephyr wird das Mistkraut nicht überkommen.

Uns suchte er wenigstens auf der Rückfahrt für die Kälte der letzten Tage zu entschädigen. Die Tage auf der entzückend eingerichteten „Scutari“ des Norddeutschen Lloyd, die uns nach Genua zurückbrachte, verließen unversehrt. Selbst das jonische Meer lachte uns freundlich an und sang uns nur leise marmelind seine Lieber über den Tagen lag ein Reuchten und Schimmern von Wärme und Glanz über den Nächten ein Dulken, ein wohliges Raunen und Träumen, eine heimliche Heiterkeit von unsagbarer Schönheit.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Geburten-Rückgang und freihetliche Weltanschauung.

Über dieses zeitgemäße Thema hatte der hiesige „Freidenkerverein“ auf Montagabend im großen Saal der „Barbar“ einen öffentlichen Vortrag veranstaltet und dafür eine so sehr berufene Persönlichkeit wie Frau Dr. Helene Stöcker (Berlin), die bekannte Vorkämpferin und Führerin der Mütterkühbewegung, gewonnen. Die Versammlung war von Männern und Frauen überaus zahlreich besucht, die mit großem Interesse den Ausführungen der Rednerin folgten. In ihrer überzeugenden und freimütigen Art beleuchtete die Vortragende, mit der einschlägigen Literatur aufs beste vertraut, an Hand reichhaltigen statistischen Materials die Frage des Geburtenrückgangs von den verschiedensten Seiten. Grundsätzlich steht die Rednerin auf dem Standpunkt, daß es für die Erhaltung eines Volkes viel wichtiger ist, eine beschränkte Anzahl gesunder, kräftiger Kinder heranzubilden als eine Masse körperlich unfähiger Geschöpfe. Die Kindererziehung sei längst in ihrem allergrößten Teil nur mehr eine wirtschaftliche Frage, d. h. der Geburtenrückgang habe überall seine gemeinsame Ursache in der wirtschaftlichen Not. Der Staat selbst wirke durch das Heiratsverbot der Beamtinnen usw. auf die Geburten hemmend ein, doch lediglich auch aus der Erwägung heraus, daß Kinder solcher Eltern kein geordnetes Heim haben und unter diesen ungünstigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen keine Bereicherung der Volkskraft bedeuten könnten. Der „doppelten Moral der Kirche“ in dieser Frage setze die Rednerin die Lehre vom „Glücklichgeborensein“ gegenüber, welche die Religion der Zukunft sei. Die rationalistische Art der Menschenentstehung müsse sich allmählich durchsetzen: die alte primitive Art, wonach viele Kinder geboren werden und viele sterben, müsse der anderen Platz machen, wonach nur wenig geboren, aber diese genügend ernährt und zweckentsprechend großgezogen werden. Die traurigen Folgen der schrankenlosen Kindererzeugung, namentlich in Arbeiterkreisen, beleuchtete die Rednerin an zahlreichen zum Teil recht drastischen Beispielen auf Grund beantworteter Fragebogen des Bundes für Mutterküh in Berlin. Den Gehehrentwurf, der den Verkehr mit Schuttmitteln verbieten will, lehnt die Vortragende als eine unheilvolle und überdies völlig verfehlte Maßnahme ab, und zwar aus den in der nachfolgenden Entschließung im einzelnen aufgeführten Gründen, die sie auch statistisch mit der Tatsache belegte, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo ein ähnliches Gesetz bereits zu Recht besteht, die Abstreibungen sich in erschreckender Zahl mehren; so betragen diese in New York jährlich jetzt 80 000, in Chicago 60 000 usw. usw. Die Entschließung, die einstimmig zur Annahme gelangte, hat folgenden Wortlaut: „Die Versammlung des „Freidenkervereins“ spricht ihre lebhafteste Entrüstung darüber aus, daß durch den beabsichtigten Gehehrentwurf, der den Verkehr mit Schuttmitteln verbietet und die Anfertigung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestrafen will —, der Versuch gemacht werden soll, in die privatsittlichen Entschlüsse der Eltern mit Polizeimitteln einzugreifen. Sie sieht darin ein ebenso untaugliches wie unmoralisches Mittel, das die freie sittliche, verantwortlichkeitbewusste Entschliessung der Eltern durch beeinträchtigt, und einen staatlichen Gebärzwang durch Polizeimittel herbeiführt. Nicht Aufstiege, sondern Niedergang der Rasse, Vermehrung der Geschlechtskranken und Prostitution sind die Folgen einer wahllosen Volkervermehrung —, während im Gegenteil Kranke, geistig, sittlich und körperlich Minderwertige im Interesse der Gesellschaft von der Fortpflanzung ausgeschlossen werden müssen! Die Versammlung konstatiert, daß dieselben Kreise, die jetzt durch Polizeimittel einen Gebärzwang herbeiführen wollen, seinerzeit einen weitgehenderen Mutterküh abgelehnt haben. Die Versammlung fordert daher: Hebung von Volkskraft und Geburtenzahl durch Förderung des Mutterkühes, unter anderem durch Ausbau der Mutterkühversicherung zu einer Kinderrente, Vorsehung der Inehelichen, Gesundheitsatteste vor der Eheschließung, Hebung des Hebammenwesens, freie ärztliche und Geburtshilfe, Aufhebung des Fötusaborts, freie ärztliche und Geburtshilfe, Aufhebung des Fötusaborts der Beamtinnen, Wohnungsreform, Ermöglichung der Schutzkölle und Verschönerung der Lebensmittel, zur Unterstützung aller derjenigen Richtungen und Bestrebungen in unserem Volkleben, welche mit uns gegen staatlichen Gebärzwang, aber für staatlichen Mutterküh kämpfen.“

— Mainzer Eisenbahnsorgen. Im „Mainzer Anzeiger“ vom 13. d. M. befindet sich eine Notiz über die Befestigung des Kopfmachens im Kölner Hauptbahnhof und über die dadurch bedingten Änderungen im Fahrplan der rheinischen Schnellzüge im Verkehr mit Frankfurt a. M., insbesondere über die Umleitung des D-Zugs 172 von der linken auf die rechte Rheinseite. In einer Bemerkung wird dabei angedeutet, daß unter den Ursachen, die zur Umleitung des D-Zugs 172 geführt hätten, anscheinend auch die Begünstigung Wiesbadens gegenüber den linksrheinischen Interessen eine Rolle gespielt habe. Zur Vereinfachung der Betriebsführung auf dem stark belegten Kölner Hauptbahnhof soll nach Beendigung des jetzigen Umbaus das Kopfmachen der Züge, d. i. Weiterfahrt mit Lokomotive am anderen Ende des Zuges, beseitigt und dafür der Richtungsbetrieb, d. i. Weiterfahrt ohne Umsehen der Lokomotive, eingeführt werden. Dies hat zur Folge, daß die den Rhein entlangfahrenden Züge ab Köln das Ufer wechseln müssen, daß also z. B. die linksrheinische von Neuz eintreffenden Züge ab Köln rechtsrheinisch die Fahrt fortsetzen und die rechtsrheinische von Düsseldorf ankommenden ab Köln linksrheinisch weiterfahren. Dabei ist jedoch für die rechtsrheinisch nach Köln fahrenden Züge die Möglichkeit vorhanden, durch Benutzung der Kölner Südbrücke einen zweimaligen Uferwechsel vorzunehmen, also das rechte Ufer wieder gewinnen zu können. Für die linksrheinischen Züge fehlt diese Möglichkeit. Für den D-Zug 172, der jetzt ab Hoch über Neuz linksrheinisch nach Köln fährt, könnte nun in Frage kommen, ihn künftig über Trefeld, Düsseldorf nach der rechten Rheinseite zu leiten und ab Köln auf dem linken Rheinufer weiterzufahren. Nichtig ist, daß infolge unüberwindlicher Schwierigkeiten nur übrig blieb, es bei der jetzigen linksrheinischen Leitung über Neuz nach Köln zu belassen und ab Köln rechtsrheinisch über Wiesbaden weiterzufahren. Bei dieser Lösung ist sowohl die Abfahrt von Mainz zu derselben Zeit wie jetzt, wie auch der Anschluß an D 58 in Wiesbaden gewährleistet. Der D-Zug 108 nach Basel nimmt in Köln den Anschluß auf, fährt 5 Minuten später nach Köln ab, die er aber in Bingerbrück wieder einholt, weil das Warten auf den D-Zug 172 in Bingerbrück fortfällt. Die Späterlegung des D-Zugs 108 verursacht zwischen Köln und Koblenz-Binger-

brück keine Schwierigkeiten, weil der Zug den jetzigen Fahrplan des D-Zugs 172 erhält. Mit der vom „Mainzer Anzeiger“ vermuteten abfälligen Bevorzugung Wiesbadens ist es also nicht. Es handelt sich lediglich um eine aus Betriebsrücksichten erforderliche Maßnahme, ebenso wie vor 2 Jahren, als der D-Zug 172, der seit seinem Bestehen (1. Mai 1907) ein rechtsrheinischer Zug war, Wiesbaden fortgenommen und auf die linke Rheinseite verlegt wurde. Mit der bevorstehenden Jurisdiktion auf die rechte Rheinseite wird lediglich der frühere Zustand wiederhergestellt. Mainzer Interessen werden durch die jetzige Maßnahme überhaupt nicht berührt.

— Schlafwagenverkehr. Ab 1. Mai d. J. verkehrt ein Schlafwagen von Stalmerzheim nach Wiesbaden über Halle, Kassel, Bad Nauheim, Bad Nauheim v. d. S. in den Zügen D 102/D 78/287. In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März — also während des Winterhalbjahres — wird der Schlafwagen nur bis Frankfurt a. M. durchgeführt. Auf der Rückfahrt nach Kassel kann der Schlafwagen nur ab Kassel benutzt werden. Von Wiesbaden, bezw. Frankfurt a. M. wird er leer nach Kassel befördert.

— Immobilienversteigerung. Bei Gelegenheit der gerichtlichen Versteigerung des Anwesens Nauentaler Str. 17 dahier blieb der Kaufmann Hermann Krotzschin, einer der Hypothekargläubiger, mit 118 000 M. Höchst- und Bestbieter. Die Zuschlagserteilung erfolgte gleich im Termin.

— Personal-Nachrichten. Der Leiter der Wiesbadener Schuttmittelverwaltung, Polizei-Inspektor Neumann, Oberleutnant d. R. des Infanterie-Regiments 6 (Wid. 2. Rhein.) Nr. 23, ist zum Hauptmann der Reserve befördert worden.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— Arttheater. „Der Doppelgänger“ oder „Der Pumpenball“, der lustige dreifache Schwan von Wilhelm Jacobi, bleibt noch heute Mittwoch und morgen Donnerstag auf dem Spielplan. Für Freitag wird eine dreifache Woffe mit Gesang von Kurt Kraus, Musik von Paul Linde, „Eine lustige Doppelche“ oder „Geschwundene Frauen“ einstudiert. Orchester: Arttheater-Orchester, Spilleitung: Direktor Franz.

— Orgelkonzert in der Marktkirche. Im heutigen Konzert werden Frau Goldbach-Homberg (Konzert- und Orchesterdirigentin aus Hamburg) und Kammermusikant Ernst Binder mitwirken. Das Programm enthält u. a. Arie aus der Mattheuspassion (mit obligatorischer Violine), die Wilhelmische Choralkapellkonzerte für Violine, Adagio aus dem Violinkonzert von Brahms, Orgelwerke von Bach und Saint-Saëns. Der Kirchenchor hat die Neuerung getroffen, daß das Programm, welches auch den Text zu den Solosängern, eventuell auch Erläuterungen, enthält, zum Eintritt berechtigt, auch bleiben während der ersten Programmmnummer die Freiwagertüren geschlossen, um Störungen vorzubeugen. Die Konzerte finden von jetzt ab wieder jeden Mittwoch von 6 bis 7 Uhr statt.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Der Zweigverein Wiesbadener der Deutschen Lutherkirche „Lutherkirche“ hält seine diesjährige Hauptversammlung heute Mittwoch, den 25. März, abends um 8 1/2 Uhr, im „Hotel Union“ in der Neugasse ab.

* Am Samstag findet das Jahresfest des Kassauischen Vereins für Kultur und Kunst im Vortragslokal des Museums um 6 Uhr abends statt. Tagesordnung: 1. Gedächtnisrede auf Arnold Reagenbacher von Geh. Regierungsrat Professor Dr. G. Freytag, 2. Lichtbildvortrag des Oberlehrers Dr. S. Scharf: „Über Kunstformen in der Tierwelt des Golfes von Neapel“. Gäste, auch Damen, willkommen. Abends 8 Uhr gemeinschaftliches Essen im Ballsaal des Kurhauses, wozu Anmeldungen bei dem Schriftführer Dr. S. Günther, Wiesbaden, Ballustr. 3, 3. erbeten werden. Die neuen Erweiterungen des Naturhistorischen Museums sind Sonntag von 11 bis 1 Uhr im Museumslokal zur öffentlichen Besichtigung ausgestellt.

Vereinsfeste. (Nachweise erst 90 bis 90 Stellen.)

* Der Männergesangsverein „Schubertbund“ hielt am Sonntagabend seine humoristische Liedertafel im großen Saal der „Barbar“ ab. Derselbe war sehr zahlreich besucht und bewies aufs neue, daß der Verein seine Mühe und Kosten nicht ohne Erfolg einbringen konnte. Die Tätigkeit des Schubertbundes ist in ganz besonderer Weise als einflussreicher Förderer des Vereins in sein neues Amt eingeführt, ist lobenswerter anzuerkennen. Die Herren Epple und Müller fanden in ihrer Rolle („Die zwei letzten Taler“) lebhaften Beifall. Nicht gut war das humoristische Quintett der Herren Nees, Köbel, Schäfer, Haus und Trösch. Auch das Theaterstück „Die wilde Tom“ wurde von den Mitwirkenden bestens dargestellt und erzielte den gebührenden Dank der Zuhörer. Noch ist zu erwähnen Herr F. Günther als Symphoniker, welcher sich schon ganz aus und über des Publikums eroberte; auch ihm fehlte es nicht an Applaus. Ebenfalls Herr Ernst Kraus für seine heiteren Beiträge, Herrn Wilh. Köbel sen. wurde für seine langjährige Mitgliedschaft das Ehrenmitglied überreicht.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Obstbauverein für den Stadt- und Landkreis Wiesbaden.

FC. Hohlheim a. M., 22. März. In der heutigen unter dem Vorsitz von Verwalter Bollmer (Wiedrich) abgehaltenen Generalsversammlung des Obstbauvereins für den Stadt- und Landkreis Wiesbaden, dem mit 320 Mitgliedern und 350 000 Obstbäumen im Vereinsgebiet leistungsfähigsten Obstbauverein im Regierungsbezirk Wiesbaden, verbreitete sich der Vorstand des Kreises Wiesbaden-Land, Kammerherr v. Heimburg, über die im Oktober anlässlich der Tagung des Kassauischen Landes-Obst- und Gartenbauvereins in Wiesbaden stattfindende Obst- und Gartenbauausstellung. Er konstatierte zunächst das weite Entgegenkommen des Magistrats der Stadt Wiesbaden, der für die Zeit vom 30. September bis 13. Oktober für diese Ausstellung das „Paulinenschlößchen“ mit seinen großen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hat. Für die Ausstellung sind 5 Tage vorgesehen. Alle Vorbereitungen dafür sind bereits in die Wege geleitet, vor allem durch Bildung eines engeren Ausschusses, dem als Vorsitzender der Referent, als Mitglieder Stadtgärtendirektor Verhoff, Kaiser Frankenhof, Kreis-Obst- und Weinbauinspektor Widel, Verwalter Bollmer, Winterkühldirektor Hochrattel und Regierungsassessor Dr. Nied, sämtlich aus Wiesbaden, angehören. Dieser Ausschuss hat bereits ein Arbeitsprogramm usw. ausgearbeitet. Darnach ist als Termin der Eröffnung der Ausstellung der 8. Oktober vorgesehen. Mit dem Schluß der Ausstellung, 13. Oktober, soll ein Verkaufsmarkt einsehen. Am 10. Oktober findet die Vorstandssitzung des Kassauischen Landes-Obst- und Gartenbauvereins statt, der sich am 11. Oktober die Generalsversammlung, verbunden mit Festessen, anschließt. Zur Ausstellung gelangen Obst- und Gartenbauzeugnisse, dergestalt, daß die letzteren zur Dekoration benützt werden. Aussteller sollen alle Einwohner des Stadt- und Landkreises Wiesbaden sein. Die Frage, ob nur Mitglieder des Obstbauvereins als Aussteller zugelassen werden sollen, muß noch einer Prüfung unterzogen werden. Des weiteren können Gemeinden ausstellen. Eine generelle Trennung soll stattfinden zwischen Erwerbsobstbau und Liebhaberobstbau; die Deckung der Unkosten ist aus Zuwendungen usw. gedacht. Der Obstbau im

Verlauf die Polizei eine größere Anzahl von Verhaftungen vornahm. Es dauerte längere Zeit, bis die Ruhe wieder vollständig hergestellt war.

Doch eine Rückberufung Eyboux! Paris, 24. März. Die Rückberufung des Generals Eyboux aus Athen wird jetzt offiziell bestätigt. In seinem Nachfolger ist General de Villareil ernannt worden, der augenblicklich die 70. Infanteriebrigade in Commercy befehligt.

England.

Offizielle Teilnahme an der „Bugra“. London, 23. März. Im Unterhause erklärte auf eine Anfrage der neue Handelsminister Burns, die britische Regierung habe auf Einladung der deutschen Regierung und entsprechend dem Gutachten der buchgewerblichen Verbände Englands beschlossen, an der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig teilzunehmen. Die aus öffentlichen Mitteln aufzubringenden Gesamtkosten werden auf 13 000 Pfund geschätzt.

Spanien.

Das Ergebnis der Senatswahlen. Madrid, 23. März. Nach dem endgültigen amtlichen Wahlergebnis wurden bei den gestrigen Senatswahlen gewählt: 33 Konservern, 40 Liberale, 9 Demokraten, 3 Republikaner, 3 Reformpartei, 4 Unabhängige, 6 Regionalisten, 3 Karlisten, 1 Iniegrist, 1 Katholik und 1 Agrarier.

Rußland.

Professor Sombart in Petersburg. In der Petersburger „R.-Mitte“ schreibt uns: Professor Sombart ist auf seiner Vortragstour durch Rußland nach kurzem Aufenthalt in Riga in Petersburg eingetroffen und hat hier auf Aufforderung des St. Petersburgischen Deutschen Bildungs- und Hilfsvereins am 17. März einen Vortrag über „Liebe und Kapitalismus“ gehalten. Der riesige Saal der Kaiserhofbibliothek, in der der Vortrag stattfand, war brachend voll. Die russischen Zeitungen bringen ausführliche Berichte über den Vortrag und sind des Lobes voll. Am 18. März hat sich Professor Sombart auf Einladung des Moskauer Deutschen Vereins nach Moskau begeben, am 21. März hält er in Petersburg wieder Vortrag über die Rolle der Juden im Wirtschaftsleben der Völker.

Die Hilfsstätigkeit für die Sturmgeschädigten. Petersburg, 23. März. Kaiserin Alexandra Feodorowna hat ein Komitee zur Unterstützung der von dem Sturm am 20. d. M. im Südosten Rußlands heimgesuchten Bevölkerung organisiert und als erste Hilfe zur Verteilung an die Bedürftigen 50 000 Rubel bewilligt.

Nebefreiheit in der Duma. Petersburg, 23. März. In der aller nächsten Zeit soll der Duma ein Gesetzentwurf über die Nebefreiheit für die Abgeordneten vorgelegt werden, um den bisher auf diesem Boden entstandenen Prozessen vorzubeugen.

Balkanstaaten.

Die Konzentrierung der „heiligen Bataillone“. Athen, 23. März. Der militärische Leiter der Aufstandsbewegung in Nordgriechenland hat die Konzentrierung der „heiligen Bataillone“ an drei Punkten in der Nähe der albanischen Grenze angeordnet. Man hält es für wahrscheinlich, daß die Truppen unter Führung von Doustis und Syromillos zuerst Koloia und dann Koriza angreifen werden. Koriza soll dann als Hauptstadt des autonomen Epirus proklamiert werden. Die Aufständischen verfügen auch über Artillerie.

Mexiko.

Die deutschen Verluste. Die Deutschen, die unter Porfirio Diaz in Nordmexiko erfolgreich ihren Geschäften nachgehen konnten, haben mit ganz geringen Ausnahmen jetzt das Land verlassen und warten jenseits des Rio Grande die Entwicklung der Dinge ab. Auch der kaiserliche Konsul Otto Kück in Chihuahua, der Inhaber der Großimport- und -exporthandlung Retzlaff in Vera Cruz, ist nach El Paso (Texas) abgereist, nachdem er, als Villa versuchte, den Ausländern Millionen wertlosen Papiergeldes auszugeben, sein Haus verlassen hatte. Die Sympathien der bestehenden Klassen in Mexiko sind durchaus auf Seiten Huertias, der zwar als coyote (Schafal) bezeichnet wird, dem man allein übertraut, daß er Ordnung im Lande schaffen kann. Wenn auch später und nach der Wiedereinführung geregelter Zustände sehr große Entschädigungen von Staats wegen an die von Villa und seinen Helfershelfern gebrandschalten Fremden zu zahlen sein werden, so sind doch (nach brieflichen Mitteilungen eines Deutschen in besonderer Stellung in Mexiko) Hunderte von Millionen europäischen Kapitals unwiederbringlich verloren und weitere Riesenerluste zu gewärtigen.

China.

Quansichai erkrankt? London, 24. März. Einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Peking zufolge ist der Präsident der Chinesischen Republik erkrankt und die Regierungsgeschäfte werden augenblicklich von dem Vizepräsidenten Linbenkung geführt. Die Terroristenpartei wird von Tag zu Tag mächtiger und Quansichai erhält täglich zahlreiche Drohbriefe.

Japan.

Die Kabinettskrisis. Tokio, 24. März. Der Ministerpräsident hat dem Kaiser gestern nachmittag persönlich das Entlassungsgesuch des Ministeriums überreicht.

Südafrika.

Ein Defizit in den Eisenbahnmaßnahmen. R. Kapstadt, 23. März. Der Eisenbahnminister erklärte im Abgeordnetenhaus, er erwarte für das Jahr 1913/14 bei den Eisenbahnen ein Defizit von 5,7 Millionen Rand. Dieses sei hauptsächlich aus dem Ausfall in den Eisenbahnen entstanden.

Luftfahrt.

Ein neuer Schnelligkeitsrekord. Petersburg, 23. März. Flieger Gaborowski hat heute mit einem Roman-Doppeldecker, auf dem sich außer dem Flieger sein Mechaniker befand und der mit 20 Pfd. belastet war, einen neuen Schnelligkeitsrekord für den Aufstieg aufgestellt. Der Flieger stieg auf dem Militärflugplatz auf und erreichte innerhalb 24 Minuten eine Höhe von 2000 Meter. Der Abstieg auf dem Flugplatz erfolgte innerhalb 7 Minuten.

Kreis Wiesbaden, der bereits auf der letzten Ausstellung in Frankfurt a. M. den Vogel abgeschossen, werde wohl wieder Vorbeeren ernten. Über die Hauspflanzerei ließ sich Kreis-

ch. Weibach, 23. März. Am 15. April wird am Seminar der wirtschaftlichen Frauenschule zu Weibach bei Flörs-

Nassauische Nachrichten.

Ein um die Hälfte herabgesetzter Etat.

ht. Soden a. L., 21. März. Daß eine Gemeinde ihren Haushaltesplan um nahezu 50 Prozent herabsetzt, dürfte noch nicht vorgekommen sein. Soden leistet sich für das Rechnungsjahr 1914 dieses Vergnügen. Der Voranschlag sah für 1913 noch 509 485 M. vor, für 1914 ist er mit 269 055 M. festgestellt.

r. Aus dem Rheingau, 22. März. Gegenwärtig sind im Rheingau falsche 3-Markstücke mit dem Bildnis des Königs Otto von Bayern und der Jahreszahl 1910 im Umlauf. Sie fühlen sich fettig an und sind so schlecht verfilbert, daß der Rand abblättert. Hauptsächlich gelangt die Ermittlung der Täter. — Wie noch erinnerlich, wollten am 6. Februar d. J. drei Matrosen bei dichtem Nebel nach Frei-Weinheim zu ihrem dort haltenden Schiff fahren. Das Boot schlug um und der Matrose Jakob Grieb aus Ferselt in Holland ertrank. Jetzt wurde seine Leiche bei Bingen gelandet. — In der Maschinenfabrik Johannsberg in Geisenheim feierte Herr Johann A. Allendorf sein goldenes Arbeits-

m. Aus dem Rheingau, 23. März. Bei der in Ostrich abgehaltenen Versteigerung von Gelände der Frau A. Weissenheimer Wwe. wurden für die Rute Weinbergland 26 bis 45,50 M. und für die Rute Ackerland 26 M. angelegt. Für eine Reihe weiterer Weinberge wurden 17 bis 146 M. für die Rute geboten, doch erfolgte kein Zuschlag.

k. Höchst a. M., 23. März. Heute Abend wurde in einer unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Vog im „Kasinosaal“ stattgefundenen Versammlung eine gemeinnützige Baugesellschaft mit dem Titel „Bauberein für Höchst a. M. und Umgebung v. G. m. b. H.“ gegründet. Sie der Genossenschaft ist Höchst, doch will dieselbe ihre Tätigkeit, die in der Errichtung zeitgemäßer Wohnungen für Unbemittelte besteht, auch auf die Nachbarorte ausdehnen. Der Geschäftsanteil beträgt 200 M. Er kann in wöchentlichen Raten von 1 M. eingezahlt werden. An der Gründung beteiligten sich die Farbwerke mit 25 und die Gasgesellschaft mit 5 Anteilen. Weitere größere Beteiligungen sind in sichere Aussicht gestellt. Auch sind der Genossenschaft hervorragende Vertreter der Stadt und des Kreises beigegeben. Insgesamt sind bereits 146 Anteile gezeichnet. Die Geschäftsleitung besteht aus den Herren Stadtverordneten Ferd. Hofmann, Vorsitzender; Stadtschreiber Den, Kassierer, und Gewerkschaftssekretär Hartig, Schriftführer. Dem Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender Beigeordneter Dr. Vog ist, gehören die Herren Stadtverordneter Dr. Blank, Postbote Kinkel, Schlosser Knobling, Maschinenmacher Kallenbach, Stationsgehilfe Ling, Landrat Dr. Klausner, Stadtrat Dr. Weidlich und Parteisekretär Walter an.

Greiðheim, 23. März. Die Gemeinde hat gegen die Bezeichnung der Rektorstelle an der Mädchenschule durch Rektor Arndt aus Roffau Protest erhoben, da sie eine jüngere Kraft wünscht.

— Königstein, 24. März. Hauptlehrer Reith hier selbst tritt am 1. Mai in den Ruhestand.

— Utingen, 23. März. In voriger Woche fand die Aufnahmeprüfung in die hiesige Präparandenanstalt statt. Von 40 Prüflingen, die sich zur Aufnahme in die dritte Klasse gemeldet hatten, wurden 33 aufgenommen.

— Eßbach (Kreis Utingen), 22. März. Der Rentant des Eßbacher Darlehnskassenvereins Rebe ist freiwillig aus diesem Leben geschieden. Die Revision der Genossenschaft hat ergeben, daß derselbe einen Betrag von 1000 M. unterzögen hat. Der Eßbacher Darlehnskassenverein gehörte bisher einem Revisionsverband nicht an und wurde von einem Beamten des Königl. Landratsamts Utingen, als gerichtlich bestellter Revisor, die Jahre herauf residiert. Die Buchführung war stets als den Vorschriften entsprechend geschildert und mit der Note „gut“ bewertet. Wie wir vernahmen, ist die Genossenschaft jetzt dem Revisionsverband der nassauischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, e. S. zu Wiesbaden mit der Bitte um Aufnahme nähergetreten. Eine Schädigung der Mitglieder oder Gläubiger der Genossenschaft soll nicht zu erwarten sein.

hn. Kunkel, 23. März. In der letzten Stadtoberordnungsung wurde der Verwaltungsbericht erachtet und der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1914/15 in Einnahme und Ausgabe auf 138 500 M. festgestellt. Die Steuern wurden wie im Vorjahr mit 130 Prozent Einkommen-, 180 Prozent Real- und 80 Prozent Betriebssteuern genehmigt.

Aus der Umgebung.

Brand in einer Schule.

ht. Frankfurt a. M., 23. März. In der Adolzheimer Realschule, einem nahezu hundert Jahre alten Bau, entstand heute vormittag infolge eines Unfalls ein Brand in der Wandlückung. Die Schüler wurden sofort durch die Alarmglocke auf die Gasse aufmerksam gemacht und verließen in musterhafter Ordnung das Haus. Von zwei Löschzügen der städtischen Feuerwehr wurde die Brandgefahr in kurzer Zeit beseitigt.

Höherdeklarierung im Stadt- und Landkreis Kassel. Ms. Kassel, 22. März. Wie die „Hess. Morgenztg.“, bezw. „Hess. Post“ und „Kasseler Stadtanzeiger“ heute berichten, soll infolge des Generalabzuges eine Höherdeklarierung des Einkommens und Vermögens im Stadt- und Landkreis Kassel um 120 Millionen Mark erfolgt sein. Dieser enorme und anscheinend übertriebene Betrag würde allerdings mit dem von Landrat v. Reudell in Eschwege im kurhessischen Kommunallandtag neulich gemachten Angaben über eine Höherdeklarierung von über 100 Millionen Mark im ganzen Regierungsbezirk Kassel nicht in Einklang zu bringen sein.

Neues aus aller Welt.

Eine Doktorfeier. Kargau, 23. März. Ein Bürger von Mägenwil im schweizerischen Kanton Aargau hatte nach sechzehnjährigem Studium endlich den Dokortitel auf einer deutschen Universität erworben. Bei der Heimkehr wurde der neue Dr. jur. von sämtlichen Vereinen seines Heimatortes empfangen und im Triumphzuge ins Wirtshaus geleitet, wo er bis zum Morgengrauen angehaust wurde. 32 Semester Studien seien des Feierns wert, meinten die Leute.

Eine neue Festhalle. München-Gladbach, 23. März. Hier wurde gestern nachmittags im Volksgarten eine Festhalle, die mit einem Kostenaufwand von 350 000 M. errichtet wurde, eingeweiht. Zur Feier war der Oberpräsident der Rheinprovinz Freiherr v. Rheinbaben mit Gemahlin erschienen. Bemerkenswert ist, daß mit der Festhalle eine Turnhalle, die größte von ganz Deutschland, verbunden ist.

Ein Opfer der Nervosität. Berlin, 23. März. Gestern nachmittags setzte ein 47jähriger Professor aus Antwerp seinem Leben durch einen Schuß in die Schläfe ein Ziel. Er war vor einigen Jahren hatte er infolge eines nervösen Leidens seine Tätigkeit als Oberlehrer an einem Berliner Gymnasium aufgeben müssen. Wiederholt suchte er Sanatorien auf, um von seinem Leiden heilung zu finden. Vor wenigen Tagen hatte er seine Villa verlassen, um nach Berlin zu ziehen. Gestern nachmittags verließ er seine Wohnung und schrieb an seine Gattin und eine Reihe von Verwandten und Bekannten Abschiedsbriefe. Er brachte sich den tödlichen Schuß in einer Toilette, des Potsdamer Ringbahnhofs bei. Als der Raum geräuschlos aufgeschlossen wurde, lag der Professor noch kurz nach seiner Einlieferung in die Charité trüt der Tod ein.

In dem tödlichen Unfall des Vertreters der Leuonellinie in Nowalla, Saloniki, 23. März. Die Weltung, nach welcher auch Scheidel aus Forstheim und ein Minenbesitzer in Thalos zusammen mit Scherf verunglückten, ist unrichtig. Scheidel war nicht an Bord des Motorbootes. Scherf nebst einem Mechaniker sind durch Einatmen von Kohlenoxiden umgekommen. Sie hatten wegen der Kälte in der Nacht in der Kajüte Feuer angemacht.

Kohlenoxydvergiftung. Greifswald, 23. März. Auf dem Gut Jader schlossen in einer Leuchte vier russische Arbeiter den mit Steinkohlen geheizten Ofen zu früh und die Küche füllte sich mit Kohlenoxyd. Heute früh wurden zwei Arbeiter tot aufgefunden, ein dritter wurde in bedenklichem Zustande in die Universitätsklinik Greifswald übergeführt, während der vierte Arbeiter, der am Fußboden auf Stroh geschlafen hatte, gesund blieb.

Deutscher Reichstag.

Kurze Anfragen. — Kleine Vorlagen und Klantschau.

S. Berlin, 24. März. (Fig. Drahtbericht) Die heutige Reichstagsitzung währte genau 1 1/2 Stunden. Man erlebte zunächst kleine Anfragen, wobei lediglich die Mitteilung interessant war, daß das angekündigte Reichstheatergesetz dem Bundesrat schon in der allerersten Zeit zugehen wird. Dann wurden ohne Debatte eine Reihe kleiner Gesetzesentwürfe verabschiedet, nach kurzer Diskussion auch der Etat für Klantschau, nachdem die Abgeordneten Raden und Boasche auf der einen Seite und der Staatssekretär des Reichsmarineamts auf der anderen Seite sich gegenseitig Liebeshändlichkeiten gelagt hatten.

In der kurzen Sitzung wurde zweimal ein Sammelspruch vorgenommen, der erste bei der neulich schon lange diskutierte Petition der Väterinnungen gegen den sozialdemokratischen Terrorismus. Der Antrag der Kommission auf Übergang zur Tagesordnung wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Der zweite Sammelspruch mußte über die Festsetzung der Donnerstag-Sitzung vorgenommen werden. Der Präsident hatte vorgeschlagen, zuerst über die Wahlprüfungen und dann über die Anträge der Duellkommission zu beraten. Die Konservativen wollten die Reihenfolge umgekehrt haben, offenbar um die Ungünstigkeitserklärung des Abgeordneten Gösch verschleppen und verhindern zu können. Der Antrag wurde indessen gegen die Stimmen der Rechten und eines Teiles des Zentrums abgelehnt, so daß der Reichstag am Donnerstag über das Schicksal dieser Wahl zu entscheiden haben wird.

Sitzungsbericht.

Eigene Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 24. März.

Am Bundesratstag: Staatssekretär v. Tirpitz. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2,02 Uhr. Auf Antrag des Abg. Dr. Spehn wird von dem Etat des auswärtigen Amtes auch der Titel „Staatssekretär“ nachträglich an die Budgetkommission verwiesen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Abg. Mumm (Wirtsch. Bg.) fragt: Welche Maßnahmen sind vom Reichsversicherungsamt getroffen, um die Anstellungsbedingungen und Rechtsverhältnisse sowie die Besoldung der Angestellten der Berufsgenossenschaften nach den Vorschriften der §§ 600 bis 705 der Reichsversicherungsordnung zu gestalten? Inwiefern haben die Berufsgenossenschaften diese Maßnahmen durchgeführt? Was soll geschehen, um alle Berufsgenossenschaften zu einer angemessenen Besoldung ihrer Angestellten anzuhelfen? Welches sind die leitenden Gedanken des Reichsversicherungsamtes für die weitere Gestaltung dieser Rechtsverhältnisse? Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Caspar: Das Reichsversicherungsamt hat zum Zweck einer angemessenen Regelung der allgemeinen Anstellungsbedingungen und Rechtsverhältnisse der Angestellten der Berufsgenossenschaften, einschließlich ihrer Besoldungsverhältnisse, am 31. Oktober 1912 eine Musterdienstordnung erlassen und bei Genehmigung der von den Berufsgenossenschaften beschlossenen Dienst-

nungen für eine solche angemessene Regelung Sorge getragen. In seinem Geschäftsbericht für 1913 hat es sich über seine Tätigkeit auf diesem Gebiete und über deren Erfolge zusammenfassend geäußert. Leitender Gedanke des Reichsversicherungsamtes bei der Genehmigung der Dienstordnungen ist das Bestreben, den Willen des Gesetzgebers in einer für alle Beteiligten billigen und ausreichenden Weise durchzuführen.

Abg. Dr. Jund (natl.) fragt: Es ist die Meinung geäußert worden, daß die

Erhebung des Wehrbeitrages von Ausländern (§§ 10 und 11 des Wehrbeitragsgesetzes vom 8. Juli 1913) nach bestehenden Staatsverträgen des Deutschen Reiches unzulässig sei. Welche Stellung nimmt der Reichskanzler hierzu ein?

Unterstaatssekretär im Reichsamt Jahm: Die Erhebung des Wehrbeitrages von Ausländern gemäß §§ 10 und 11 des Gesetzes über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag vom 8. Juli 1913 steht nach Ansicht der Reichsleitung nicht in Widerspruch mit bestehenden Staatsverträgen des Deutschen Reiches. Der Wehrbeitrag ist keine Abgabe, welche zu Kriegszwecken oder infolge anderer außergewöhnlicher Umstände auferlegt wird. Die Bezeichnung außerordentlicher Wehrbeitrag bedeutet sachlich nichts anderes als eine nachdrückliche Betonung der Einmaligkeit dieser Abgabe von Vermögen und Einkommen. Die Kennzeichnung des Wehrbeitrages als eine außerordentliche Finanzmaßnahme bezieht sich somit keineswegs auf den Verwendungszweck, sondern beruht lediglich auf finanzpolitischen Erwägungen, bei denen die Abgrenzung der Finanzhoheit des Reiches und der Bundesstaaten im Vordergrund steht. Auf den Wehrbeitrag ist auch die Besitzsteuer derart aufgebaut, daß der Wehrbeitrag sich gewissermaßen als die erstmalig in besonderer Form zur Erhebung gelangende Besitzsteuer darstellt.

Abg. Bassermann (natl.) fragt: Ist die Zeitungsnachricht richtig, daß

das kaiserliche Konsulat in Aden durch die englische Firma Aden Coal Company verwaltet

und nach außen durch einen Deutschen, der Clear dieser Firma ist, repräsentiert wird? Bedenkt der Herr Reichskanzler mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der dortigen deutschen Interessen die Einsetzung eines Berufsconsuls in Aussicht zu nehmen?

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. Matthies: Die Geschäfte des Konsulats in Aden werden augenblicklich von einem Deutschen namens Bogelsang wahrgenommen. Derselbe ist Angestellter der Firma Aden Coal Company. Diese Firma hat aber auf die Geschäfte des Konsulats keinen Einfluß, wie Konsulate überhaupt nicht Firmen, sondern nur Personen übertragen werden können. Bereits seit einiger Zeit sind Bemühungen im Gange, das Konsulat wieder einem selbstständigen deutschen Kaufmann zu übertragen. Die Schwierigkeit dabei beruht darin, daß selbständige Reichsangehörige sich nicht im Hafen von Aden (Steamer Point), sondern nur in der etwa 7 Kilometer entfernten Stadt (Aden Camp) befinden. Das ist auch der Grund, weshalb das Konsulat zurzeit von dem Kaufmann Bogelsang, dem einzigen im Adenhafen wohnhaften Deutschen, verwaltet wird. Sollten diese Bemühungen zu keinem Ergebnis führen, so wird nur übrig bleiben, das Konsulat eingehen zu lassen. Unsere Interessen in Aden sind zu unbedeutend, um die Einrichtung eines Berufsconsulats zu rechtfertigen. Die konsularische Tätigkeit besteht fast ausschließlich in der An- und Abmusterung von Schiffsmannschaften.

Abg. Bassermann (natl.) fragt: Anfangs Januar dieses Jahres ist in Perm der deutsche Reichsangehörige

Hans Rudolf Berliner bei einer Ballonlandung von den russischen Behörden verhaftet

worden und wird seitdem wegen Spionageverdacht festgehalten. Ist der Herr Reichskanzler bereit, mitzuteilen, welche Schritte im Interesse des Genannten seitens der deutschen Regierung unternommen worden sind?

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. Kriege: Am 7. v. M. sind die Reichsangehörigen Berliner, Haase und Nicolai in einem Freiballon in Bitterfeld aufgeflogen und am 11. v. M. im Gouvernement Perm in Rußland niedergegangen. Die Herren sind dann nach Petersburg gebracht worden und werden dort in einem Hotel unter polizeilicher Überwachung gehalten, weil gegen sie wegen Spionageverdachts eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden ist. Das Überfliegen der russischen Grenze ist, sofern nicht eine besondere Erlaubnis erteilt wird, verboten. Dieses Verbot ist uns von der russischen Regierung mitgeteilt und zur Kenntnis der deutschen Luftfahrtskreise gebracht worden. Auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes hat sich

der kaiserliche Botschafter in Petersburg für die baldige Freilassung der Luftfahrer verwandt,

aber die Antwort erhalten, daß zunächst das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung abgewartet werden müsse. Die Botschaft ist daraufhin angewiesen worden, auf möglichst Beschleunigung des Verfahrens hinzuwirken. Nach einem solchen eingegangenen Telegramm der Botschaft wird die Untersuchung in den nächsten Tagen ihren Abschluß finden.

Abg. Dr. Frank (Soz.) fragt: Da in dem Gesetzentwurf vom 25. Februar 1914, betr.

Änderung der Gewerbeordnung für einen Teil theatralischer

Vorschlüssen,

neue Bestimmungen vorgeschlagen werden, ist die Befürchtung laut geworden, daß die zugesagte Regelung des ganzen Theaterwesens noch auf lange Zeit hinausgeschoben sei. Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob nach in diesem Jahr der Entwurf eines Reichstheatergesetzes dem Reichstag vorgelegt werden wird?

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Caspar: Die Vorbereitungen für die gesetzliche Regelung des Theaterwesens sind so weit vorgeschritten, daß dem Bundesrat in nächster Zeit der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden kann. Es wird von den Beratungen im Bundesrat abhängen, wann der Entwurf an den Reichstag gelangt.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag, die Petition der Baderinnung „Germania“ nach

Schutz gegen Vandalen und Streikaufrichtungen der Regierung als Material zu übernehmen. Die Kommission hat Übergang zur Tagesordnung beantragt. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Es findet Sammelgespräch statt. Dabei stimmen für den Antrag 103 Abgeordnete, 180 stimmen dagegen. Der Antrag ist somit abgelehnt. Die Petition wird durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verlegung der deutsch-russischen Landesgrenze vom Nesselstrom bis zum Bisselfluß. Das Gesetz wird ohne Debatte definitiv angenommen.

Es folgen Rechnungssachen, die ohne Debatte erledigt werden.

Der Nachtragsetat für Südwestafrika (Diamanten-Einnahmen und Bahnbau Karibib-Bindhu), wird ohne Debatte in dritter Lesung angenommen.

Etats für Kiautschou und das ostasiatische Marine Detachement.

Der Abg. Raden (Zentr.) erstattet Bericht und führt aus: Der Etat ist mit großer Vorsicht aufgestellt worden. Das Detachement bei Tsingtau zurückzuziehen, ist gegenwärtig noch nicht angängig. Die Verhältnisse in Kiautschou sind durchaus gesund. Der Handel ist gestiegen, und die Einwohnerzahl hat sich seit 1910 um etwa 20 000 Personen vermehrt. Die deutsch-chinesischen Hochschulen müssen ausgebaut werden, um der drohenden amerikanischen Konkurrenz rechtzeitig vorzubeugen. Der Baumwollexport Chinas entgeht unserem dortigen Hafen leider vollkommen, weil wir keine Baumwollprekanlage haben. Eine solche Anlage wäre durchaus rentabel.

Staatssekretär, Großadmiral v. Tirpitz: Der Marineverwaltung und mir persönlich ist vom allerersten Anfang an klar gewesen, daß wir mit der Besitzergreifung von Tsingtau einen guten Griff gemacht haben,

ebgleich vor 17 Jahren noch nicht alle Chancen voll übersehen werden konnten. Wir sind deshalb mit dem Tempo der Entwicklung der Kolonie vorsichtig vorgegangen. Die berechtigten Interessen der Chinesen sind bei allem Festhalten an den Chancen stets berücksichtigt geblieben. Unsere Kolonie Tsingtau ist dazu da, den Chinesen einen Einblick in unsere wirtschaftliche und kulturelle Stellung zu gewähren. Die Herstellung regelmäßiger und rascher Klüßverbindungen ist notwendig, da durch die Bahnbauten nach dem Innern des Landes ein größerer Güterumschlag zu erwarten ist. Dazu kommt, daß Tsingtau der nördlichste eisfreie Hafen Chinas ist und somit ständig dem Verkehr offen steht. Greifen wir jetzt zu, um den deutschen Interessen in China Eingang zu verschaffen.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Es hat sich niemand zum Wort gemeldet, da möchte ich es nicht unterlassen, dem Staatssekretär die Anerkennung für das auszusprechen, was unter seiner Leitung in China geschehen ist. Wir hoffen, daß Kiautschou immer mehr das wird, was wir erziehen, ein nützbringendes Kulturzentrum in Ostasien. Dazu sind wir auf dem besten Wege. Was geschehen ist, ist der systematische Ausbau des Durchgangsverkehrs nach Peking.

China mit seinen hundert Millionen Menschen ist geeignet, für die deutschen Interessen ein außerordentlich günstiges Abzagebiet abzugeben.

Wir dürfen den richtigen Moment nicht verpassen, die drohende Konkurrenz aus dem Wege zu schaffen. Dazu ist nötig, das deutsche Kapital in die ostasiatischen Länder einzuführen. Auf Einzelheiten des Etats gehe ich nicht ein. Die feste Anerkennung ist, daß sich niemand gemeldet hat, um Kritik an diesem Etat zu üben.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat wird angenommen und eine Resolution der Budgetkommission auf Einstellung einer Position zur Verbreitung der deutschen Sprache und Förderung von Privatschulen für chinesische Schüler in den nächsten Etat ebenfalls.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am Donnerstag, den 26. März, nachmittags 2 Uhr, abzuhalten und als Tagesordnung Petitionen, Notetel, Wahlprüfungen, Duellantrag festzusetzen. — Abg. Graf Westarp (kons.) beantragt, zuerst den Duellantrag und dann die Wahlprüfungen vorzunehmen. — Abg. Lechbour widerspricht dem. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Es findet eine Kammergespräch statt. Für den Antrag Westarp stimmen 101, dagegen 122 Abgeordnete. Es verbleibt somit bei dem Vorschlag des Präsidenten. Schluß 3/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“. § Berlin, 24. März.

Am Ministerisch: Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Lieser. Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Etat der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Polen

fortgesetzt. Berichterstatter Abg. Dr. Aries (kons.) referiert über die Verhandlungen in der Kommission. Er weist darauf hin, daß die Ansiedlungskommission im Jahre 1913 18 841 Hektar erworben habe, wofür 34 Millionen aufgewendet worden sind. Die Durchschnittspreise für einen Hektar haben 1400 M. im Jahre 1912 und 1800 M. im Jahre 1913 betragen.

Abg. v. Kessel (kons.): Es ist erfreulich, daß der Ton bei den Verhandlungen der Budgetkommission nicht so parteipolitisch gefärbt war wie in früheren Jahren. Die Ansiedlungen erfreuen sich eines guten Bedehens. Wir können einen sich dauernd steigenden Fortschritt verzeichnen. Es ist zu befürchten, daß bei den steigenden Güterpreisen die Ansiedlungen nicht mehr ertragsreich sein werden. Wir wünschen daher, daß bei der Ansiedlungstätigkeit ein etwas langsamer Tempo eingeschlagen werde.

Abg. v. Harbort (freikons.): Es ist falsch und irreführend, wenn von einem Stillstand in der Ansiedlungstätigkeit gesprochen wird. Wichtig ist ja, daß ein großes Angebot von Land vorhanden ist. Auch wir wünschen, daß etwas langsamer, aber gut angelegt wird. Der Minister hat in der Budgetkommission erklärt, die Frage der Arbeiteransiedlung sei noch nicht gelöst. Wir wünschen, daß die Domänenverwaltung in dieser Richtung vorangeht, dann wird auch der Großgrundbesitz folgen. Wir werden an der bewährten Ostmarkenpolitik im Interesse des Staates festhalten. Ich hoffe, daß die Regierung die Fehler, die sie in der Städtepolitik bisher gemacht hat, in Zukunft wieder gutmachen wird. (Beifall bei den Freikons.)

Abg. Künzer (natl.): Die Ansiedlungspolitik, die so gute Erfolge erzielt hat, haben wir stets eifrig unterstützt. Man kann darüber zweifelhaft sein, ob das Enteignungsgesetz eine wirkungsvolle Waffe gegen das Polentum ist. Die Ansiedlungspolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie Hand in Hand geht mit der wirtschaftlichen Hebung des Bürgerstandes in den Städten. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. Stull (Ztr.): Von allen Seiten ist eine scharfe Kritik an der Ansiedlungspolitik geübt worden. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission hat ihren Zweck vollständig verfehlt. Auf dem Lande beobachtet man eine Zunahme des polnischen Grund und Bodens und in den Städten ein Wachstum der polnischen Bevölkerung. Zudem hat die Ansiedlungstätigkeit ein unnatürliches Steigen der Bodenpreise zur Folge gehabt.

Diese Politik andauernder Mißerfolge hat rund eine Milliarde gekostet.

Der Erfolg dieser Politik ist der, daß die Polen dem Deutschland mehr entfremdet werden, als sie es jemals waren. Ich frage die Regierung, wo soll die Grenze für diese Politik gezogen werden. Mit der Politik der eisernen Faust wird man gegen die Polen keine Erfolge erzielen. Hat man so wenig Vertrauen zu der deutschen Kraft und Intelligenz, daß man mit Gewalt gegen die 3 1/2 Millionen Polen vorgehen zu müssen glaubt? Wir wünschen, daß Gerechtigkeit gegen alle Staatsbürger geübt wird und deshalb lehnen wir diese Politik ab. (Beifall beim Zentrum.)

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer: Der Rückgang in der Ansiedlung ist nicht auf den Mangel an Land, sondern auf den knappen Geldstand und die hohen Preise zurückzuführen. Außerdem hat die Befürchtung mitgespielt, daß es mit unserem östlichen Nachbar zum Kriege kommen könnte. Der Präsident der Ansiedlungskommission legt in diesen geldknappen Zeiten nicht so sehr Gewicht auf die Zahl der Ansiedler, sondern darauf, daß möglichst tüchtige Leute angesiedelt werden. Der Abg. v. Trampegnnski hat kürzlich behauptet, ich hätte mich an den Ostmarkenverein gewandt, daß dieser die Angriffe gegen mich einstellen möge. Ich würde dann für eine schärfere Anwendung des Enteignungsgesetzes Sorge tragen. Ferner sollte ich den Ostmarkenverein gebeten haben, für das Pargellierungsgesetz Propaganda zu machen. Ich erwidere dem Abg. v. Trampegnnski, daß ich mich weder schriftlich noch mündlich in diesem Sinne geäußert habe, weder über das Enteignungsgesetz noch über das Pargellierungsgesetz. Ich habe meine persönlichen Bedenken gegen die Ausführung des Enteignungsgesetzes niemals verhehlt, bin aber dafür eingetreten, daß es angewendet werden muß, wo die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Wir können die preußische Polenpolitik erst dann einstellen, wenn das Deutschtum im Osten nicht mehr gefährdet ist, und wenn die Polen sich entschließen könnten, lokale Staatsbürger zu werden. Ich glaube aber, von dieser Zeit sind wir noch sehr weit entfernt. Einstweilen wird die Regierung alles tun, um das Deutschtum in Posen und Westpreußen vor den polnischen Einflüssen zu sichern. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. Defer (Zp.): Das Ergebnis unserer Ansiedlungspolitik ist, daß trotz Enteignungsgesetz, trotz Anwendung bedeutender Geldmittel es gelungen ist, daß rund 100 000 Hektar deutschen Landes in polnischen Besitz gelangt sind.

während vor Vorliegen des Gesetzes ein Rückgang des polnischen Besitzes zu verzeichnen war. Ein Hauptgrund für die Abnahme der Tätigkeit der Ansiedlungskommission erkliden wir im Steigen der Güterpreise, das die Bewirtschaftung des Bodens unrentabel macht. Die Einführung des Enteignungsgesetzes ist ein schwerer verhängnisvoller Fehler gewesen. Wir wünschen nicht, daß es noch zur Anwendung kommt. Da würde das Vorkaufsrecht des Staates bedeutend besser sein. Die Städte im Osten haben unter der Entwicklung schwer gelitten. Es ist nur zu begrüßen, daß die Regierung beabsichtigt ist, die Wunden, welche die Ansiedlungspolitik den Städten geschlagen, zu heilen. Unsere Ablehnung der Ansiedlungspolitik hält uns aber nicht ab, anzuerkennen, was die Ansiedlungskommission für die kolonialistische Entwicklung des Ostens getan hat. Aus der Sachlage, in die wir mit unserer Ostmarkenpolitik geraten sind, können wir nur wieder herauskommen, wenn wir eine unpolitische, innere Kolonisation, ausgedehnt auf die ganze Monarchie, treffen. (Beifall bei der Zp.)

Abg. v. Trampegnnski (Zp.): Der Minister hat die Wichtigkeit meiner Mitteilung bestritten. Das mag er mit Herrn v. Tiedemann abmachen. Tatsache ist, daß Herr v. Tiedemann an den Ostmarkenverein so berichtet hat. Der Minister hat ferner gesagt, es kämen hier auch ethische Momente in Frage. Das ist richtig, wenn aber der Ostmarkenverein sagt, es ist gleichgültig, was aus den Polen wird, so kann man es uns nicht verdenken, wenn wir unsere Waffen anwenden.

Die ganze Ansiedlungspolitik ist nur dazu da, um eine bestimmte Klasse von Staatsbürgern am Erwerb von Grund und Boden zu hindern.

Kein Staat ist so stark, daß er auf die Dauer den Kampf gegen einen Teil seiner Einwohner führen kann, deren einziges Verbrechen ihre bloße Existenz ist. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Braun (Soz.): Der Erfolg der ganzen Ostmarkenpolitik ist nur ein sehr mäßiger. Die Ansiedlungspolitik ist letzten Endes nur ein Mittel zur Sanierung bankrotter deutscher Gutbesitzer. Durch Unterdrückung, durch brutale Gewaltmaßnahmen wird es nicht möglich sein, die Polen zu zufriedenen Staatsbürgern zu machen. Sie (nach rechts) nennen die Ansiedlungspolitik ein Kulturwerk ersten Ranges. Schämten Sie sich. (Vizepräsident Forst rügt diesen Ausdruck.)

Unterstaatssekretär Küster: Der Abg. v. Trampegnnski hat behauptet, der frühere Präsident der Ansiedlungskommission habe aus dem Dispositionsfonds der Ansiedlungskommission 40 000 M. dem Ostmarkenverein überwiesen. Das ist nicht richtig. Ich muß eine derartige Behauptung mit Entschiedenheit zurückweisen.

Abg. Bachorst de Bente (natl.): Der Landwirtschaftsminister ist auf meine Ausführungen beim Grundbesitzungsgesetz materiell nicht eingegangen. Der Ton, in dem er mir geantwortet hat, ist zum mindesten etwas eigentümlich. Vielleicht glaubte der Minister, durch seine Worte nach der Linken, die speziell gegen mich gerichtet waren, bei den Konservativen einen guten Eindruck zu machen. (Gellerkeit rechts. Zurufe: Größenwahn.)

Der Etat wird darauf angenommen. Die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung des bei der Beratung des Domänenetats an die Budgetkommission zurückverwiesenen Titels auf Bewilligung von 7 721 000 M. zur

Erwerbung von Domänengrundstücken zur Ablösung von Lasten der Domänen, sowie zur Vorbereitung des Verkaufs der Domäne Dahlen. Die Kommission beantragt den Betrag für die Ablösung der Domänenverwaltung auf eine Million Mark festzusetzen und den Titel samt unverändert zu bewilligen.

Ministerialdirektor Schammer bittet um Ablehnung des Kommissionsbeschlusses und unveränderte Annahme des Titels.

Abg. Schmedding (Ztr.) beantragt, den Kommissionsbeschluss dahin abzuändern, daß anstatt 1 000 000 M. die Summe von 2 000 000 M. gesetzt werde.

Der Antrag Schmedding wird angenommen und mit dieser Abänderung der ganze Etatstitel.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Novelle zum Fürsorgeerziehungsgesetz, Etat der direkten Steuern, Etat der Zölle und indirekten Steuern. — Schluß 5 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Der Kaiser in Venedig.

wb. Venedig, 24. März. Der Kaiser übergab dem Bürgermeister 3000 M. für die Hinterbliebenen der mit dem Hafendampfer Verunglückten. Zur Frühstückstafel auf der „Hohenzollern“ waren geladen der Vorkämmerer, die Herren der Botschaft, die Kommandanten der deutschen Schiffe und Konsul Redsteiner. Das Wetter ist seit gestern schön.

Der König von Württemberg in München.

wb. München, 24. März. Heute mittag 12 Uhr besuchte der König von Württemberg mit dem Ehrendienst das Rathaus. Er wurde vom Oberbürgermeister Dr. Vorcht und dem Bürgermeister Brunner am Eingang des Rathauses empfangen und durch die Repräsentationsräume geführt, wobei ihm der Oberbürgermeister einen Willkommentrunk der Stadt darreichte. Der König dankte für die Begrüßung und trank auf das Wohl, das Wachsen und Blühen der Stadt. Darauf begaben sich das Königspaar mit Gefolge und dem Ehrendienst zu einem Frühstück in die württembergische Gesandtschaft, zu dem noch weiter geladen waren: Staatsminister Graf v. Hertling, Oberzeremonienmeister Graf v. Ron, der bayerische Gesandte in Stuttgart Graf von, Legationsrat Freiherr v. Gemmingen und andere.

Vom braunschweigischen Hofe.

wb. Braunschweig, 24. März. Das Herzogliche Oberhofmarschallamt gibt folgendes Bulletin bekannt: Da das Wohlbehinden der Herzogin und des Erbprinzen in erfreulichster Weise anhält, wird die Ausgabe regelmäßiger ärztlicher Berichte eingestellt.

Ein eigenartiges Nachspiel zur Bibliothekfeier in Berlin.

8. Berlin, 24. März. (Eig. Drahtbericht) Die klangvolle Feier der Kgl. Bibliothek hat ein eigenartiges Nachspiel gehabt. Der Bildhauer Hermann Feuerhahn, der vier Jahre hindurch in hervorragender Weise an dem bildnerischen Schmuck für den Neubau tätig war, und Architekt H. Wassermann, der 22 Jahre im Atelier des Oberhofbaurats v. Ihne beschäftigt war — letzterer ist am Montag plötzlich aus seiner bisherigen Stellung ausgeschieden — und an den Entwürfen in weitestgehendem Maße mitwirkte, haben die ihnen zugeordnete Ordensauszeichnung abgelehnt. Feuerhahn hatte den Kronenorden vierter Klasse, Wassermann die Krone zum Roten Adler vierter Klasse erhalten.

Hauptmann Kammer in Rybnik verabschiedet.

8. Berlin, 24. März. (Eig. Drahtbericht) Dem aus dem Prozeß gegen den Amtsrichter Knittel in Rybnik bekannt gewordenen Bezirksoffizier Hauptmann Kammer in Rybnik ist der Abschied mit Pension und Erlaubnis zur Tragung der Uniform des Infanterieregiments Nr. 51 bewilligt worden.

Der Entwurf, betreffend die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

wb. Berlin, 24. März. Die 20. Kommission des Reichstags nahm in zweiter Lesung den Entwurf, betreffend die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, im wesentlichen nach den Beschläüssen der ersten Lesung an.

Vertagung der reichständischen Kammer.

wb. Straßburg, 24. März. Die Zweite Kammer stimmte heute gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die den Termin des Wiederzusammentritts der Kammer auf den 3. November festsetzen wollten, dem Regierungsvorschlag auf Vertagung des Landtags bis zum 17. November zu.

Verdächtigungen des Dreibundes.

Paris, 24. März. (Eig. Drahtbericht) In seiner Zeitung beschäftigt sich Clemenceau mit einem „Times“-Artikel, der die Vermutung ausspricht, daß anlässlich der jüngsten Erneuerung des Dreibundes gewisse Bestimmungen über die Zukunftsaufgaben Deutschlands, Italiens und Osterreichs im Mittelmeer festgelegt wurden. Auf eine Anfrage Clemenceaus bei dem hiesigen italienischen Vorkämmerer Littoni gab dieser folgende Erklärung: Ich habe der Reihe nach den französischen Ministerpräsidenten Boincardé, Barthou, Richon und Doumergue die bindende Zusicherung gegeben, daß der Dreibundvertrag bei seiner Erneuerung keinerlei Änderung des Textes erfuhre und dieser Erneuerung keine besonderen Verhandlungen vorangegangen sind. — Clemenceau nimmt diese jeden Zweifel ausschließende Versicherung zur Kenntnis, will aus besonderer Quelle erfahren haben, daß unabhängig von dem eigentlichen Dreibundvertrag noch eine dem französischen Minister des Auswärtigen bekannt gewordene schriftliche Sonderabmachung zwischen Deutschland, Osterreich und Italien existiere. Welcher Natur diese Sonderabmachung sei, konnte Clemenceau nicht erfahren.

Die Niederfüßbacher Stiftung.

xx Koburg, 24. März. (Eig. Drahtbericht) Gegen den im Jahre 1911 abgeschlossenen Vergleich zwischen der sogenannten Niederfüßbacher Stiftung Königin Leopolds II. und der belgischen Regierung macht sich in Koburger Landtagskreisen eine lebhafteste Bewegung geltend. Man will versuchen, den Vergleich rückgängig zu machen, da er gegen die Zwecke der Stiftung verstoße und für die Stadt und den Staat Koburg erhebliche Nachteile zur Folge habe.

Benizelos und Streit fahren nach Korfu.

wb. Athen, 24. März. Wie die „Agence d'Athènes“ melden, wird der Ministerpräsident Benizelos wahrscheinlich in Begleitung des Ministers Streit sich nach Korfu begeben, um den deutschen Kaiser zu begrüßen.

Eine Erklärung des „Asterkönigs“.

* Belfast, 24. März. In einer Unterredung erklärte Carson: In der Haltung der Regierung abhängen. Werden wir in Ruhe gelassen, dann gut. Zwingt uns aber die Regierung das englische Parlament auf, dann werden wir kämpfen. Indessen ist es möglich, daß es noch vor der Annahme der Home Rule zu blutigen Zusammenstößen kommt. Die Regierung hat ihre Truppen konzentriert und wir werden nicht warten, bis sie zuschlägt, sondern ihr zuvorkommen. Trotz alledem sehe ich jedoch blutige Zwischenfälle in absehbarer Zeit nicht voraus.

Die Schlacht bei Torreón.

wb. New York, 24. März. Ein Telegramm aus Elberitzel am Staate Durango meldet: Der wirkliche Angriff auf Torreón begann gestern. General Villa befahl Verbo und ging widerstandslos mittags zum Angriff auf General Gomez in Patacio vor, wo ein sehr blutiges Gefecht stattfand. Die Verluste waren auf beiden Seiten sehr schwer, große Massen Verwundeter wurden nach dem Hospital in Elberitzel gebracht. Nach einem Telegramm des Hauptquartiers der Aufständischen in Matamoros nahmen die Aufständischen den Cuernavaca nach neunstündigem Kampfe ein.

Ehrengeld an der Nationalflugspende.

* Berlin, 24. März. (Fig. Trahtbericht) Wie die „Tägliche Rundschau“ hört, hat das Kuratorium der Nationalflugspende dem Flieger Bruno Langer für einen Weltrekord von 14 Stunden 20 Minuten ein Ehrengeld von 8000 M. bewilligt. Langer war es als erstem Deutschen gelungen, den französischen Rekord an sich zu bringen. Für einen weiteren Flug von 16 Stunden erhielt er ein Ehrengeld von 20 000 M.

Ein neuer Welthöhenrekord eines deutschen Fliegers.

wb. Johannisthal, 24. März. Der Flieger Linnen-Logel stellte heute mittag auf einem Kumpfer-Eindecker neuester Konstruktion einen Welthöhenrekord mit einem Flugstift auf, da er eine Höhe von 5500 Meter erreichte.

Saftentlastung im neuen Kieler Wertprozeß.

wb. Kiel, 24. März. Der Kaufmann Reugebauer (Hamburg), der frühere Magazinverleger Ehrhardt (Hamburg) und der frühere Gefängnisleitungsleiter Grieb (Neu-

münster), die in der Angelegenheit des Kieler Wertprozeßes kürzlich in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden waren, wurden heute aus der Haft entlassen.

Ein schweres Bootunglück.

wb. Rügen, 24. März. Heute abend gegen 5 1/2 Uhr wurde auf der Spree ein Fährschiff, das von der Spindlerischen Fabrik nach der Lindenstraße überfahren wollte, von einem Schleppdampfer angerannt und zum Sinken gebracht. Von den sämtlichen Insassen, etwa 20 bis 22, darunter viele Frauen, konnten nur 7 gerettet werden. Bisher konnte nur die Leiche einer jungen Frau geborgen werden.

Die Krozinger Thermalquelle.

wb. Krozinger bei Freiburg, 24. März. Heute wurde hier das neue Thermalbad seiner Bestimmung übergeben. Die Krozinger Quelle, die anlässlich des Erdbebens im November 1911 zutage getreten ist, gilt nach dem Befund von Sachverständigen für die wasserreichste heiße Quelle Europas und liefert täglich 7 Millionen Liter Wasser.

Neues Unwetter in Südfrankreich.

** Paris, 24. März. Aus dem Süden und Südwesten Frankreichs werden starke Verwüstungen durch Unwetter gemeldet. Durch den Austritt des Rhodanus ist das Land im weitem Umfang überschwemmt, so daß eine Bestellung der Felder für diesen Sommer unmöglich ist. Mehrere nach dem Hafen von Bizent fahrende Fischerboote sind untergegangen und ein Rattose ist angeschwemmt worden. Die aus sechs Personen bestehende Besatzung eines anderen Fischerbootes ist ertrunken, ferner wurde eine Frau mit ihrem sechs-jährigen Sohne vom Blitz erschlagen.

wb. Kapstadt, 24. März. Der englische Arbeiterführer Tom Mann ist in Kapstadt eingetroffen.

22 = Reklamen. = 22

Kufeko eine bewährte Krankenkost für Erwachsene bei Störungen der Verdauung, bei Schwäche u. Appetitlosigkeit.

Obol Bestes Mundwasser der Welt. Preis: 1/2 Flasche 0,54, 1/4 Flasche (Monatlich ausreichend) M. 1,50. Auf kaum über 1 Pfennig stellt sich eine Tasse SANGHO JEE.

Bei Appetitlosigkeit Dr. Hommel's Haematogen 20 jähriger Erfolg! Warnung! Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel. F 497

Handelsteil.

Schwierigkeiten im Kalibergbau.

Schwierige Verhältnisse in der Kaliindustrie stellen die Kaliwerke Aschersleben in ihrem soeben erschienenen Jahresbericht in Aussicht. In den nächsten drei bis vier Jahren wird die Kaliindustrie nach dem Bericht der Verwaltung ohne Zweifel große Schwierigkeiten überwinden müssen, ganz abgesehen davon, daß die Auslandsfunde sich zu einer bedeutenden Gefahr auswachsen können. Nach genauer und vorläufiger Zusammenstellung würden bis 1. Januar 1917 noch achtzig Werke mit Quoten auszustatten sein. Über die Kaligesetznovelle äußert sich die Verwaltung, wie folgt: Wir würden eine Gesetzesnovelle gutheißen können, welche die Fehler des ersten gesetzlichen Eingreifens durch eine wirksame Verhinderung von Neuanlagen beseitigt, ohne der schwer bedrängten Industrie neue Lasten aufzuerlegen. Nach den jüngsten Reichstagsverhandlungen und allem, was bisher über die Novelle in die Öffentlichkeit gedrungen ist, werden aber diese Erwartungen nicht erfüllt werden, da die Forderungen der Einzelstaaten nicht geneigt sind, ihre durch das Reichskali-gesetz geschaffenen Vorteile wieder aufzugeben oder zu beschränken. Es wird daher mit dem Entstehen weiterer fiskalischer oder privater Kaliwerke zu rechnen sein. Dazu kommt, daß weitere Belastungen geplant werden, die sich auf nicht weniger als 9 bis 10 Millionen Mark pro Jahr belaufen sollen. Abgesehen davon, daß solche Auflagen die Kaliindustrie aufs äußerste bedrücken und ihr die Stößkraft gegen eine etwaige ausländische Konkurrenz nehmen würden, müßte gegen die Auferlegung einer Produktionssteuer auf einen Rohstoff schon aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus schweres Bedenken getragen werden. So wäre es zu begrüßen, wenn die mit Erfolg begonnene Selbsthilfeeaktion des Kalisyndikats unter Einbeziehung der außersyndikalischen Unternehmen noch zustande käme und sich die Novelle nur auf die Beseitigung sonstiger Mißstände richten würde, die sich bei der Ausführung des Gesetzes ergeben haben.

Berliner Nachbörse.

Table with 3 columns: Name, Price, and other details for Berlin stock market.

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 24. März. Kurse von 1 1/4 bis 2 1/2 Uhr. Kreditaktien 205 1/2, Disconto-Commandit —, Dresdner Bank 108 1/2, Petersb. Int. Handelsbank 309 1/2, Staatsbahn 100 1/2, Lombarden 21 1/2, Baltimore und Ohio 91 1/2, Schanung —, Paketfahrt —, Nordd. Lloyd 122 1/2, Deutsche-Luxemburger 182 1/2, a 181 1/2, a 132 —, a 139 1/2, Phönix 238 1/2, Edison 248 1/2

Banken und Geldmarkt.

* 5 1/2proz. Vorzugsaktion der Neckarwerke, A.-G., Esslingen. Die Dresdner Bank und die Herren J. Dreyfus u. Co. beantragen, die 5 Mill. M. 5 1/2proz. Vorzugsaktion der Neckarwerke, A.-G., zur Frankfurter Börse zuzulassen. * 4 1/2proz. Österreichische Schatzscheine. Wie verlautet, wird die Zeichnung auf die 4 1/2proz. österreichischen Schatzscheine zu Anfang April stattfinden, und zwar bis zu ca. 400 Mill. Kr. zu 95 Proz. bis 96,25 Proz. umfassen. * Neue württembergische Staatsanleihe. Die württembergische Finanzverwaltung hat mit einer unter Führung der Württembergischen Vereinsbank stehenden Bankengruppe ein zu 4 Proz. verzinsliche, bis 1935 unkündbare Anleihen im Betrage von 12 Mill. M. abgeschlossen. Die Anleihe wird am 2. April 1914 zum Kurse von 96,80 Proz. für Schuldbuchein-

tragungen und von 97 Proz. für Schuldverschreibungen an den württembergischen Hauptplätzen sowie in Frankfurt a. M. und Darmstadt aufgelegt.

* 4 1/2proz. Anleihe der Stadt Budapest. Die Dresdner Bank, Darmstädter Bank und die Deutsche Effekten- und Wechselbank haben nunmehr beantragt, die 134,30 Mill. M. 4 1/2proz. Anleihe der Stadt Budapest zur Frankfurter Börse zuzulassen.

* Die Albanische Staatsbank. Mit der Gründung des Staates Albanien ist auch die Frage einer Staatsbank aktuell geworden. Die Konzession zu einer solchen Bank war wohl schon früher von der provisorischen Regierung unter Essad Pascha Österreich-Ungarn und Italien erteilt worden, hatte aber mit dem Aufhören der provisorischen Regierung und dem Regierungsantritt des neuen Fürsten ihre Gültigkeit verloren. An der Gründung dieser Bank sind in erster Linie Österreich-Ungarn und Italien mit je 30 Proz. des mit vorläufig 10 Mill. Kronen vorgesehenen Gründungskapitals beteiligt. Da aber nach dem Wunsche der Tripleallianz die Albanische Staatsbank gewissermaßen „internationalisiert“ werden soll, so werden auch Rußland und England mit je 10 Proz. daran beteiligt sein, während Deutschland und Frankreich gewillt sein wollen, ihre Anteile von je 10 Proz. an Österreich-Ungarn bzw. Italien abzutreten. Eine der dringendsten Aufgaben der neuen Albanischen Staatsbank wird die Regelung der Währungsfrage sein, da die jetzigen Geldverhältnisse hier, wo die Geldsorten von fast allen Staaten kursieren, geradezu trostlose sind.

Berg- und Hüttenwesen.

* Die Verhandlungen im Kohlenkontor. Die Zechen Graf Bismarck und Gewerkschaft Friedrich der Große haben die Firma Adolf Harloff, G. m. b. H., die eine Kohlenhandlung und Heerdei betreibt, erworben. Die Firma verfügt beim Kohlenkontor über eine Beteiligung von 288 600 Tonnen, während ihre Kapitalbeteiligung 432 900 M. beträgt. Auf diese Beteiligung hat sie für das Geschäftsjahr 1912/13 einen Gewinn von 190 365 M. ausbezahlt erhalten, während 33 300 M. zur Erhöhung ihrer Kapitalbeteiligung einbehalten wurden.

* Bochumer Bergwerks-A.-G. Der Aufsichtsrat beschloß für 1913 eine Dividende von 10 Proz. (i. V. 8 Proz.) bei 309 402 M. (418 801 M.) Abschreibungen.

Industrie und Handel.

* Das Petroleum-Monopol-Gesetz. Die Fachzeitschrift „Petroleum“ schreibt: „Die Ausschließen auf baldige Einführung des Petroleummonopols werden in Fachkreisen jetzt als wesentlich geringer angesehen. Sehr energisch werden jedoch die Proteste der beteiligten Kreise, die die Möglichkeit einer Einbeziehung anderer Produkte als Leuchtöl unter allen Umständen vermeiden wollen.“ (Wie wir meldeten ist in den letzten Sitzungen des Ausschusses von den Regierungsvertretern zugegeben worden, daß die zukünftige staatliche Vertriebsstelle „nebenbei“ auch Nebenprodukte, wie Benzin, Schmieröl usw., vertreiben solle. D. Schrift.)

* A.-G. Meggener Walzwerk in Meggen. Wie man hört, beabsichtigt das Meggener Walzwerk, demnächst eine Verwickerei zu errichten, um seine ziemlich erhebliche Erzeugung an Feinblechen nutzbringend weiterzuverarbeiten. Die zur Errichtung der Verwickerei erforderlichen Mittel sind in den reichlichen Bankguthaben des Werkes vorhanden.

* Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G., Berlin, verhandelt nach der „Frankf. Ztg.“ wegen Verkaufs ihres Aktienbesitzes an der Deutschen Maschinenfabrik, A.-G. in Duisburg, an eine Bankengruppe, die später die Börsenführung dieser Aktien verwirklichen dürfte.

* Vereinigte Strohhaltfabriken in Dresden-Coswig. Der Abschluß ergibt nach 317 612 M. (i. V. 302 651 M.) Abschreibungen einen Reingewinn von 467 219 M. (375 348 M.). Die Verwaltung schlägt 6 Proz. (5 Proz.) Dividende vor.

* Siegen-Sollinger Gußstahl-Aktien-Verein in Sollingen. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, die Stammaktien im Verhältnis von 6:1 zusammenzulegen und den alten Aktien gleichzustellen.

* Die Maschinenfabrik Frauz Méquin u. Co., A.-G. in Dillingen, beantragt für 1913 4 Proz. (i. V. 11 Proz.) Dividende.

* Die Gastav Genschow u. Co.-A.-G. in Berlin schlägt eine Dividende von wieder 4 1/2 Proz. auf die Vorzugsaktien

und von wieder 12 Proz. auf das erhöhte Stammaktienkapital von 3,06 Mill. M. vor.

* Die Stabesenhändlervereinigung Köln beschloß, der „Köln. Ztg.“ zufolge, einstimmig, mit Rücksicht auf die fortgesetzten Unterbietungen die Preisstellung mit sofortiger Wirkung freizugeben.

* Die Hamburg-Bremer Afrikalinie schlägt bei 876 237 M. (i. V. 614 540 M.) Abschreibungen und Rückstellungen wieder 6 Proz. Dividende vor.

Versicherungswesen.

* Die Rheinische Feuerversicherungs-A.-G. in Köln wird erstmalig 4 Proz. der „Kronprinz“ Versicherungs-A.-G. in Köln ebenfalls erstmalig 4 Proz. Dividende verteilen.

* Preussische Lebensversicherungs-A.-G. zu Berlin. Die Generalversammlung genehmigte die Bilanz und beschloß die Verteilung einer Dividende von 60 M. auf die Aktie, gleich 20 Proz. der Einzahlung, wie im Vorjahre.

* Westdeutsche Versicherungs-Aktienbank in Essen. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 10 Proz. gleich 60 M. (im Vorjahre 6 Proz. gleich 36 M.) auf die Aktie vor.

* Die Württembergische Transport-Versicherungsgesellschaft in Heilbronn beantragt für das abgelaufene Geschäftsjahr 24 Proz. (i. V. 22 Proz.) Dividende.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister A. Nr. 106 wurde bei der Firma „J. F. Bergmann“ mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen: Wilhelm Gecks, Verlagsbuchhändler zu Wiesbaden, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die nunmehrige offene Handelsgesellschaft hat am 16. März 1914 begonnen. Die Prokura des Wilhelm Gecks ist erloschen. Die Gesamtprokura des Ludwig Kling und Hugo Sadowsky bleibt bestehen.

In das Handelsregister B. Nr. 148 wurde bei der Firma „Titania“, Maschinen-Industrie-Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen, daß die Firma erloschen ist.

In das Handelsregister A. Nr. 1816 wurde unter der Firma „Ludwig Schramm“ eine offene Handelsgesellschaft, welche am 1. März 1914 begonnen hat, mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Fr. Elisabeth Schramm und Kaufmann Jakob Schramm, beide zu Wiesbaden.

Schiffs-Nachrichten

über Bewegung und Anknarf der Dampfer vom 14. bis 18. März 1914.

Table with columns: Dampfer, Herkunft bzw. Reiseziel, Anknarf bzw. Weiterfahrt. Includes shipping schedules for Norddeutscher Lloyd, Red Star Line, etc.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 16 Seiten und die Verlagsbeilage „Der Roman“.

Verantwortlicher Redakteur

Verantwortlich für den schriftlichen Teil: W. Heerdt, für den Druck: H. v. Rosenburg, für den Vertrieb: G. Heerdt, für den Anzeigenteil: H. Heerdt, für den Anzeigenteil: H. Heerdt, für den Anzeigenteil: H. Heerdt.

Expeditoren der Redaktion: 10 bis 11 Uhr: in der politischen Redaktion, von 10 bis 11 Uhr

Roosevelt und sein Sohn waren mit ihrer Expedition begleitet von einer Reihe eingeborener Führer und Träger von Kermi aus vor neun Tagen in das Innere von Brasilien vorgezogen, das zur Zeit noch völlig unerforscht ist. Anscheinend hat die Expedition in den Stromschnellen des Amazonasstromes Schiffbruch gelitten. Aus dem Telegramm wird jedoch geschlossen, daß er die Expedition in zwei Teile geteilt hat, da sonst sicherlich auch über das Befinden von Roosevelt Nachricht in dem Telegramm Fialad enthalten gewesen wäre.

Vor dem Kassationshof in Turin hat ein Prozeß zwischen zwei Hoteliers von Sestri Levante, Jensch vom gleichnamigen Hotel und Cappellini vom Hotel Miramar, der letztere des unlauteren Wettbewerbs beschuldigt, sein Ende gefunden. Der Vorfall reicht in den April 1910 zurück und betrifft die Europareise des Expräsidenten Roosevelt. Dieser war von der Cook-Agentur nach dem Hotel Jensch dirigiert worden. Cappellini ließ aber — wie er sagt, zur Begrüßung des Expräsidenten — ein Automobil in amerikanischen Farben Roosevelt entgegenfahren, so daß der Expräsident auf den Wagen kam, der Wagen gehörte zu seinem Hotel. So wurde Roosevelt „abgelockt“ und stieg im „Miramar“ ab. Jensch erhob Klage auf unlauteren Wettbewerb, die aber vom Prätor abgewiesen wurde. Das Tribunal von Chiapari schätzte jedoch die Klage des Hoteliers Jensch und verurteilte Cappellini zu einer Entschädigung und den hohen Gerichtskosten. Die dritte Instanz, der Kassationshof von Turin, hat dieses Urteil nun bestätigt. Die Prozeßkosten allein machen viele Tausende aus.

Rundschau.

Zur Taufe des Erbprinzen von Braunschweig.

Wie der Vinger „Tagespost“ aus Gmunden berichtet wird, begibt sich das Herzogspaar von Cumberland zur Taufe des braunschweigischen Erbprinzen nach Braunschweig. Das Blatt schreibt, daß der Herzog von Cumberland damit seit 1866 zum ersten Male wieder braunschweigisch-lüneburgischen Stammesboden betrete.

Die Befoldungsnovellen.

die zurzeit den Parlamenten vorliegen, sollen Wirkung vom 1. April d. J. erhalten. Ursprünglich war geplant, sie erst am 1. Juli in Kraft treten zu lassen. Die Reichsregierung und die preussische Regierung haben sich bereit erklärt, die Befoldungserhöhungen bei der Fertigstellung der Novellen nach Osnabrück mit rückwirkender Kraft auszugestalten. Bezüglich der Differenzen zwischen der Auffassung der Reichsregierung und den Beschlüssen der Budgetkommission des Reichstags wegen der Erweiterung der Befoldungsnovelle verläutet heute, daß eine Einigung in den nächsten Tagen erfolgen werde und die Einbeziehung der gehobenen Unterbeamten beibehalten wird, die übrigen Beschlüsse aber rückgängig gemacht werden sollen. Die zweite Lesung in der Kommission wird erst nach Osnabrück im Reichstage stattfinden. Das Abgeordnetenhaus wird die Befoldungsnovelle erst Anfang Mai beraten, wenn sich übersehen läßt, wie weit der Reichstag in seinen Beschlüssen gegangen ist.

Die Abänderung des Zwangsversteigerungsgesetzes.

Eine Novelle zum Zwangsversteigerungsgesetz ist dem Bundesrat zugegangen. Es handelt sich um die Abänderung des § 57 des Zwangsversteigerungsgesetzes. Zur Zeit lassen es die gesetzlichen Bestimmungen zu, daß durch Fesseln und Pfändungen die gesamten Mieten von Grundstücken für ein halbes Jahr lang den Hypothekengläubigern und Erbschreibern entzogen werden, da die Rechtsprechung entschieden hat, daß beim Ersterben der Grundstücke nach diesem Zeitraum die Voraussetzungen über die Mietzinsen wieder aufleben. Hierdurch werden die Erbschreiber der Grundstücke vielfach geschädigt. Es handelt sich also um die Ausarbeitung neuer Bestimmungen, die sich mit der Beschränkung der Voraussetzungen über Mietzinsen zum Nachteil des Erbschreibers befassen.

Zur Kabinettsbildung in Italien.

Aus Rom meldet man: Der König unterzeichnete gestern Abend die Ernennung des Generals Grandi zum Kriegsminister und des Generals Tassoni zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium.

Deutsche Flieger für den englischen Krieg.

Einen Ausflugs nach England unternimmt der Leiter der Albatros-Werke in Johannisthal bei Berlin, Direktor Wiener, Konstrukteur Heinkel und Flieger Theelen

Ein Kampf um Millionen.

Zu der Erklärung, die kürzlich Landtagsabgeordneter Abrech in der angeblichen Entführungsgeschichte abgegeben hat, macht Professor D. A. Böthlingk (Karlsruhe), der die Sachlage, wie er schreibt, aus der Urkunde kennt, Mitteilungen, denen wir folgendes entnehmen:

Herr Eugen Abrech ist 1889 ohne jedes Vermögen als Privatsekretär in die Dienste des Herrn A. v. Harder getreten. Im Januar 1890 erbat Herr A. v. Harder von einem Onkel über 2 Millionen Mark. Der größte Teil des Geldes lag in St. Petersburg. Damit nicht kraft einer noch kritischen Forderung dieser Teil der Erbschaft beschlagnahmt werde, verfiel Herr A. von Harder darauf, diesen Teil mittels Scheinvertrages an seinen Sekretär Abrech abzutreten. Von diesem Scheinvertrag hat Herr A. v. Harder indes keinen Gebrauch gemacht; es ist bei dem Entwurf geblieben. Diesen hatte Herr v. Harder unterm 27./28. Januar 1890 Herrn Abrech nach Berlin geschickt, wo Herr Abrech noch andere Geschäfte für seinen Chef zu erledigen hatte. Herr Abrech sollte den fingierten Verkaufsvertrag „pro forma“ unterzeichnen, die Urkunde jedoch noch nicht stempeln lassen. Die dem Auftrag ist Herr Abrech nachkommen.

Zwei 20 Jahre später (1900) hat Herr Abrech — in einer Gerichtsverhandlung — die fragliche Urkunde plötzlich hervorgezogen und Herrn A. v. Harder vorhalten lassen. Da das Schriftstück von der Hand A. v. Harders war und seine Unterschrift trug und der Zusammenhang der Dinge ihm vollständig aus dem Gedächtnis geschwunden war, konnte Herr v. Harder nicht anders, als die Urkunde als eigenhändig anzuerkennen. Herr Abrech erreichte 1910 sogar, daß Herr A. v. Harder ein entsprechendes Schuldanerkenntnis von 2 Millionen Mark ausstellte.

Das Schuldanerkenntnis benutzte Herr Abrech alsbald, um die angebliche Millionenschuld des Vaters Harder auf dessen Tochter erster Ehe, Ilse v. Harder, abzuladen. Dies ist ihm möglich geworden dadurch, daß sie ihm ihre Geldangelegenheiten blindlings überließ. Dieses Fräulein Ilse, das nach Herrn Abrech „sehr geschäftsgewandt ist und ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu vertreten pflegt“, ist völlig unfähig, ihre Geldangelegenheiten selbst zu befragen. Abrech hat sie überdies ihren sämtlichen Familienangehörigen entzogen und sie veranlaßt, alle Beziehungen zu ihnen abzubrechen. Neuerdings, als Herr A. v. Harder von Herrn Abrech Rechenschaft zu fordern begann, hat er sie, die keinen Wohnsitz im Deutschen Reich besitzt, so sorgfältig

find, wie die „Berl. Neuzeit Nachr.“ hören, mit einem Albatros-Doppeldecker in kriegsmäßiger Ausrüstung mit 100 PS. Mercedes-Motor jedoch nach England abgereist. Der Apparat wird den dortigen Behörden vorgeführt.

Zur Poljator-Würde.

Aus Petersburg wird gemeldet: Das Ministerium des Äußeren hat sehr energische Schritte bei der deutschen Regierung wegen der Festnahme des Marineoffiziers Poljator eingeleitet.

Eine Revolte beim Bau der Bagdadbahn.

Aus Konstantinopel meldet der Draht: 500 kurdische Arbeiter revoltierten bei der Station Serikisse der Bagdadbahn gegen ihre Chefs. Es wurden Schüsse gewechselt, wobei ein Kurde getötet und mehrere deutsche Ingenieure leicht verletzt wurden. Keiner der verletzten Deutschen brachte jedoch ins Hospital gebracht zu werden. Der Generalgouverneur und der deutsche Konsul von Aleppo erschienen alsbald mit Truppen und stellten die Ordnung wieder her. Da die Baumaschinen leicht beschädigt worden sind, wird die Wiederaufnahme der Arbeit eine kurze Unterbrechung erleiden.

Französische Kulturarbeit in Marokko.

Aus Paris wird uns gemeldet: Binnen kurzem wird die französische Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf über die Konzessionierung der Eisenbahn von Tanger nach Fez vorlegen, der den in der französischen Zone Marokkos liegenden Teil umfaßt. Diese Bahnstrecke ist 215 Kilometer lang. Eine weitere Folge dieses Bahnbaues wird, wie das „Echo de Paris“ meldet, die Vergrößerung und der Ausbau des Hafens von Tanger sein. Es finden bereits zwischen Frankreich, Spanien, England und Deutschland Verhandlungen statt, deren Abschluß nahe bevorstehen soll, doch verläutet noch nichts endgültiges darüber. Es ist wahrscheinlich, daß die 4 Mächte gemeinsam dem Sultan einen bestimmten Plan unterbreiten werden. So viel steht fest, daß mit der Ausführung der Arbeiten eine Gesellschaft beauftragt wird, deren Kapital in noch näher zu bestimmenden Prozentsatz von allen Ländern gestellt wird.

Juanfiskal erkrankt.

Einer Meldung des „Dain Telegraph“ aus Peking zufolge ist der Präsident der chinesischen Republik erkrankt und die Regierungsgeschäfte werden augenblicklich von dem Vizepräsidenten Lübenung geführt. Die Terroristenpartei wird von Tag zu Tag mächtiger und Juanfiskal erhält täglich zahlreiche Drohbriefe.

Arbeiterbewegung.

Maurerzustand in Aöln. Die an den Arbeiten für die Uferpfeiler der neuen Rheinbrücke in Aöln beschäftigten Maurer und Hilfsarbeiter sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Schwere Ausschreitungen Streikender.

Aus New York meldet der Draht: In Buffalo griffen etwa 700 Streikende einen Bahnzug, der Arbeiter an die Arbeitsstelle beförderte, mit Steinen und Gestein an. Defektive erwiderten das Feuer. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und viele verwundet.

Schule und Kirche.

Traubs Nachfolger nicht bestätigt. Der Obertkirchenrat in Berlin hat die Wahl des zum Nachfolger des Pfarrers Traub von der Reinoldsgemeinde in Dortmund gewählten Etc. Fuchs nicht bestätigt. Fuchs hatte bekanntlich seinerzeit den Protest in Sachen Jatho unterzeichnet, weshalb ihm schon die weisfällische Provinzialsynode ihre Bestätigung versagte.

Aus der Stadt.

Das Kaiserpaar in Wiesbaden.

Das Kaiserpaar wird auf der Rückreise von Korfu dem Gesandten Rumm von Schwarzenstein in Pontresina einen Besuch abtun. Die Ankunft in Genua ist für den 6. Mai in Aussicht genommen. Hierauf begibt sich das Kaiserpaar auf zwei Tage nach Karlsruhe und trifft am

9. Mai in Kolmar ein, wo eine Gebirgsübung stattfindet. Nach einem Besuch der Hohkönigsburg am gleichen Tage fährt das Kaiserpaar nach Straßburg. Von dort erfolgt die Weiterreise am 11. Mai nach Metz, wo am 12. militärische Übungen stattfinden. Am 13. Mai begibt sich das Kaiserpaar nach Wiesbaden. Die Festspiele erreichen ihr Ende mit der Abfahrt des Kaiserpaares am 18. Mai nach Berlin.

Das Paulinenschloßchen ein Klublokal.

Das Sorgenkind der Stadt Wiesbaden, das Paulinenschloßchen, dürfte in Bälde, aller Voraussicht nach, eine Verwendung als Klublokal finden. Eifrige Verhandlungen werden zurzeit gepflogen zur Gründung eines eingetragenen Vereins, der den Namen „Gesellschaftliche Vereinigung“ führen soll. Zweck dieser Vereinigung ist, die verschiedenen Kreise der guten bürgerlichen Gesellschaft von Wiesbaden und Umgegend zusammenzufassen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich kennen zu lernen. Insbesondere sollen in diesem Verein die Bewohner der Villenviertel Wiesbadens vertreten sein sowie neu nach Wiesbaden ziehende Familien, die diesen Kreisen angehören, um ihnen Anschluss zu bieten. Weiterer Zweck ist, die Veranstaltung von Festlichkeiten, wie Vereinsbälle, Diners, Ausflüge, Herrenabende usw. Im Paulinenschloßchen als Vereinslokal sollen Hazardspiele streng untersagt sein.

Prinzessin Luise und Elisabeth zu Wied aus Neuwied sind gestern Abend hier zu längerem Aufenthalt eingetroffen und haben im Hotel „Victoria“ Wohnung genommen.

Beförderung. Der Leiter der Schutzmannschaft, Polizeiinspektor Reckmann, Oberleutnant d. R. des Infanterieregiments von Goeben (2. Rhein) Nr. 28, ist zum Hauptmann der Reserve befördert worden.

Persönliches. Archivar Dr. Schubert ist zum 1. April von Düsselndorf an das Staatsarchiv Wiesbaden versetzt worden.

Hejubiläum. Die Eheleute Kirchenmeister Eamont Hohloch und Anna geb. Jollinger feiern am 26. März das Fest ihrer silbernen Hochzeit.

Geschworenenauflösung. Bei der gestern Vormittag im Schwurgerichtssaale vorgenommenen Auflösung der Geschworenen für die nächste, am Montag, den 20. April, ihren Anfang nehmende Schwurgerichtstagung wurden die folgenden Namen aus der Urne gezogen: Wilhelm Löfer, Malermeister, St. Goarshausen; Franz Klein, Betriebsdirektor, Niederlahnstein; Emil Kramer, Prokurist, Viebrich; Adolf Hermann, Kaufmann, Viebrich; Heinrich P. Brunnenbaum, Bergwerksdirektor, Braubach; Aug. Bedel, Siegelbesitzer, Wiesbaden; Karl Baharat, Kaufmann, Wiesbaden; Johannes Keil III., Landwirt und Bürgermeister, Eieberg; Theodor Maus, Landmann, Niederwallmenach; Wilhelm Sorg, Landwirt, Westerfeld; August Wagem, Kellermeister, Högheim; Hermann Schmidt, Bürgermeister, Gaud; Philipp Georg, Kreisshornsteinsegermeister, St. Goarshausen; Josef Siumm II., Bauunternehmer, Camberg; Alfred Underhoff, Ingenieur, Viebrich; Jakob Engel, Landwirt, Unterlahnstein; Karl Wilhelm Wagner, Weinbändler, Sonnenberg; Christoph Richard, Oberst z. D., Wiesbaden; Karl Georg Schupp, Schreinermeister, Viebrich; Prof. Dr. Hermann Bauer, Bankdirektor, Wiesbaden; Phil. Jakob Sauer, Zimmermeister, Cronberg; Fritz Reuter, Kaufmann, Wingen; Jakob Klein, Fabrikbesitzer, Johannisthal; Philipp Schneider, Schreinermeister, Wehen; Christian Säger, Rentner, Wiesbaden; August Wenrich, Kreisaußschußleiter, St. Goarshausen; Josef Mentges, Buchhändler, Oberlahnstein; Dr. Oscar Jonas, Chemiker, Griesheim; Karl Sittig, Inspektor, Viebrich; Hermann Baum, Kaufmann, Wiesbaden.

Gesundheitspflege. Im Auftrage des Vereins für Volkshygiene sprach am 19. d. Mts. Herr Dr. med. Eugen Bühl im Gewerkschaftshaus über das Thema: „Was kann der Einzelne und die Allgemeinheit zur Verminderung der Krankheits- und der Sterblichkeit im Säuglingsalter tun?“ Nach einleitenden Worten über die Beziehungen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege erläuterte der Redner die Bedeutung der großen Sterblichkeit der Säuglinge für die Bevölkerungsbewegung. An der Hand von Tabellen und Kurven wurde als Ursache namentlich die fehlerhafte künstliche Ernährung und der Einfluß der Sommerhitze nachgewiesen und die Beeinflussung der Sterblichkeit durch die materiellen Verhältnisse der Eltern und die eheliche

bezeichnet und seiner Dankbarkeit gegen Abrech wiederholt Ausdruck gegeben. Das er mit der Aktion gegen Abrech nicht einverstanden sei, hat er selbst erklärt und einem Ansehungsbrief einen Privatbrief beigelegt, in dem er um Vorschläge bittet.

Nun hat sich Herr Prof. Böthlingk der Sache angenommen. Er ist der Stiefvater des Herrn Schiele, der als Verwalter des argentinischen Vermögens einen glänzenden Vertrag in Händen hatte, den aber Herr Abrech jetzt nicht verlängern wollte.

Wie es um das Vorbringen steht, der damalige Vertrag sei nur ein Scheinvertrag gewesen, Herr v. Harder habe das vergessen gehabt, trotzdem seitdem aus Grund dieses Vertrages eine ununterbrochene Reihe von Rechtsverhandlungen vorgenommen worden sind, das werden die zutreffenden Gerichte in Mannheim zu beurteilen haben.

Herr A. v. Harder, der Vater des angeblich entführten und beraubten Fräulein Ilse v. Harder, erklärt in der „Neuen Badischen Landeszeitung“, die Millionenschuld, auf die Abg. Abrech Anspruch erhebt, bestehe nicht; sie sei wohl früher anerkannt worden, das Anerkenntnis habe aber auf falschen Voraussetzungen beruht. Die Vorschläge des Abg. Abrech zur Beilegung des Streitigen seien nicht annehmbar.

Ueber die Persönlichkeit des Herrn Abrech schreibt uns ein Mitarbeiter aus Neustadt a. O.: Die luxuriöse Lebensweise des Herrn Abrech hat ihm hier den Namen „Der Neustädter Färl“ eingetragen. Er ist aber auch bekannt durch seine große Wohlthätigkeit. Duzende von Armen fanden heilsamer seiner Türe, um reichlichen Anteil von den Spenden zu geben. Einige Kriegsveteranen erhielten allmonatlich Jahre hindurch bestimmte Beträge. Die Vereine wurden bei jeder Gelegenheit mit Zuwendungen bedacht. Bei allen öffentlichen Veranstaltungen wandte man sich an Abrech, der auch bei Besuchen von Fürstlichkeiten und anderen hohen Personen stets seinen Wagenpark zur Verfügung stellte. Als vor mehreren Jahren der Hagelschlag die Winger im oberen Gebirge und die Tabakbauern in der Ebene heimlich, schenkte er ihnen viele Tausende. Jagden in mehreren Gemeinden pastete er um das Doppelte des vorher bezahlten Badisches Kam ein Karussell in die Stadt oder eines der umliegenden Dörfer, so ließ er auf seine Kosten die ganze Schuljugend sich amüsieren. So kam es, daß überall großer Jubel ausbrach, wenn sein Wagen oder sein Automobil in Sicht kam, verschiedene Gemeinden, welche Anlehen zu machen

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Num.“ Nr. 6656-53.

Den 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, 2. L. - vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Bringerloh. 2. L. - vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, beziehentlich Buchdruckereien. - Bezugsbedingungen nehmen an jedem Ort: in Wiesbaden die „Spezialdruck-Verlag“ sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die „Berliner Ausgabe“ und in den benachbarten Bezirken und im übrigen die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Seite: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Mein Nachbar“ in russischer Schriftform; 20 Pf. in davon abweichender Schriftform, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pf. für lokale Kleinanzeigen; 2 Pf. für auswärtige Kleinanzeigen. - Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. - Bei wirblicher Aufnahme unersetzlicher Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Kennzeichen: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausg. bis 12 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wänkestr. 66, Fernruf: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an zugehörigen Tagen und Blättern nach dem Verordnungs-Verfahren.

Mittwoch, 25. März 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 142. - 62. Jahrgang.

Die französisch-russische Fange.

Von Generalleutnant J. D. Weyler.

Es wäre eine Fahrlässigkeit, wenn man angesichts der forcierten Rüstungen Russlands und Frankreichs nicht mit gespanntester Aufmerksamkeit alles das verfolgte, was dort vorgeht. Liegt doch der Zweck der enger wie je sich gestalteten Verbrüderung dieser beiden Nationen offen zutage. Hat doch Russland einen Schleier über seine Rüstungen durch strengste Gebote an die Presse gelegt und damit eine Maßregel ergriffen, die bei normalen Verhältnissen erst mit dem Beginn der Mobilmachung gebräuchlich und nötig ist. Und deutet sich doch Frankreich nicht in Anspornung Russlands zu weiteren Rüstungen ganz offen zu Felde zu ziehen. Wie die „französisch-russische Fange“ gegen Deutschland-Osterreich ausgenutzt werden soll, das wird erzählt. Wahrlich, der drohende Krieg ist im Frieden noch nie, so lange die Welt besteht, so offen proklamiert und den Zuschauern so klar vor Augen geführt worden wie jetzt. Französisch-russischer Übermut feiert Orgien auf der einen Seite. Sollte es da nicht angezeigt sein, wenn dem bis jetzt so sehr ruhigen Zuschauer auf der anderen Seite die Erkenntnis aufdämmerte, bei Weibehalt vornehmster Ruhe das in diesem Fall einzig Richtige zu tun: den Grenzwall zu befestigen, das Schwert zu schleifen und es loder in der Scheide zum wuchtigen Stieb in fühner Offenheit zu halten?

Schon seit dem Ende des türkisch-russischen Krieges 1877 war die Aufmerksamkeit des russischen Kriegsministeriums in erster Linie nach dem Westen gerichtet, und aus den Memoiren des ehemaligen Kriegsministers Kuropatkin geht hervor, daß man schon vor dem japanisch-russischen Kriege, in den ersten Jahren des Jahrhunderts, an der Krima fast ebenso hypnotisiert nach Westen wie die „Nation amie et alliée“ auf das Hoch in den Bogenen starrte. Weil Kuropatkin in seiner verantwortlichen Stellung die Streitmacht des Landes zu dem großen Abrechnungskampf zwischen Slawen und Deutschen bereit halten wollte, kam er in den Verichten an den Zaren immer und immer wieder auf die Notwendigkeit der Grenz- und Truppenverrästärkungen im Westen zurück. Und gewaltig setzte diese Verstärtkung nach dem japanisch-russischen Kriege ein. Zwar machte sich General Suchomlinow, der frühere Gehilfe Dragomirovs, Kriegsminister seit 1909, scheinbar frei im hypnotischen Blick nach Westen, indem er einen beträchtlichen Teil der Truppen von Westen nach Osten und die Hauptverteidigungslinie etwas weiter rüdwärts verlegte; tatsächlich bewirkten aber diese Maßregeln in Verbindung mit anderen auf bessere Mobilisierung gerichteten Einrichtungen eine Verstärtkung der Kampftruppe und eine Erhöhung der Kriegsbereitschaft Russlands. Das damalige Rekrutement der russischen Armees vergrößerte man in Russland selbst mit einer Völkerwanderung. Man sprach von einem „aufgeführten Ameisenhaufen“. Unendlich viel leistete und leistet Suchomlinow. Mit der Aufhebung des von Bonowski eingeführten, sich aber nicht bewährenden Systems der Reservegruppen und ihrer Einfügung in die Feldarmee ward eine Neugliederung der Gesamtstreitkräfte verbunden. Die räumliche Verteilung sowie die Rekrutierung und die Mobilmachung wurden damals auf eine weit günstigere Basis gestellt. Durch diese Änderungen wurde ein schnellerer Aufmarsch der Armees oder einzelner Teile nach den bedrohten Fronten im Westen, Osten oder Südoften gewährleistet. Nur scheinbar ist die Bedrohung der zwei westlichen Nachbarn, Österreich und Deutschland, durch die seit 1910 gelichtete Konzentration der gewaltigen Truppenmasse an der russischen Westgrenze gemindert. In Wirklichkeit ist sie erhöht, denn Russland kann jetzt über seine Armees freier und schneller verfügen. Sie ist seit Suchomlinows ein handlicherees Werkzeug geworden. An Güte und Schlagkraft hat es bedeutend gewonnen.

Vom militärischen objektiven Standpunkt aus muß man der seit einigen Jahren durchgeführten Rückverlegung der russischen Hauptverteidigungslinie unbedingt zustimmen. Man glaubte sich in Russland klar darüber zu sein, daß die an seiner Westgrenze liegenden Staaten bei Beginn eines Krieges die Offensive ererfahren würden, da Österreich wie Deutschland schneller marschbereit sein könnten. Man nahm an, daß deren beide Armees etwa in der Linie Lublin-Brest-Litowsk am Bug sich zu vereinigen beabsichtigten, und man schloß hieraus: wozu also zahlreiche Truppen in dem so unangünstig vorbringenden, von allen Seiten bedrohten Warschauer Gebietsteil vorrücken und dort so teure Festungsanlagen ständig unterhalten? Erwaren wir hier und bauen dafür die Linie Niementule, Grodno über Brest-Litowsk, Nowel bis Nowo auf's kräftigste aus!

Es ist nicht Sache des voraussichtlichen Gegners, sich über die Wichtigkeit der Landesverteidigungsmaßnahmen wie über die der Güte der beiderseitigen

Operationen auszusprechen. Robt man, dann braucht der Gegner das ja gar nicht zu glauben, tadelt man, so verbessert er vielleicht zu unserem Nachteil seine Einrichtungen oder er ändert seine Pläne. Ich nehme daher Abstand von Betrachtungen, die auf Grenzschutz und Operationen hincielen, dies um so mehr, als Russland den schon seit 1909 allem Militärischen vorgelegten Schleier in allerneuester Zeit verdrückt, ja undurchsichtig gemacht hat. Doch genüge ich der Pflicht, das festzustellen und in nachstehendem wiederzugeben, was zurzeit mit einiger Bestimmtheit über die Wehrkraft des russischen Kolosses angegeben werden kann. Russland-Frankreich stehen mit 30 plus 22 (einschließlich 1 in Afrika) Armeekorps Deutschland-Osterreich gegenüber mit 25 plus 16 Armeekorps. Das erscheint allerdings als eine mächtige französisch-russische für Deutschland-Osterreich bestimmte Fange. Sie kann um so kräftiger einwirken, je mehr österreichische Armeekorps gegen den Balkan hin Front zu machen genötigt sein werden. Möglicherweise wird die Fange in ihrer Maffigkeit etwas gemindert, wenn der dritte Staat des Dreibundes, Italien, sich dazu entschließt, einige französische Armeekorps gegen sich zu lenken.

Von dem anfangs defensiven, dann offensiven Verhalten bei Kriegsbeginn scheint man in Frankreich sowohl wie auch in Russland vollständig abgekommen zu sein. Von Frankreich aus wird jedenfalls auf Russland nach dieser Richtung hin stark eingewirkt. Dieser französisch-russische Bund ist sehr beargwünlich. Würde doch bei sofortiger russischer Offensive der deutschen Offensive nach Frankreich hin die Wucht gemindert. Will man ein strenges Wort gebrauchen, so muß man aussprechen, daß Frankreich das von ihm geldlich abhängige Russland schamlos auszunützen bemüht ist, lediglich zur Ermöglichung und leichteren, mit weniger blutigen Verlusten verbundenen Durchführung seines Revanchegebdenks. Dieses Gefühl ist man sich in Russland wohl bewußt. Um die Last dieses Gefühls abzuschwächen, entflucht man sich dann auf der anderen Seite gern der Pflicht, in den großen „Abrechnungskampf“ zwischen Slawen und Deutschen einzutreten.

Die ersten Aufgaben des neuen Warschauer Gouverneurs.

Warschau, 24. März. Die erste Aufgabe des neuernannten Warschauer Gouverneurs, des Generals Schilinski, wird die Befestigung der an der westlichen Grenze gelegenen Festungen sein. Ferner soll General Schilinski auch prüfen, ob die Befestigungen der Westgrenze nach den Plänen des Generalstabes ausgeführt sind.

Die Reise des Kaisers.

Der Aufenthalt in Venedig.

Venedig, 24. März. Der Kaiser besuchte heute nachmittag den Palazzo Mocenigo Papadopoli.

Venedig, 24. März. Zur Abendtafel an Bord der „Sobenzollern“ waren geladen: der deutsche Botschafter, der deutsche Militärattaché, der Marineattaché sowie Graf Jacini.

Eine Stiftung des Kaisers für die Opfer einer Schiffskatastrophe.

Venedig, 24. März. Gleich nach der Ankunft überreichte der Kaiser dem Bürgermeister Grafen Grimani in geschlossenem Briefumschlag 3000 M. zur Verteilung an die Familien der bei der Schiffskatastrophe in Vido Umgekommenen. An Bord der „Sobenzollern“ ließ sich der Kaiser die Schiffsmannschaft vorführen und lobte sie für ihre bei dem Unglücksfall geleisteten Rettungsarbeiten. Mittags fand an Bord der „Sobenzollern“ eine Frühstückstafel statt. Um 1 Uhr 45 Minuten nachmittags begab sich der Kaiser im Ruderboot mit Gefolge zum Palaste des Wallis Mocenigo am Canale Grande. Um 5 Uhr nahm der Kaiser den Tee bei dem Grafen und der Gräfin Papadopoli.

Die Abreise des Königs von Italien nach Venedig.

Rom, 24. März. Der König von Italien ist heute abend in Begleitung des Ministers des Äußeren di San Giuliano und seines Gefolges zur Begegnung mit Kaiser Wilhelm nach Venedig abgereist.

Vergliche Begrüßung durch die italienische Presse.

Rom, 24. März. Von den römischen Zeitungen bringen heute abend als erste „Giornale d'Italia“ und „Vita“ Begrüßungsartikel zur Zusammenkunft in Venedig. Die beiden Artikel sind äußerst herzlich und warm gehalten. Das „Giornale d'Italia“ feiert den Dreibund, der aus der europäischen Kriege stärker denn je hervorgegangen sei. Die Kaiserreise sei der beste Kommentar und die beste Antwort der Wilhelmstrasse auf alle romanhaften politischen Aus-

streuungen in der letzten Zeit. Das Blatt fährt fort: Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die österreichisch-deutschen Beziehungen stetig und herzlich sind und durch unwesentliche Zwischenfälle während des Balkankrieges nicht getrübt wurden. Die besten und intimsten Beziehungen, wie sie kaum je vorher waren, bestehen auch heute zwischen Deutschland und Italien. Es besteht kein Zweifel, daß in diesem Augenblick von allen Nationen Europas es Deutschland ist, mit dem wir in den intimsten Beziehungen stehen. Während der gesamten Balkanwirren ist die Übereinstimmung zwischen Rom und Berlin nie getrübt worden. Dadurch ist in den beiden Reichen eine Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Vertrauens geschaffen worden. Die „Vita“ feiert ebenfalls den festen Bestand des Dreibundes, der seine volle Wirksamkeit als Friedenshort bewiesen habe. Es sei töricht, Deutschland Eroberungsgehrnisse zuzuschreiben. Die Beziehungen zu England hätten sich gebessert. Ein Angriff seitens Frankreichs sei nicht zu befürchten, und der slavische Hannibal sei noch nicht ante portas. Die beiden verbündeten Reiche könnten auch für die Zukunft die Gemeinsamkeit ihrer Urteile und Absichten festhalten, und beide, eng verbunden in dem gemeinsamen Ziele, jede europäische Störung zu vermeiden, könnten in vollster Übereinstimmung darauf hinarbeiten, die Lebenskraft des türkischen Reiches in Europa zu erhalten und die kulturelle Umwandlung seiner asiatischen Besitzungen zu erleichtern. Das Blatt fährt fort: Heute zeigt sich die Mäßigkeit der deutschen Freundschaft. Das mächtige Reich mit der Sicherheit seiner militärischen Stärke und seiner riesenhaften ökonomischen Entwicklung ist zurzeit der beste Friedensschützer. Zum Schluß rühmt die „Vita“ den Kaiser als den besten Wächter der internationalen Ruhe und als den beharrlichsten Mitarbeiter in der Vertiefung sozialer Arbeit.

Die Festigkeit der Triple-Allianz.

Wien, 24. März. Von italienischer Seite, anscheinend vom italienischen Botschafter, wird der „Neuen Freien Presse“ folgendes mitgeteilt: Die heute in Venedig stattfindende Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit König Viktor Emanuel bildet einen Beweis dafür, daß die Triple-Allianz nach wie vor die unverrückbare Basis für den europäischen Frieden ist. Die Triple-Allianz habe ihre Festigkeit in der verfloffenen kritischen Periode bewährt und werde zweifellos in gleicher Weise weiter wirksam sein. Ein weiteres Symptom für die Aufrechterhaltung der bisherigen italienischen Politik bilde auch die Tatsache, daß Marquis di San Giuliano auch in dem neugebildeten Kabinett Salandra das Portefeuille des Äußeren inne habe.

Die Wiener Besprechungen Kaiser Wilhelms.

Wien, 24. März. In diplomatischen Kreisen wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß in den gestrigen Unterredungen Kaiser Wilhelms II. mit Tisza die internationale Lage als durchaus friedlich und beruhigend beurteilt worden ist. Es ist selbstverständlich anzunehmen, daß die aktuellen politischen Fragen eingehend erörtert wurden, und man will wissen, daß Graf Berchtold von Kaiser Wilhelm besonders freundlich empfangen und mit Auszeichnung behandelt worden ist.

Die Auffassung in Frankreich.

Paris, 24. März. Mehrere Blätter beschäftigen sich mit der Reise Kaiser Wilhelms nach Wien und Venedig. Der „Le Temps“ meint, daß den Begegnungen des deutschen Kaisers mit dem Kaiser Franz Joseph und dem König Viktor Emanuel in Folge der gegenwärtigen Verhältnisse eine besondere Bedeutung beizumessen sei. Der Friede auf dem Balkan sei zwar hergestellt, aber es sei dies, ein mit verchiedenen Schwierigkeiten und Problemen besetzter Friede. Die öffentliche Meinung Österreichs erblicke in der Zusammenkunft der beiden Kaiser einen Beweis für ihre Freundschaft und für die Festigkeit des österreichisch-deutschen Bündnisses. Ebenso werde die Begegnung in Venedig das enge Zusammenwirken der Kräfte des Dreibundes in allen Fragen des europäischen Festlandes wie in denen des Mittelmeeres und Kleasiens bekräftigen. Diesen vereinten Kräften gegenüber hält die Triple-Entente, deren Intimität von neuem durch die Besuche des Königs Georg in Paris und des Präsidenten Poincaré in Petersburg bekannt wird, das Gleichgewicht aufrecht. Dieses Gleichgewicht und die Fürsorge, welche die Triple-Entente aufwende, um ihre militärische Macht auf der Höhe ihrer diplomatischen Aufgabe zu erhalten, bieten das beste Unterpfand dafür, daß die noch schwebenden Fragen in friedlicher und billiger Weise

und nicht zum Schaden der Triple-Entente-Mächte gelöst werden. Deshalb sehen wir diesen Austausch von Besuchen und diese Unterredungen ohne Beunruhigung. Ist doch schon die Reise Kaiser Wilhelms nach Korfu ein Anzeichen der Entspannung. Auch die „Liberte“ erblüht in den Begünstigungen des Kaisers Wilhelm mit Kaiser Franz Joseph und dem König Viktor einen neuen Beweis dafür, daß der Dreibund seine ganze Lebenskraft bewahrt. Die „Republique Française“ meint, Frankreich kenne keinen Grund, sich über die Unterredungen in Wien und Venedig zu beunruhigen. Wenn sie auch vielleicht nicht den Weltfrieden befestigen (?) würden, so sei es doch gewiß, daß sie ihn weder direkt noch indirekt gefährden werden. — Die Zeitung „Italia“ in Rom widmet der Zusammenkunft in Venedig einen Artikel, der die vollkommene Solidarität des Dreibundes betont.

Deutsches Reich.

*** Zum Besuche des württembergischen Königspaares in München.** Im Hofballsaal der königlichen Residenz fand gestern Abend zu Ehren des Königspaares von Württemberg eine Galafest zu 108 Gedecken statt. Während der Tafel erhub sich König Ludwig und begrüßte die Gäste mit einer herzlichen Rede. Die Musik spielte die Nationalhymne. Kurz darauf erwiderte der König von Württemberg in ebenso warmen Worten, in denen die treue Bundesgenossenschaft und gute Nachbarschaft betont wurde.

*** Eine Novelle zum Zwangsversteigerungsgesetz** ist dem Bundesrat zugegangen. Es handelt sich um die Ausarbeitung neuer Bestimmungen, die sich mit der Beschränkung der Vorkaufsvorrechte über Mietszinsen zum Nachteil des Erstehers befassen.

*** Freiwilliger Wehrbeitrag eines Auslandsdeutschen.** Von einem dauernd im Ausland lebenden und daher nicht wehrtragspflichtigen, preussischen Staatsangehörigen, dessen Namen nicht nennt, wurde unter den Sprüchen „Für König und Vaterland“ und „Alzeit bereit für des Reiches Herrlichkeit“ ein nach den gesetzlichen Vorschriften von seinem Vermögen und Einkommen berechneter Betrag von 221,50 M. als freiwilliger Beitrag zu den Kosten der Verstärkung des deutschen Heeres eingekandt. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtis quittiert über diesen Betrag im „Reichsanzeiger“ und spricht dafür seinen verbindlichen Dank aus.

*** Ein höchst unwürdiger Fall von Intoleranz.** Folgendes haarsträubendes Vorkommnis wird der „Frankf. Ztg.“ aus dem pfälzischen Orte Hagenbach berichtet: Vor einigen Tagen wurde der Arbeiter Scherrer, ein Veteran von 1870, auf der Straße von einem Schlaganfall betroffen, der zum allbaldigen Tod führte. Da Scherrer es mit den religiösen Pflichten nicht sehr genau genommen hatte, verweigerte der Geistliche wie auch der Kriegerverein die Beteiligung an dem Begräbnis. Es durften nicht einmal die Glocken geläutet werden. Aber noch mehr: Hagenbach hat keinen Totenwagen, und da nach dem Vorgehen des Pfarrers sich niemand dazu hergab, den Leichenträger zu spielen, mußte der alte Veteran, der übrigens ein braver, ehelicher Mensch war und nicht einmal, was vielleicht vermutet werden könnte, der Sozialdemokratie angehörte, auf einem Schiefarren ohne Begleitung eines einzigen Menschen nach dem Friedhof verbracht werden. So begräbt man einen Kämpfer aus jener großen Zeit, und keine Behörde rührt sich dagegen. Der Vollständigkeit halber muß noch erwähnt werden, daß der Verstorbene seine Kultussteuern und auch die Beiträge für den Kriegerverein stets bezahlt hat. Das Geld hat man von dem „Gottlosen“ genommen, die Menschenpflicht aber ihm gegenüber nicht erfüllt.

*** Keine Aufhebung der Kinosteuer in Berlin.** In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Berlin wurde der Antrag auf Aufhebung der Kinosteuer abgelehnt. Auch im Jahre 1914 bleibt es in Berlin bei einem Zuschlag von 100 Prozent zur Einkommensteuer. Der betragene Mehrbetrag an Einkommen durch den Generalpardon beträgt 8 Millionen, woraus ein Mehr an Steuern von 240 000 bis 300 000 M. resultiert.

*** Der Deutsche Seefischfangtag** verhandelte am zweiten und letzten Tage seiner Beratungen über die Technik der Seefischerei. Die Seefischer sind, wie Fischereidirektor Duge (Cuxhaven) ausführte, in der Kriegs- und Handelsmarine gern gesehene und gesunde Matrosen. In der Nordsee und in den angrenzenden Gewässern sind 3200 Fischdampfer tätig. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die Regierung

gebeten werden soll, Schritte zu tun, daß die beiden Lopp-Lister für Dampfer obligatorisch und international eingeführt werden. Dieser Antrag wurde gleichfalls einstimmig angenommen und hierauf die Tagung, deren Tagesordnung hiermit erledigt war, durch den Vorsitzenden in der üblichen Weise geschlossen.

Parlamentarisches.

Die Frage der Ausbildung der Diplomaten in der Budgetkommission des Reichstags. Die Budgetkommission des Reichstags beriet gestern den Etat für das Auswärtige Amt. Bei den Gesandtschaften und Konsulaten befindet sich eine Mehrforderung von 480 500 M. Diese Summe soll verwendet werden, um den Zugang zu dem diplomatischen Dienst den Befähigten ohne Rücksicht auf die Vermögenslage zu ermöglichen nach einer Forderung des Reichstags vom Jahre 1913, deren Bewilligung der Staatssekretär damals in Aussicht stellte. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes äußerte sich unter Hinweis auf die dem Reichstag vorgelegte Denkschrift kurz über die Grundzüge der neuen Besoldungsordnung. Die von dem Reichstag gewünschte Denkschrift über die Begründung einer Auslands-Hochschule konnte noch nicht fertiggestellt werden. In dieser Angelegenheit sind eingehende Verhandlungen mit verschiedenen Ressorts erforderlich, die noch nicht abgeschlossen werden konnten. Eine endgültige Stellungnahme zu dieser Frage war daher noch nicht möglich, doch sind a prima facie mancherlei Bedenken nicht zu übersehen. Hinsichtlich der Vorbildung der Beamten des auswärtigen Dienstes bemerkte der Staatssekretär, daß auf die juristische Grundlage nicht verzichtet werden könne, ohne daß man das Bestehen bestimmter Examina überschätzen sollte. Der Wert der Persönlichkeit werde gerade im diplomatischen Dienst stets besonders maßgebend sein. Die seit kurzem durchgeführte Reform der Vorbildung scheint sich nach den bisherigen Erfahrungen zu bewähren. Die Vertreter verschiedener bürgerlicher Parteien beantragten in einer Resolution die Errichtung einer Auslands-Hochschule und die Einschaltung einer Prüfungskommission, vor der eine Prüfung abzulegen ist, von deren Bestehen die Anstellung im Auslandsdienst abhängig gemacht werden soll. Staatssekretär v. Jagow legte Verwahrung gegen generelle Vorwürfe ein, die von einem Mitglied der Kommission gegen unsere Diplomatie erhoben wurden. Irrtümlich sei die Annahme, daß die Diplomatie überaltert sei, und ebenso irrtümlich sei die Vorstellung, daß es den deutschen Diplomaten an wissenschaftlicher Vorbildung fehle. Daß die Aufgabe der Volkshoher nicht allein auf wirtschaftlichem, sondern in erster Linie auch auf politischem Gebiet liege, sei klar und zeigte sich ja gerade in den letzten Jahren. Stabilität in der Besetzung der diplomatischen Posten strebe auch das Auswärtige Amt an.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Die Sonntagskommission des Reichstags nahm am Dienstag eine Bestimmung an, daß durch die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen der Angestellte nicht am Besuch des öffentlichen Gottesdienstes gehindert werden dürfe. Gemäß einem Zentrumsantrag wurde vor das Wort „Besuch“ noch das Wort „rechtzeitigen“ eingeschaltet. Ein nationalliberaler Antrag, der den Zweitageslohn bei zweistündiger und den Dreitageslohn bei dreistündiger Beschäftigung fordert und weiter verlangt, daß den Angestellten bei einer Beschäftigung über 2 Uhr hinaus eine angemessene Mittagspause zu gewährt sei, wurde angenommen. Ohne Erörterung angenommen wurde ein Ausgleichsantrag der bürgerlichen Parteien, der nach Ablauf der zulässigen Beschäftigungsdauer in den offenen Verkaufsstellen die Bedienung der im Laden anwesenden Kunden noch für eine Viertelstunde freigibt. Ein weiterer Ausgleichsantrag, der den Hausierhandel und das Anbieten von gewerblichen Leistungen während des Ladenschlusses verbieten will, wurde zurückgezogen, da er nach einer Erklärung der Regierung im Hinblick auf § 55 der Gewerbeordnung überflüssig ist. Hierauf wurden die Sonderordnungen für die Apotheken besprochen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt einen weitergehenden Schutz der Apotheken unter besonderen Sicherungen. In Orten mit mehreren Apotheken soll nach einem Turnus in jeder Gemeinde oder in jedem Bezirk nur eine Apotheke offen bleiben, in Gemeinden mit nur einer Apotheke sollen die höheren Verwaltungsbehörden auf Antrag die Schließung während bestimmter Stunden anordnen dürfen, wenn Vorzüge getroffen ist, daß der Apothekenbesitzer oder sein Vertreter innerhalb einer Stunde herangeholt werden kann. Ein Regierungsvertreter warnte vor zu weitgehenden gesetzlichen Maßnahmen. Die Medizinalverwaltung tue alles, um die Apotheker und ihre Gehilfen nach Möglichkeit zu entlasten. Aber den Pflichten gegenüber dem Publikum dürften sie sich nicht

entziehen. Es kam zu einer längeren Aussprache über diesen Antrag. Die Sozialdemokraten beantragten überdies, daß Gehilfen, die am Sonntag beschäftigt sind, jeden zweiten Sonntag frei bleiben müßten. Ein Zentrumsantrag fordert für diese Gehilfen die Entschädigung durch einen freien Wochentag. Dieser Antrag wurde noch dahin erweitert, daß an Stelle des freien Wochentags auch zwei freie Nachmittage treten können. Ein Sozialdemokrat und ein Zentrumsredner führten aus, daß bei den Schwierigkeiten, die bisher die Schließung einer Reihe von Apotheken in größeren Gemeinden verhindert hätten, nur gewöhnliche Erwerbsinteressen maßgebend gewesen seien. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt, die Zentrumsanträge einstimmig angenommen.

Ein konservativer Antrag, betr. die Familienversicherung. Die Konservativen im Reichstag haben folgenden Antrag eingebracht: „Den Reichskanzler zu ersuchen: 1. Dafür Sorge zu tragen, daß die Versicherungsbehörden und Rassenverbände, dem Gesetz entsprechend, nur solche Familienangehörige zur Krankenversicherung heranziehen, die zu dem Arbeitgeber in einem festen Arbeitsverhältnis stehen. 2. Eine Änderung des Gesetzes in Erwägung zu ziehen, durch welche die Befreiung der im festen Arbeitsverhältnis stehenden Familienangehörigen des Arbeitgebers von der Krankenversicherungspflicht lediglich von dem übereinstimmenden Antrag der Beteiligten abhängig gemacht wird.“

Die Reichstagskommission für das Submissions- und Lieferwesen beendete gestern die zweite Sitzung, wobei die Beschlüsse der ersten Sitzung im wesentlichen aufrecht erhalten wurden. Zu einer Einigung darüber, ob die Beschlüsse in Form einer Entschließung oder eines Beschlusses vor das Plenum gebracht werden sollen, kam es noch nicht.

Die Reichstagskommission für ein Luftverkehrsgesetz trat gestern zu einer kurzen Sitzung zusammen und beschloß, die Regierung um Vorlegung einer Statistik über die bisherigen Unfälle und um das ausländische einschlägige Gesetzmateriale zu ersuchen, ehe sie in die sachliche Beratung eintritt.

Neubau für das geheime Staatsarchiv. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat nach Erklärung des Direktors der Staatsarchive über die Ablehnung der Beteiligung des Reichs an der Erbauung eines gemeinsamen Dienstgebäudes für das geheime Staatsarchiv und ein neu zu begründendes Reichsarchiv durch den Reichstag den Antrag des Abgeordneten v. Kessel angenommen, der den im Etat dafür vorgesehenen Kosten streicht und für den Neubau eines Dienstgebäudes für das geheime Staatsarchiv in Verlin-Dahlem 354 000 M. auswirft.

Vertagung des elfast-lithuanischen Landtags. Die Zweite Kammer für Elb-Lothringen stimmte gestern gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die den Termin des Wiederzusammentritts der Kammer auf den 8. November festsetzen wollten, dem Regierungsvorschlag auf Vertagung des Landtags bis zum 17. November zu.

Heer und Flotte.

Wechsel im Präsidium des Reichsmilitärgerichts. Der Kommandeur des 8. Armeekorps, General v. Priebowitz, ist laut „Dresdener Zeitung“, an Stelle des in den Ruhestand tretenden Generals Grafen v. Rindbach zum Präsidenten des Reichsmilitärgerichts ausgerufen.

Ausland.

Osterreich-Ungarn.

Neue Ausgleichsverhandlungen in Böhmen aussichtslos. Prag, 24. März. In einer Sitzung der deutschen Agrarpartei wurde festgestellt, daß bei der gegenwärtigen Situation die Einleitung neuer Ausgleichsverhandlungen aussichtslos sei.

Luxemburg.

Der Prozeß gegen Bischof Koppes. Luxemburg, 24. März. In dem Prozesse gegen Bischof Koppes vor dem Justizkollegium war eine Anzahl von Mitgliedern des Lokalkomitees des Necker katholentages als Zeugen erschienen. Der Bischof selbst war am Ende. Den Vormittag füllte die Zeugenernehmung aus. Der Bischof selber äußerte sich über seine Rede, die er aus dem Stegreife gehalten habe. Er habe damit keinen Abgeordneten beleidigen wollen. Die Ausdrücke bezüglich der Freimaurerei seien zwei päpstlichen Enzykliken entnommen. Am Nachmittag begannen die Plaidoyers.

Frankreich.

Keine Ministerkrise? Paris, 24. März. Die Regierung veröffentlichte eine offizielle Note, in der sie erklärt,

Reuilleton.

Aus Kunst und Leben.

*** Aufruf der neuen Berliner Bibliothek.** Der soeben gegründete „Verein der Freunde der königlichen Bibliothek“ erläßt folgenden Aufruf: „Mit der Einweihung des Neubaus tritt die königliche Bibliothek in eine neue Epoche ihrer Wirksamkeit ein. Den ständigen Berliner Bewohnern wie den Tausenden aus In- und Ausland, die vorübergehend hier arbeiten, bietet sie geräumigere Lesesäle und raschere Benutzungsmöglichkeit. Der großen Menge der Einheimischen und Fremden öffnet sie ihre Schauräume, in denen in ständigen und wechselnden Ausstellungen die Entwicklung des Schrift- und Buchwesens und seine Beziehungen zu den Kulturwandlungen und Beitergebnissen veranschaulicht werden sollen. Durch keine Raumnot gehindert, kann sie sich ihrem Ziele widmen, das deutsche Schrifttum alter und neuer Zeit in möglichst vollständiger Form zu sammeln und damit das Wichtigste und Wertvolle aus den Literaturen aller Völker zu vereinen. Leider werden dieser Sammeltätigkeit enge Grenzen gezogen durch das reichende Anwachsen der Bücherproduktion bei allen Kulturvölkern und die ungemessene Steigerung der Preise für seltener Bücher und Handschriften. Nur zu oft muß die Bibliothek ohnmächtig und untätig zusehen, wenn große und wertvolle Sammlungen zum Verkauf kommen, die ihre Bestände zweckmäßig ergänzen könnten, oder wenn es gilt, einzelne Denkmäler deutscher Kultur und Literatur vor der Abwanderung ins Ausland zu bewahren, im Ausland befindliche wieder zurückzuverwandeln. Hier ist es nötig, Wandel zu schaffen. Aber das kann nicht der Staat allein, der bereits für die laufenden Bedürfnisse der Bibliothek in reichem Maße sorgt, tankern hier müssen private Kreise mitwirken, die unmittelbar

bar oder mittelbar ein Interesse an dem Bestehen einer deutschen Bibliothek haben, welche sich den großen Sammlungen des Auslandes ebenbürtig an die Seite stellen kann. Solche private Hilfe, mag sie in Gewährung von Geldspenden oder in Schenkungen und Vermächtnissen an Bücher und Handschriften bestehen, hat einen wesentlichen Anteil an der Größe des British Museum, der Bibliothéque Nationale und der rasch angewachsenen amerikanischen Bibliotheken. Sie auch bei uns zu organisieren und zusammenzufassen, ist das Ziel des „Vereins der Freunde der königlichen Bibliothek“, der sich soeben gebildet hat. Wir wenden uns an die weitesten Kreise in der Abzweigung, daß das Bestehen und Gedeihen einer großen und umfassenden Bibliothek eine allgemeine nationale Sache ist, deren Förderung jedem Freunde deutscher Kultur am Herzen liegen muß.“ Dem Vorstand des Vereins gehören an: Professor Dr. Ludwig Darmstaedter, Vorsitzender; Professor Dr. Gustav Hellmann, Geh. Regierungsrat, stellvertretender Vorsitzender; Dr. Eduard Joppel, Geh. Regierungsrat, Schriftführer; Franz v. Mendelssohn, Mitglied des Herrenhauses, Schatzmeister; Prof. Dr. Adolf v. Harnack, Wirk. Geh. Rat, Generaldirektor der königlichen Bibliothek, Wirk. Geh. Oberregierungsrat; Dr. Friedrich Schmidt, Ministerialdirektor; Professor Dr. Moritz Sobornheim; Dr. W. S. Goltz, Wirk. Geh. Rat, Staatssekretär des Reichskolonialamts; Dr. Ernst Volpert, Verlagsbuchhändler.

*** Die neue Spielzeit in der Covent Garden Oper.** Die diesjährige „zweite Saison“ der Londoner Oper, die aber erst den eigentlichen Anfang und Höhepunkt des britischen Musiklebens bringt, beginnt am 20. April und wird diesmal bis zum 27. Juli dauern. 55 Vorstellungen werden in diesen 14 Wochen gegeben. Eine Neuerung besteht darin, daß die Dramen Wagners nicht in einem gesonderten Zyklus erscheinen, sondern abwechselnd mit den französischen und italienischen Opern gegeben werden. Wer also die leichte romanische Musik

vorzieht, wird nicht mehr bis Mitte Mai warten müssen, während früher bis dahin die strenge deutsche Musik herrschte. Der Ring wird nur zweimal aufgeführt, „Parsifal“ und „Meisterfänger“ je sechsmal, alle Musikdramen Wagners ohne Striche. Als Hauptdirigenten sind gewonnen: Nikisch, Campanini und Albert Coates. Unter den Sängern leuchten wieder die ersten Sterne, so Caruso, die Welba, die Desjain. Außerdem seien hervorzuheben von Sopranen: Vera Worena und Claire Dug, von Altstimmigen Louise Bocat, von Tenören Hans Beckstein, Peter Cornelius und Paul Franz. Unter den Bassisten erwartet man besonders viel von Clarence Whitcomb, der den diesmal fehlenden von Noah ersetzen soll.

*** Die kostbarste Privatbibliothek der Welt.** Der amerikanische Millionär und Bibliophile Henry E. Huntington wird sich binnen kurzen rühmen können, die kostbarste Privatbibliothek der Welt sein eigen zu nennen. Seine Schätze, die er bereits aufgespeichert, werden nämlich nun vermehrt und gleichsam gekrönt durch den Ankauf der berühmten Bibliothek des Herzogs von Devonshire, die er für 4 Millionen Mark gegen noch einer Meldung der „New Yorker Evening Sun“ erworben hat. Ein Teil dieser großartigen englischen Sammlung ist bereits nach Amerika übergeführt; die ganze Bibliothek wird bald ihre Auffstellung in dem Palais Huntington in der fünften Avenue zu New York gefunden haben. Das Glanzstück der Devonshire-Bibliothek ist die einzigartige Kollektion seltener Erstausgaben der elisabethanischen Zeit; sie umfaßt allein 125 Shakespeares-Quartos, die bekanntlich zu den geschätztesten und teuersten Büchern gehören, und dann noch eine große Anzahl von Erstausgaben von Jonsons, Marlowes, Greeces und anderer Zeitgenossen Shakespeares. Außerdem enthält die Sammlung 28 der kostbarsten Inkunabeln des ersten englischen Druckers Caxton, und all diese Herrlichkeiten verleihen der ohnehin schon sehr wertvollen Bibliothek Huntington den ersten Rang unter den Privatbibliotheken der Welt.

daß die Gerüchte über eine Spaltung im Ministerium oder Rücktrittsabsichten einzelner Minister unbegründet seien.

Die Neuwahlen am 26. April. Paris, 24. März. Die die „Agence Havas“ meldet, bleibt als Datum für die Neuwahlen der 26. April bestehen. Das Dekret über die Zusammenberufung der Wähler werde demnächst erscheinen.

„Ganz Nordafrika bald ein Soldatenreservoir“. Paris, 24. März. In der heutigen Sitzung der Kammer wies Dengs Cochin bei der Beratung des die militärischen Ausgaben für Marokko betreffenden Artikels des Finanzgesetzes auf die Notwendigkeit hin, die Besetzung zu Ende zu führen und zur Behauptung der internationalen Hindernisse diplomatische Verhandlungen einzuleiten. Der Berichterstatter Messimy erklärte, er rechne für das erste marokkanische Budget auf ein Defizit von 10 Millionen Franken, aber das Budget des nächsten Jahres werde balancieren, sogar einen Überschuss ergeben. Seit Jahrhunderten habe man in Marokko nicht eine solche Sicherheit gesehen. Die von Frankreich gebrauchten Opfer hätten wenig zu bedeuten, da bald ganz Nordafrika für Frankreich ein gewaltiges Reservoir von Menschen und Soldaten sein werde. (Beifall bei den Sozialisten.) Messimy schloß sich den Wünschen Cochins nach diplomatischen Besprechungen an. Der Ministerpräsident Doumergue erwiderte Cochin, die Regierung wünsche in Marokko durch friedliche Ausbreitung sich in noch scharfer Defensiv zu halten. Sie habe den dortigen Truppen alle unnötigen kriegerischen Unternehmungen ausdrücklich untersagt. In zwei Jahren sei in Marokko beträchtliche Verwaltungsarbeit geleistet worden. Der Ministerpräsident erkannte an, daß internationale Fesseln die wirtschaftliche Entwicklung aufhielten, doch würden diese bald verschwinden, es schwebte darüber gegenwärtig Verhandlungen.

Keine Verkürzung der Rententitel. Paris, 24. März. Die Budgetkommission der Kammer hat, nachdem sie die Erklärung des Finanzministers entgegengenommen hatte, die Einführung einer Steuer auf die Rente im Finanzgesetz mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Frau Coillaux vor dem Untersuchungsrichter. Paris, 24. März. Frau Coillaux, deren Verhör heute nachmittags um 2 Uhr fortgesetzt wurde, versteht es geschickt, alle Umstände, die sie zu der Tat getrieben haben und die als strafmildernd in Betracht kommen könnten, auszunutzen. Aber das heutige Verhör wird gemeldet, daß sie eine eingehende Aussage über ihre Unterredung mit dem Gerichtspräsidenten Monier gemacht habe. Sie erklärte, sie habe hierzu ihren Gatten im Finanzministerium besucht und ihm die Aukerung Moniers mitgeteilt, daß es kein geschicktes Mittel gebe, der Campagne des „Figaro“ Einhalt zu tun. Ihr Gatte habe empört ausgerufen: Da nichts anderes zu tun ist, so werde ich ihm den Schädel einhauen. In diesem Augenblick, fuhr Frau Coillaux fort, konnte ich nicht zweifeln, daß mein Gatte die Absicht habe, gegen Calmette einen Akt der schrecklichen Gewalttätigkeit zu begehen, und ich empfand immer gebieterischer die Notwendigkeit, bei dem Direktor des „Figaro“ einen Schritt zu versuchen. Ich fürchte bereits, daß mein Gatte, der ein geschickter Schütze ist, Calmette töten würde, und in meiner fieberhaften Aufregung sah ich meinen Gatten schon auf der Anklagebank. Ich wollte mir die zu schrecklichen Folgen eines so schrecklichen Dramas aus, und was meine Angst noch steigerte, war der Gedanke, daß ich unfreiwillig die Ursache dieser Tragödie sein würde. Im weiteren Verlaufe des Verhörs erklärte Frau Coillaux auf eine Frage des Untersuchungsrichters, ob sie den Revolver gekauft habe, um eine Gewalttat gegen Calmette zu begehen: Nicht gerade deshalb; wenn auch der Gedanke an eine solche Tat in mir aufgetaucht war, so kaufte ich den Revolver doch nur, weil ich meinen Gatten auf seiner Wahlkampagne begleiten sollte und zu meiner Sicherheit für etwaige nächtliche Fahrten auf dem flachen Lande einen Revolver mitnehmen wollte. Daraus verbot der Untersuchungsrichter Frau Coillaux über die Umstände des Mordens selbst. Frau Coillaux versicherte in der weiteren Vernehmung nochmals, daß sie nicht die Absicht gehabt habe, Calmette zu töten. Sie habe ganz tief geatmet, aber Calmette habe sich gebückt und sei so von den Augen getroffen worden. Einem Worte zufolge lautet der Brief, in dem Frau Coillaux ihrem Gatten ihren Entschluß angekündigt hat, folgendermaßen: „Du hast mir gesagt, daß du Calmette den Schädel einhauen willst. Ich will nicht, daß du dich weigert, Frankreich und die Republik bedürfen deiner. Ich werde es für dich tun.“

Barthou vor der Robettekommission. Paris, 24. März. Die Robettekommission vernahm heute vormittags den ehemaligen Ministerpräsidenten Barthou, der die obigen Erklärungen Barthou im großen und ganzen bestätigte und ergänzte. Barthou belästigt ebenfalls Coillaux.

England.

Somerley im Unterhaus. London, 24. März. Die in der Presse erschienenen Erklärungen über die Bedingungen, unter denen General Gough auf seinen Posten in Irland zurückkehrte, führten in der heutigen Sitzung zu weiteren Fragen und zu einer wichtigen Erklärung der Regierung. Lee fragte, ob es Tatsache sei, daß Gough das Kommando wieder aufgenommen habe, nachdem er vom Kriegsminister die schriftliche Erklärung erhielt, daß die unter ihm dienenden Truppen nicht dazu verwendet würden, Ulster die Somerleyhill aufzugewinnen. — Kriegsminister Seely erwiderte, er habe den Vorschlag gemacht, alles Material und die geschriebenen Dokumente, welche die ganze Lage klarstellen, zu veröffentlichen, so daß weiterhin kein Geheimnis über den Gang der Dinge herrsche. — Es wurden noch weitere Fragen an Seely gerichtet, er lehnte sie jedoch ab, sie zu beantworten. — Asquith bemerkte, indem er auf andere Fragen antwortete, daß morgen eine Debatte stattfinden würde. Er fügte noch hinzu, es würde eine ergänzende Erklärung über die mündlich erteilten Instruktionen in der Debatte gemacht werden. — Im weiteren Verlaufe der Debatte griff Ward (Arbeiterpartei) die Opposition unter lautem Beifall der Ministerien an und erklärte, wenn man den Satz predigen würde, daß die Offiziere das Recht hätten, zu entscheiden, ob sie gefangen werden, so würden andere davon lernen. Er verlas dann ein Manifest der Syndikalisten, das die Soldaten beschwört, nicht auf Leute ihrer eigenen Klasse bei Arbeiterstreiks zu schießen. — Wed (Lib.) erklärte, die Repräsentativregierung sei in Gefahr. Er tadelt nicht die Offiziere, aber er tadelt jene Männer, die in den letzten drei Jahren durch ihr Spiel die Offiziere dahin

bringen wollten, ihnen die Kasernen aus dem Feuer zu holen. (Lärm bei den Oppositionellen.) Er tadelt auch den Kriegsminister Seely und rief aus: Was tun wir im Unterhaus, wenn wir nicht allein die Bill dreimal ans Oberhaus zu senden haben, sondern sie zur endgültigen Durchsicht noch Generalen und Offizieren zu unterbreiten haben? (Beifall bei den Ministerialen.) Viele Liberale seien in einer möglichen Lage, denn sie erzählten dem Volke, daß es recht sei, die Truppen als letztes Mittel bei Ausständen zu verwenden. Jetzt habe die Regierung entschieden, daß die Offiziere auf den Dienst verzichtet und nach dem Buckingham-Palast laufen (Beifall und Widerspruch), und dann unter Eventualbedingungen auf ihren Posten zurückkehren können.

Die Rückkehr der nach London zitierten Kommandeure auf ihre irischen Posten. London, 24. März. Gestern Abend sind die vom Kriegsministerium nach London berufenen Offiziere der irischen Korps, General Sir Arctur Pagen, der Oberkommandierende der irischen Streitkräfte, Brigadegeneral Gough, Oberst McEwen und Oberst Parker, die wegen des Massenabschießes der ihnen untergebenen Offiziere der Regierung Aufklärung zu geben hatten, nach Irland zurückgekehrt, um dort ihren Dienst wieder aufzunehmen.

Eine Ansprache Goughs an die Truppen. London, 24. März. General Gough und Oberst McEwen wurden bei ihrer Rückkehr nach Curragh begeistert empfangen. Truppen begleiteten sie in ihre Quartiere und brachten drei Hurras auf sie aus. General Gough dankte für den Willkommgruß und gab den Truppen die Versicherung, daß sie nicht nach Ulster geschickt werden würden. Darauf brachen die Truppen von neuem in Hochrufe auf sie aus.

Anfragen über die deutsch-englische Rüstungsverhandlung. London, 24. März. Im Unterhaus erklärte heute der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, auf eine Anfrage des liberalen Abgeordneten Morell, daß der deutschen Regierung bisher keine anderen Vorschläge über die gegenseitige Begrenzung der Flottenrüstungen gemacht worden sind als die, die in den öffentlichen Reden von Regierungsmitgliedern enthalten waren. Dasselbe Parlamentsmitglied fragte den Staatssekretär dann, ob die englische Regierung in Anbetracht der Erklärung, die der deutsche Staatssekretär der Marine v. Tirpitz kürzlich abgegeben habe, direkte Vorschläge der deutschen Regierung zu unterbreiten gedenke. Sir Edward Grey antwortete, daß über diese Frage zweifelhafte bei der kommenden Debatte über das Flottenbudget verhandelt werden könne. Er würde es lieber Churchill überlassen, darüber zu sprechen oder er würde selbst darüber sprechen, wenn es notwendig sei.

Italien.

Der neue Kriegsminister. Rom, 24. März. Der König unterzeichnete heute Abend die Ernennung des Generals Craxi zum Kriegsminister und des Generals Tassoni zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium.

Die verborgene Hinterlassenschaft Rampollas. Rom, 25. März. Bei der Öffnung des Behälters des verstorbenen Kardinals Rampolla fand man eine Summe von 400 000 Lire teils in barem Gelde, teils in Wertpapieren.

Rußland.

Verlobungsgerüchte am Jarenhofe. Petersburg, 24. März. Wie verlautet, wird in den nächsten Tagen die Verlobung der beiden ältesten Töchter des Jarenpaares bekannt werden, der Großfürstin Olga mit dem Großfürsten Dimitri Pawlowitsch und der Großfürstin Tatjana mit dem ältesten Sohne des rumänischen Thronfolgers.

Festhalten an der Tripelentente. Petersburg, 24. März. Der Feldzug der „Nowoje Wremja“ zugunsten eines russisch-deutsch-französischen Bündnisses hat dem russischen Auswärtigen Amt Veranlassung gegeben, mehrere Blätter zu der Erklärung zu ermächtigen, daß die russische auswärtige Politik nach wie vor auf dem Bündnis mit Frankreich und dem Einvernehmen mit England beruhe.

Ein Sympathiestreit der Warschauer polnischen Studenten. Warschau, 24. März. Wegen der Demonstration vor dem deutschen Konsulat verhafteten polnischen Studenten wurden gestern einem Verhör unterzogen. Sämtliche polnische Studenten nehmen keinen Anteil mehr an den Vorlesungen der Warschauer Universität. Sie werden solange streiken, bis die Kameraden aus der Haft entlassen werden. Der Kultusminister hat über die Vorgänge in Warschau und über das Verhalten der Studenten einen ausführlichen Bericht verlangt.

Balkanstaaten.

Eine außerordentliche Session der Sobranje. Sofia, 24. März. Die Sobranje ist für den 2. April zu einer außerordentlichen Session einzuberufen worden.

Keine griechisch-rumänische Verlobung. Bukarest, 25. März. Wie die Morgenausgabe des „Adevazul“ von einer dem Hofe nahestehenden Dame erzählt, wird die Verlobung zwischen dem Kronprinzen Georg von Griechenland und der Tochter des rumänischen Kronprinzenpaares, der Prinzessin Elisabeth, nicht stattfinden. Die Lösung des Verhältnisses geht von der Prinzessin aus, auf die der Kronprinz keinen besonderen Eindruck zu machen vermochte. König Carol hätte diese Heirat zwar gern gesehen, doch wollten weder er noch das Elternpaar bei der Wahl irgendeinen Druck ausüben. Auch das griechische Königspaar soll die Verbindung gewünscht haben.

Türkei.

Abd ul Hamid auf dem Sterbebett. London, 25. März. Einem Telegramm der „Times“ zufolge hat sich der Zustand des erkrankten Abd ul Hamid derzeit verschlimmert, daß sein Ableben in Stunden erwartet wird.

Revolte turkischer Arbeiter der Bagdadbahn. Konstantinopel, 24. März. 500 turkische Arbeiter revoltierten bei der Station Serabli der Bagdadbahn gegen ihre Chefs. Es wurden Schüsse gewechselt, wobei ein Kurde getötet und mehrere Ingenieure leicht verletzt wurden. (Bergl. Seite Drahtberichte.)

Japan.

Die Ministerkrisis. Tokio, 24. März. Der Ministerpräsident hat dem Kaiser gestern nachmittags persönlich das Entlassungsgesuch des Ministeriums überreicht. Ministerpräsident Yamamoto bleibt bis zur Bildung des neuen Kabinetts im Amt. Er erklärte, der Rücktritt des Ministeriums sei erfolgt, weil die Beratungen über das Budget auf einen toten Punkt angekommen seien, und nicht im Zusammenhang mit dem Marinekandale.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Zum diesjährigen Besuch des Kaiserpaars in Wiesbaden. Nach den neuesten ReiseDispositionen des Kaisers werden der Monarch und die Kaiserin am 13. Mai hier eintreffen und auf etwa 8 Tage Hoflager im königl. Schloß nehmen. Da am 10. Mai d. J., also wenige Tage vor dem Eintreffen der Allerhöchsten Herrschaften in Wiesbaden, ein Blumenzug im Gebiet des ganzen Deutschen Reichs stattfinden soll, dessen Ertrag dem roten Kreuz zugute kommen wird, dürfte es für unsere Stadt angebracht sein, den Blumentag zu veranstalten in der Zeit, in der die Majestäten in Wiesbaden weilen. — Nach Mitteilungen der Intendantur des hiesigen Hoftheaters ist der Aufenthalt des Kaisers in Wiesbaden auf die Tage vom 13. bis 18. Mai definitiv festgesetzt worden. Das Programm der Festspiele wird nächster Tage veröffentlicht werden.

— Das Paulinenschlößchen ein Klublokal? Das Sorgenkind unserer Stadt, das Paulinenschlößchen an der Sonnenberger Straße, dürfte in Bälde, wenn alles gut geht, eine Verwendung als Klublokal finden. Eifrigere Verhandlungen werden nämlich zurzeit gepflogen zur Gründung eines eingetragenen Vereins mit dem Sitz in Wiesbaden, der den Namen „Gesellschaftliche Vereinigung“ führen soll. Zweck dieser Vereinigung ist, die verschiedenen Kreise der guten bürgerlichen Gesellschaft von Wiesbaden und Umgebung zusammenzufassen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich kennen zu lernen. Insbesondere sollen in diesem Verein die Bewohner der Villendiertel Wiesbadens vertreten sein sowie neu nach Wiesbaden ziehende Familien, die diesen Kreisen angehören, um ihnen Anstoß zu bieten. Weiterer Zweck ist, die Veranstaltung von Festlichkeiten, wie Vereinsballen, Diners, Ausflügen, Herrenabenden usw., die Pachtung des Paulinenschlößchens als Vereinslokal, in dem aber Hofspiele streng untersagt sein sollen. Die Organisation ist in der Weise gedacht, daß die Vereinsgeschäfte ein Vorstand leitet, der sich zusammensetzt aus einem Präsidenten, drei Stellvertretern und den Vorstehenden folgender zu bildender Kommissionen: Finanzkommission, Vergütungskommission, Hauskommission und Aufnahmekommission (Vollstange). Bezüglich der Finanzdisposition ist zu bemerken, daß sich die Einnahmen zusammenfassen sollen aus Beiträgen von Mitgliedern — unter diesen auch Saisonmitglieder, d. h. Kurferme, die von ordentlichen Mitgliedern auf Monatskarten eingeführt sind —, aus Verpachtung der Festäle an andere Vereine oder Versammlungen, aus Vermietung von Fremdenzimmern, aus Verpachtung des Restaurationsbetriebs. Die Ausgaben des Vereins werden entstehen durch Pachtzahlung an die Stadt für das Paulinenschlößchen, Veranstaltung von Festlichkeiten, Verwaltungs- und Druckkosten und dergleichen.

— Bessere Verbindung mit der Lahngegend. Soeben wurde nach die Einlegung eines neuen Sitzguppars zwischen Frankfurt und Limburg, zunächst nur für den Sommer, genehmigt. Es handelt sich um die Mittagszüge Frankfurt ab 12 Uhr 50 Min. nachm., Limburg an 2 Uhr 4 Min. Der Gegenzug verläßt Limburg um 2 Uhr 19 Min. nachm. und trifft um 8 Uhr 31 Min. in Frankfurt ein. Die Züge haben in Limburg gute Anschlüsse von bzw. an alle Westwaldlinien, an die Lahnbahn und in Niederrhausen von bzw. nach Wiesbaden. In Frankfurt sind Anschlüsse von bzw. nach Süddeutschland gesichert. Die Neuerung ist von wesentlicher Bedeutung für den Verkehr. Im Sommerfahrplan wird auch zum erstenmal der Versuch eines direkten Anschlusses Koblenz-Limburg-Frankfurt und umgekehrt gemacht. In Koblenz schließt um 4 Uhr 8 Min. mittags an den Dortmund-Köln Zug, der über Mainz um 6 Uhr 33 Min. in Frankfurt eintrifft, ein Zug nach Limburg an, der dort um 6 Uhr 15 Min. ankommt. Ein Teil des Zuges geht nach Siegen, der andere nach Frankfurt, wo er um 6 Uhr 45 Min. eintrifft, also bloß 15 Minuten später wie der Zug über Mainz. Die längere Fahrt wird verursacht durch einen langen Aufenthalt in Limburg und zu viele Halte unterwegs. Die Beseitigung dieser Schwierigkeiten wird der Eisenbahnverwaltung alsbald gelingen, so daß man in Zukunft von Koblenz bzw. Niederlahnstein über Limburg mindestens genau so schnell, wie über Mainz bzw. Wiesbaden nach Frankfurt kommt. Inwiefern das für künftige neue Züge von Bedeutung ist, kann einweisen unerörtert bleiben. Die gleiche Neuerung ist für den Morgenzug Frankfurt-Limburg getroffen, er vereinigt sich mit dem Siegener Zug und fährt nach Koblenz weiter. Die Neuerung ist auch für Wiesbaden durch direkte Anschlüsse nutzbar gemacht.

— Treue im Dienst. Am 1. April sind es 80 Jahre, daß Fräulein Katharine Prohmann ununterbrochen in der Familie des Kaufmanns Wilhelm Bidel, Langgasse 20, in Diensten steht.

— Zum Vatermord im Goldenen Grund. Der 29jährige Peter Sed aus Eisenbach, der am 5. Januar d. J., abends, seinen Vater, den Landwirt Peter Sed 4., getötet haben soll und ins hiesige Landgerichtsgefängnis eingeliefert wurde, hatte gegen diese seine Inhaftierung Beschwerde erhoben. Diese wurde jedoch von der Strafkammer Wiesbaden zurückgewiesen. Auch der dagegen eingelegten weiteren Beschwerde verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt a. M. nunmehr den Erfolg. Sed wird sich in der am 20. April beginnenden Schwurgerichtsperiode zu verantworten haben.

— Raubdiebstahl. In der Nähe der Klopffabrik wurde vorgestern ein Sack mit Damenkleidungsstücken von einer Rolle gestohlen. In dem Gepäckstück waren u. a. enthalten: ein weißes Kleid, ein Vorkleid, ein Hauskleid, mehrere Röcke und Unterwäsche, sieben verschiedene Blusen, neun Schürzen, Hemden, Beinkleider, Taschentücher und andere Gegenstände. Die Polizei er sucht um Verhaftung über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände.

— Personal-Nachrichten. Stadtdirektor Hofrat Dr. Spielmann hat die Amtsbezeichnung „Städtischer Archivar“ erhalten.

— Fremdenverkehr. Die Prinzessinnen Luise und Elisabeth von Ruemied sind zu längerem Aufenthalt im „Hotel Victoria“ eingetroffen.

— Kleine Notizen. In der hiesigen Abteilung der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ findet morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, die 81. ordentliche Generalversammlung im Saale des „Frankfurter Hofes“ statt. Daran schließt sich ein Lichtbildvortrag um 8 Uhr gemeinschaftliches Abendessen an. — Die Buchhandlung Jurand u. Senfels Rechtsanwältin ging kürzlich in den Besitz des Herrn Arthur Bern über und wird mit seiner Buchhandlung Firma Chr. Limbach, Kranzplatz 2, räumlich zusammengelegt. Damit sind die zwei ältesten Wiesbadener Buchhandlungen in einer Hand vereinigt. — Bei der Firma Julius Vormach begingen in letzter Zeit

mehrere Verkäuferinnen die Feier ihrer 10jährigen Tätigkeit. Dieselben wurden von der Prinzipalität und den Abteilungsleiterinnen reichlich beschenkt.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Königliche Schauspiele.** An Stelle des erkrankten Kammerjägers Schütz sind in der heutigen Aufführung der städtischen Oper „Der Evangelium“ Kammerjäger Georg Weber vom Hoftheater in Darmstadt und „Johannes Freundhofer“.

* **Kurbau.** Das beliebte Mitglied unseres Hoftheaters, Ewald Richterstein wird im Verein mit seiner Gattin Elisabeth Walger-Richterstein am Freitag dieser Woche im kleinen Saale des Kurhauses einen Dichtenabend geben.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.
Aus dem Viebrücker Stadtparlament.

o. **Viebrüch, 24. März.** Die heutige Stadtvorordneten-Verammlung war vornehmlich durch die Beratung des Haushaltsvoranschlags für das Rechnungsjahr 1914 ausgefüllt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Stadtvorordneter Bohrmann im Auftrag des Wahlausschusses die Gründe bekannt, die den Ausschuss bestimmen haben, die Wahl des Herrn Ingenieur Buchner in die Wasser- und Lichtkommission nicht wieder zu empfehlen. Sie liegen nach seiner Erklärung in der häufigen Abwesenheit des Herrn Buchner von Viebrüch und in seinem Prozeß mit der Firma Henkel u. Co. — Bei dem Punkt Neuwahl eines Schiedsmann-Stellvertreters wurde der seitherige Inhaber dieses Ehrenamts, Herr Marineoberingenieur a. D. Hubert Karmann, wiedergewählt. — Die Versammlung trat darauf in die Beratung des Etats ein. Bei dem Titel Allgemeine Verwaltung wurde der Versekung des Magistrats-Obersekretärs Laug in die 1. Gehaltsklasse der städtischen Beamten ab 1. April 1914 zugestimmt. Stadtvorordneter Krust debattierte lebhaft, daß der Magistrat zu diesem Kapitel keine besondere Erklärung abgab, obwohl die früher gehegten Erwartungen von der Herabsetzung der Einkommensteuer oder der Kanalgebühren jetzt nicht in Erfüllung gehen. Der neue Etat verlangt einen Mehrbetrag von 77 681 M., wovon allein rund 30 000 M. durch höhere Gehälter notwendig werden. Bei solchen Ziffern hält Redner es für dringend erforderlich, daß in den einzelnen Dezernaten größere Sparfamkeit walte. — Die Beratung des Etats der Polizeiverwaltung gab den Stadtvorordneten Richter (Soz.) und Koeßler (Soz.) Gelegenheit, über die Polizeibeamten des Bezirks Waldstraße Beschwerde zu führen. Oberbürgermeister Vogt nahm die Beamten in Schutz und kündigte im übrigen eine Neuorganisation des Polizeidienstes in den Bezirken Waldstraße und Adolfshöhe an, die teilweise auch schon durch die Versekung von vier Schutzleuten nach dem unteren Stadteil begonnen habe. — In der Beratung des Etats der Bauverwaltung nahm Oberbürgermeister Vogt dann Gelegenheit, sich angefaßt der von verschiedenen Stadtvorordneten geäußerten Wünsche auf Herabsetzung der Kanalgebühren über die allgemeine Finanzlage der Stadt etwas ausführlicher zu äußern. Redner sagte ungefähr: Die finanziellen Verhältnisse unserer Stadt sind nicht schlecht, aber auch nicht direkt günstig. Der Magistrat habe sich auf Grund der jetzigen Verhältnisse, entgegen den gehegten Erwartungen, nicht dazu entschließen können, der Versammlung eine Herabsetzung der Einkommensteuer oder der Grundsteuer und der Kanalgebühren vorzuschlagen. Eine solche würde sich bei einer voraussetzenden Steuerpolitik, die auch mögliche Rückschlüsse in Betracht zieht, nicht empfehlen. Sie kommen erst in Frage, wenn die an die Erhöhung der Einnahmen aus den städtischen Betrieben geknüpften Erwartungen eingetreten sind. Im übrigen halte Redner eine immerhin mögliche Herabsetzung von 5 Prozent bei der Einkommensteuer gegenüber den 100 Prozent der Stadt Wiesbaden nicht für sehr erheblich. Auch die aus dem Generalspardon zu erwartenden Mehreinnahmen sind nicht derart hoch, daß sie eine Herabsetzung der Steuerfäße rechtfertigen würden. Falls indessen schon vom nächsten Jahre ab eine anhaltend günstige Entwicklung der städtischen Finanzen eine steuerliche Entspannung möglich mache, werde diese sich zunächst auf Herabsetzung der Kanalgebühren und der Grundsteuer und erst dann der Einkommensteuer erstrecken. Schließlich empfehle sich bei der ganzen Frage eine besonders vorsichtige Behandlung in der Öffentlichkeit. Stadtvorordneter Dr. F. Kalle betonte anschließend daran, daß die programmatischen Erklärungen des Oberbürgermeisters durchaus der Stimmung der Stadtvorordneten-Versammlung entsprechen. — Bei dem Kapitel Armenverwaltung wurde die Herabsetzung der Armenunterstützungssätze auf die in Wiesbaden gezahlten Beträge beschlossen. Die Mehrbelastung des Etats beläuft sich auf 1600 bis 1800 M. — Die hiesigen Lehrpersonen haben im Oktober v. J. den Antrag auf Erhöhung von Ortszulagen bis zur Höhe von 500 M. nach 25 Dienstjahren gestellt. Der Magistrat hat dem Gesuch keine Folge gegeben, da der Etat für 1914 keine weiteren Belastungen vertragen kann und eine solche auch für die folgenden Jahre vorläufig aus dem einen Grunde schon vermieden werden muß, da die Änderung des kommunalabgabengesezes vermuthlich verschiedene Steueransätze mit sich bringen wird. Die Versammlung nahm die Entschliekung des Magistrats zur Kenntnis, nachdem vorher Stadtvorordneter Brambach noch den Standpunkt der Lehrerschaft vertreten hatte. Die Frage soll indessen bei der ersten Gelegenheit nach den Wünschen der Lehrerschaft erledigt werden, sobald die Dedungsfrage genügend geklärt ist. — Vom Magistratsrat aus wurde schließlich noch zugesagt, die Frage der Arbeitslosenversicherung sowie der Einführung von Ferienspaziergängen für Volksschüler gemäß verschiedener Anregungen aus der Versammlung einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen. Die Weiterberatung wurde dann auf nächsten Freitag vertagt.

o. **Schierstein, 24. März.** Vor dem Amtsgericht in Wiesbaden wurde gestern das zur Konkursmasse des Apothekers Fetti gehörige Wohnhaus Wilhelmstraße 26 dahier, in welchem zurzeit noch eine Drogerie betrieben wird, zur Versteigerung gebracht. Höchstbietender mit 9000 M. blieb dabei der Kaufmann Jakob Andreas in Wiesbaden, Elsäßerplatz 8. 30 000 M. Hypotheken bleiben bestehen. Von einer dieser Hypotheken folgendes Hypothek der Ehefrau des Steuerers in Höhe von 22 000 M. waren diesem 2000 M. abgetreten worden. Ortsgerichtlich war das Immobilien zu 56 000 M., seitens der Steuerbehörde aber zu 65 000 M. geschätzt. Die Zuschlagserteilung erfolgte gleich im Termin. — Dem Schulamtskandidaten Dadißch von hier ist die Lehrerstelle zu Rudenbach im Oberwesertal übertragen worden.

o. **Erbenheim, 24. März.** In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde der von dem Landmesser Villmer in Wiesbaden vorgelegte Bebauungsplan rechts und links der Wiesbadener Straße genehmigt. Nach dem Plan wird die Wiesbadener Straße, anschließend an den Bebauungsplan der Stadt Wiesbaden, auf 24 1/2 Meter verbreitert. — Nach einem Schreiben des Königl. Landrats soll die Anzahl der Ferkelmärkte reduziert werden. Die Märkte werden im Februar, März, April, Mai, September und Oktober stattfinden. — Von jetzt ab stehen dem Totengräber bei einem Begräbnis einer Person über 14 Jahre 6 M. und bei einer solchen unter dieser Altersgrenze 5 M. zu. — Ferner erhält jeder Nachtwächter eine Zulage von jährlich 40 M., so daß sich von jetzt ab ihr Jahresgehalt auf 300 M. stellt.

o. **Wald, 24. März.** Unsere Gemeindevertreterwahl findet morgen Mittwoch, den 25. März, statt. Die Wahlzeit der 3. Klasse ist auf mittags 12 Uhr festgesetzt, eine Zeit, wo es wohl nur wenigen möglich sein wird, ihr Wahlrecht auszuüben.

Nassauische Nachrichten.

o. **Sauerthal bei Lorch a. Rh., 24. März.** Auf der Dachschiefergrube „Wilhelmine“ bei Sauerthal ist der Betrieb, der längere Jahre geruht hatte, kürzlich wieder aufgenommen worden. Die Grube erwies sich anfänglich als unrentabel und erst durch spätere Sprengungen ist es gelungen, ein ganz vorzügliches Material freizulegen, das der rheinischen Schieferindustrie alle Ehre macht. Zurzeit werden auf der Grube 25 Arbeiter beschäftigt, jedoch wird bei dem stetig steigenden Absatz des Schiefers demnächst eine Vermehrung der Arbeitskräfte notwendig werden.

o. **St. Goarshausen, 24. März.** Die fast 70jährige Witwe Rosenthal aus Nieschen wurde heute auf der Eisenbahnstation Selenbach von einem Zuge erfasst und getötet. Die alte Frau war auf der rechten Seite ausgefahren und dabei unter eine Lokomotive geraten.

o. **Höchst a. M., 24. März.** Nach kurzem Verden verschied gestern Abend im hiesigen städtischen Krankenhaus der katholische Pfarrer von Unterlieberbach, Rudolph Rolke.

o. **Griesheim a. M., 24. März.** Der 24jährige Söhnein Georg Grob machte seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Grob, der unmittelbar vor seiner Verheiratung stand, wurde durch ein schweres Verden in den Tod getrieben.

o. **Griesheim bei Darmstadt, 25. März.** Gestern mittag gegen 2 Uhr brach in der Werkstätte der 6. (Juden-)Kompanie des Telegraphen-Bataillons Nr. 3 auf dem Truppenübungsplatz Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff und sich bald des ganzen Schuppens bemächtigte. Die Situation war ziemlich kritisch, als auch ein in der Nähe befindlicher Benzin-Aufbewahrungsraum vom Feuer ergriffen zu werden drohte. Dem energischen Eingreifen des Feuerlöschkommandos des Truppenübungsplatzes, das mit sämtlichen Feuerspritzen auf der Brandstelle erschien, gelang es jedoch, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die telephonisch herbeigerufene Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen den Brand bereits zum großen Teil gelöscht. Der entstandene Materialschaden ist ziemlich bedeutend; der Brand ist durch Explosion eines in der Werkstätte aufgestellten Motors entstanden.

o. **Camberg, 24. März.** Gestern bewegte sich durch die Straßen unseres Städtchens ein Zeichenzug, wie er seit dem Reichstagsgebäude des Zentrumsabgeordneten Lieber nicht mehr gesehen wurde. Galt es doch einem Mann das letzte Geleit zu geben, der nicht nur bei unserer Bürgerschaft, sondern auch im Kreis seiner Kollegen und weit über das Weichbild Cambergs hinaus hohes Ansehen und hohe Achtung genoss, Dr. Siebert F. u. d., einem geborenen Camberger. Vater Lieber, ein naher Verwandter, nahm die kirchliche Handlung vor. Ein Berg von Kränzen türmte sich auf dem frischen Grabhügel auf; Zeugen der Liebe und Hochachtung, gewidmet von seinen Kollegen, Offizieren und Ärzten, von Freunden und Mitarbeitern, Korporationen und Vereinen, nicht zuletzt aber von dankbaren Patienten; denen er ein Retter in der Not war.

o. **Kunkel, 24. März.** In der letzten Stadtvorordnetenversammlung wurde der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1914/15 in Einnahme und Ausgabe auf 138 500,60 M. festgesetzt. In Steuern sind wie im Vorjahr 130 Prozent Einkommensteuer, 150 Prozent Real- und 80 Prozent Betriebssteuern vorgesehen. Dem „Turnverein“ wurde auf sein Gesuch ein Bauplatz zur Erweiterung der Turnhalle unentgeltlich überlassen. In dem Neubau soll u. a. auch ein Raum für eine Kleinkinderschule geschaffen werden.

o. **Weilmünster, 24. März.** Ein gemeiner Diebstahl wurde auf dem hiesigen Bahnhof an einer armen Frau verübt. Der Frau, welche ein Paket mit selbstgestrickten Strümpfen in einem Weilburger Geschäft abliefern wollte, wurde von einem noch unbekanntem Täter der ganze Pack in einem unbeachteten Augenblick gestohlen. Die Strümpfe hat der Dieb dann in der Umgegend verkauft.

o. **Oberssach (Oberlahnkreis), 24. März.** Der hiesige Arbeiterturnverein hat sich nach mehrjährigem Bestehen aufgelöst und seine ganzen Geräte verkauft.

Gerichtssaal.

o. **Das Urteil gegen den Heppenheim-er ehemaligen Redner Höhn.** Darmstadt, 25. März. Die zweite Strafkammer verurteilte heute den 42 Jahre alten Kaufmann Franz Höhn aus Heppenheim, früheren Redner des Spar- und Kreditvereins Heppenheim, der nach Unterschlagungen von 210 000 M. vor zwei Jahren nach Amerika flüchtig gegangen war und von dort wegen der von ihm begangenen Urkundenfälschungen ausgeliefert worden war, zu 3 Jahren Gefängnis, abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft. Wegen der Unterschlagung der Gelder, die inzwischen erbeutet worden sind, konnte er nicht abgeurteilt werden, da seine Auslieferung aus Amerika nur wegen der Urkundenfälschung erfolgte.

Die Köpenicker Bootskatastrophe.

o. **Köpenick, 24. März.** Bei Schluß der Arbeit in den Spindlerschen Fabriken werden allabendlich mehrere hundert Arbeiter, die in der Köpenicker Dammvorstadt wohnen, in 15 bis 20 Ruderbooten über die Spree gefahrt, da die Leute dadurch einen großen Umweg sparen. Heute Abend waren ungefähr noch vier Boote auf der Mitte des Flusses, als der Schleppdampfer „Paul“, mit einem Schleppkahn im Tau, in ziemlich scharfer Fahrt des Weges kam. Der Dampfer gab Signale, damit die Ruderboote ausweichen konnten. Einer der Bootsführer jedoch, ein gewisser Theodor Korn, wollte mit seinem Boot noch vor dem Schleppzug vorbeikommen. Der

Führer des Schleppdampfers machte einen Bogen, um auszuweichen, dabei kam das von Korn geführte Boot durch die Wellen der Schraube zwischen Schlepper und Schleppkahn. Der Anprall war so stark, daß das kleine Boot sofort zerstückelte und die in ihm befindlichen 21 Personen sämtlich ins Wasser stürzten.

Eine besonders tragische Szene.

o. **Köpenick, 24. März.** Besonders tragisch ist das Geschick des ertrunkenen Fräuleins Guedenwerning aus Friedrichshagen, welche, wie bereits gemeldet, sich unter den Fahrgästen des Ruderbootes befand. Das junge Mädchen hatte heute gerade Geburtstag und wurde am Ufer von ihren Angehörigen mit Blumensträußen erwartet. Bei dem Untergang des Ruderbootes fielen einige der sie erwartenden Frauen in Schreckensschreie, von denen sie sich erst nach einiger Zeit erholten. Im Köpenicker Stadttheater wurde die Vorstellung abgesetzt.

Das Rettungsverf.

o. **Köpenick, 24. März.** Die auf dem Fluß befindlichen Boote eilten sofort nach der Unfallstelle und ein des Weges kommender Dampfer der Kurheimschen Fabrik warf sofort zwei Rettungsringe ins Wasser, an die sich zwei mit den Wellen ringenden Personen anklammerten und dadurch gerettet werden konnten. Die Geretteten wurden vorläufig im Badehaus der Spindlerschen Fabrik untergebracht, desgleichen die bisher geborgene Leiche einer jungen Frau. Von den anderen Insassen fehlt jede Spur. Die Strompolizei sowie Angehörige der Spindlerschen Fabrik und Fischer suchten das Wasser nach den Vermissten ab. Die Fährte wurde am Ufer gescheitert. Der Unfall hat in Köpenick und Umgebung große Erregung hervorgerufen. Das Ufer war von einer dichten Menschenmenge besetzt. Die Verunglückten sind meistens Familienmitglieder und in Friedrichshagen ansässig.

Die Zahl der Opfer.

o. **Köpenick, 25. März.** Nach einer amtlichen Feststellung sind bei der Katastrophe des Spindlerschen Ruderbootes von neunzehn Insassen zehn ertrunken, und zwar neun Arbeiterinnen und der Bootsführer. Von den neun Geretteten befinden sich zwei im Krankenhause.

Die Schuldfrage.

o. **Köpenick, 25. März.** Der Führer des Schleppers „Paul“ und der den Schleppkahn bedienende Schiffer wurden von den Beamten der Wasserpolizei, die kurze Zeit nach dem Unfall im Motorboot eintrafen, in Haft genommen und auf die Köpenicker Polizei verbracht, um dort einem Verhör unterworfen zu werden. Nach den bisherigen Feststellungen, die sich auch auf die Aussagen einzelner Geretteter begründen, scheint die Schuld an dem Unfall dem Lenker des Dampfers zuzuschreiben zu sein, der links ausbog anstatt nach rechts. Der nachfolgende Kahn rampte dann bei der scharfen Biegung die Fährte um. Der Führer gibt an, daß er sich vor dem Zusammenstoß in der Kajüte aufgebaut habe. Die Führung hatte er dem 19 Jahre alten Bootsmann Karl Valentin übertragen. Ein Warnungssignal veranlaßte ihn, an Deck zu gehen, als schon ein zweites Warnungssignal ertönte. So wie er die Lage überblickte, hätte er Valentin zugeufen: Links verüber! Der Schleppdampfer kam auch an dem Boot vorbei, das gefahrene Schiff überkamnte jedoch den Kahn. Folgebahnen bebautet, wenn der gefahrene Kahn in der Fahrtrichtung des Dampfers gefahren wäre, wäre das Unglück vermieden worden.

Neues aus aller Welt.

o. **Belohnung für die Ermittlung des Schmierlakens vom Reichstagsgebäude.** Berlin, 24. März. Wie gemeldet wurde das Reichstagsgebäude ebenso wie das Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg von Unbekanntem mit Anilinfarbe beschmutzt. Das Berliner Polizeipräsidium hat nun auf die Ergreifung der Täter 300 M. Belohnung ausgesetzt.

o. **Brand in der neuen königlichen Bibliothek in Berlin.** Berlin, 25. März. Gestern Abend brach in der neuen königlichen Bibliothek, die erst am Sonntag feierlich eingeweiht worden war, ein Brand aus, der aber rasch gelöscht werden konnte. Vermögenswerte Schäden ist nicht angerichtet worden. Geniessterrre, Saarbrücken, 24. März. In Pöhltingen sind fünf Personen an Geniessterrre erkrankt.

o. **Wieder statt. Danzig, 24. März.** Der Dampfer „Franziska“, der in der Nacht zum Sonntag bei Danziger Weisenerf strandete, ist heute nachmittags von privaten und fiskalischen Dampfern abgeholt und in den Danziger Hafen gebracht worden.

o. **Tragödie eines taubstummen Ehepaares.** Jümenau, 24. März. Der taubstumme Schreiner Hoffmann geriet mit seiner ebenfalls taubstummen Frau in Streit und feuerte fünf Revolverkugeln auf die Frau ab, die tödlich verletzt wurde.

o. **Ein Riesenkonturs.** Mankenburg (Ostpr.), 24. März. Großes Aufsehen erregte hier der Zusammenstoß des bekannten Lotteriebauwirtschaftlers Josef Reber, der sich in Halberstadt verpfändet hatte. Die Verbindlichkeiten Rebers werden auf über 1 1/2 Millionen Mark geschätzt. Die Unterbilanz ist hauptsächlich auf verlustreiche Spekulationen in Wertpapieren zurückzuführen.

o. **Gedampfer.** Königsberg (Preußen), 24. März. Der Merestrom führt zum zweitenmal Gedampfer, das die Ufer weithin überdeckte. Der Verkehr ist beträchtlich behindert. Die Dampfer „Aurelia“ und „Graf“, die der harten Strömung ausweichen wollten, gerieten in der Nähe des Ufers auf Grund.

o. **Von Wildschweinen angefallen und getötet.** Solofin (Ruffisch-Polen), 24. März. Ein Waldhüter wurde auf seinem Rundgang von Wildschweinen angefallen und getötet.

o. **Ein folgenschwerer Autounfall.** Warschau, 25. März. In der Bukowinstraße trafen gestern zwei Automobile mit furchtbarem Gewalt zusammen und wurden gänzlich zerstört. Eine auf dem Bürgersteig gehende Frau wurde getötet, indem sie von einem Kraftwagen mit aller Gewalt gegen ein Haus geschleudert wurde. Ferner erlitten der Oberstani Polozewski den Tod. Seine Tochter wurde schwer, ein Ingenieur und Chauffeur wurden leicht verletzt.

o. **Eine ganze Stadt eingekerkert.** Nagota, 24. März. Nagota ist durch eine Feuersbrunst vollständig eingekerkert worden.

Letzte Drahtberichte.

Die Begegnung in Venedig.

o. **Die Ankunft des Königs von Italien in Venedig.** Venedig, 25. März. Der König ist um 8 Uhr 35 Min. hier eingetroffen und hat sich nach dem Königspalast begeben. Es herrscht Regenwetter.

Der Besuch auf der „Hohenzollern“.

o. **Venedig, 25. März.** König Viktor Emanuel besuchte heute vormittag um 10 Uhr den Kaiser auf der „Hohenzollern“ und wurde unter Salut und dreifachem Hurra der Mannschaften sowie unter dem Präsentieren der Ehrenwache vom

Kaiser am Falken empfangen. Die Begrüßung war sehr herzlich. Die Monarchen küßten einander wiederholt und schritten hierauf die Front der Ehrenkompanie unter den Klängen des italienischen Marcia Reale ab.

Ein aufsehenerregender Zwischenfall in Konstantinopel.

General Liman v. Sanders mit gezogenem Revolver in dem französischen Depeschembureau.

Konstantinopel, 25. März. (Fig. Drahtbericht) Der Name des Generals Liman v. Sanders ist seit gestern wieder in aller Munde. Der „Matin“ hatte im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Tochter des Generals eine für den General und seine Angehörigen in hohem Maße verletzende Notiz gebracht.

Die Kronprinzenreise nach Ostafrika ganz aufgegeben? S. Berlin, 25. März. (Fig. Drahtbericht) Die geplante Reise des Kronprinzenpaars nach Deutsch-Ostafrika ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, aufgeschoben worden, zunächst auf mindestens ein Jahr.

Deutsch-griechische Verhandlungen in Korfu. Athen, 25. März. (Fig. Drahtbericht) König Konstantin wird zum griechischen Nationalfest am 7. April von Korfu nach Athen zurückkehren, am Abend desselben Tages aber in Begleitung des Ministerpräsidenten Venizelos wieder nach Korfu reisen, wo am 8. April der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg eintreffen wird.

Das angeblidte Ergebnis der „Roten Woche“. Berlin, 25. März. (Fig. Drahtbericht) Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute eine genaue Zusammenstellung über die Erfolge der Roten Woche. Danach sind u. a. in Frankfurt a. M. 5384 neue Mitglieder und 902 neue Abonnenten gewonnen worden.

Rachtlänge zum Frankfurter Gewerkschaftsrecht. Offen, 25. März. (Fig. Drahtbericht) Zum letzten Gewerkschaftsrecht in Frankfurt a. M. ging der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ folgende Nachricht zu: Wie ein hervorragendes Mitglied der vom Kaiser für diesen Wettbewerb eingesetzten Kommission einem bekannten deutschen Tonkünstler mitteilte, hat der „Bölnner Männergesangsverein“ lediglich

deshalb den Wanderpreis an den „Berliner Lehrergesangsverein“ verloren, weil der kürzlich verstorbene Musikdirektor Professor Fleisch in Frankfurt a. M. als Preisrichter die Leistungen der Bölnner in einer so ungünstigen Weise bewertet hat, daß bei dem zur Anwendung gelangenden Punktsystem Berlin einen Vorsprung erlangen mußte. Den Grund für die ungünstige Beurteilung der Bölnner Sänger durch Fleisch vermag das Kommissionsmitglied nur in einer starken persönlichen Antipathie des Verstorbenen gegen den Bölnner Verein zu erblicken.

Die Witterfrisis.

London, 25. März. (Fig. Drahtbericht) Gestern Abend kam es in Belfast zu einem Zusammenstoß zwischen homerulefeindlichen und homerulefreundlichen Parteigängern und den irischen Homeruleanern. Die Menge warf mit Steinen und feuerte aus Revolvern. Die Polizei schritt ein und trieb die Menge auseinander.

Die Verhandlungen im englischen Kriegsministerium. London, 25. März. Die „Times“ melden aus Dublin: Die Verhandlungen zwischen den Offizieren und dem Kriegsminister verliefen sehr stürmisch. Sir John French kritisierte die Handlungsweise der Offiziere, welche die schärfste Strafe verdienen. Erst das Dazwischentreten von Lord Roberts schuf eine bessere Stimmung.

Erfolge der Insurgenten in Torreon. Juarez, 25. März. Nach einer hier eingegangenen Meldung haben die Insurgenten zwei Stadtviertel von Torreon erobert. Der Straßenkampf dauert an.

Die Kabinettskrise in Japan. Tokio, 25. März. Die Demission des Kabinetts wird hier von keiner Seite bedauert. Die Regierung war vollständig in Miskredit geraten und man erwartete feil Bösen ihren Rücktritt. Seit der Ablehnung des Flottenbudgets hatte das Kabinett keinerlei Existenzberechtigung mehr.

Ein glimpflich verlaufener Zusammenstoß zweier deutscher Torpedoboots.

Delgoand, 25. März. (Fig. Drahtbericht) Im Laufe der gestrigen Nachmanöver wurde das Torpedoboot „G 193“ von dem Torpedoboot „108“ angegriffen. „G 193“ erhielt drei Löcher am Steuerbord und ein Loch am Achterlebensbord dicht über der Wasserlinie. Die Mannschaft wurde nicht verletzt. „G 193“ läuft nach Kiel zum Docks.

Arbeiterausbreitungen an der Saggabahn. London, 25. März. (Fig. Drahtbericht) Die Tumulte an der Saggabahn am Oberlauf des Euphrat haben einen ernsteren Verlauf genommen als man bisher annahm. Die türkischen Arbeiter griffen einen Schuppen an und überfielen die deutschen Ingenieure, von denen acht verwundet wurden. Auch ein Österreicher und ein Engländer wurden bei dem Sturdenangriff verletzt.

Zum Tode des Direktors des Sejusobervatoriums. Rom, 25. März. (Fig. Drahtbericht) Die Polizei leitete eine Untersuchung über den Tod des Direktors des Sejusobervatoriums Professor Rercalli ein. Diese hat zu dem Verdacht geführt, daß Prof. Rercalli nicht einem Unglücksfall, sondern einem Mordanschlag erlegen ist.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

25. März, 8 Uhr vormittags. 1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Table with columns: Beobachtungs-Station, Barom., Wind-Richtung u. Stärke, Wetter, Therm. Cel., Beobachtungs-Station, Barom., Wind-Richtung u. Stärke, Wetter, Therm. Cel. Rows include Berlin, Hamburg, Wien, etc.

Beobachtungen in Wiesbaden

Table with columns: 24. März, 7 Uhr vormittags, 2 Uhr nachm., 9 Uhr abends, Mittel. Rows include Barometer auf 0° und Normalhöhe, Barometer auf dem Meeresspiegel, etc.

Wettervoraussage für Donnerstag, 26. März 1914, von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Meist trüb, Niederschläge, keine Temperaturänderung, westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Table with columns: Biebrich, Pegel, 4.36 m gegen 3.54 m am gestrigen Vormittag, Caub., Mainz.



Der Kaffee ist bei Arterienverkalkung absolut zu verbieten oder nur durch den unschädlichen Kaffee Hag, den coffeinfreien Bohnenkaffee, zu ersetzen.

(Zeitschrift für Balneologie 1908, Heft 8.)

Dem heutigen Morgenblatt liegt der Geschäftsbericht der Vereinsbank Wiesbaden G. m. b. H., Mauritiusstraße 7, für die Stabtafelung bei F 494

Handelsteil.

Berliner Börse.

Berlin, 25. März. (Fig. Drahtbericht) Da auch heute keine anregenden Momente vorliegen, so zeigte die Börse wieder hochgradige Geschäftsunlust, zumal der Ultimo nah. Die Kurse gaben daher fast überall nach, am empfindlichsten Laura und Hapag. Der Montanmarkt zeigte sich über den Ertragsrückgang der Prager Eisenindustrie verstimmt und über die Ernüchterung der schottischen Blechpreise. Schiffahrtsaktien waren in Erwartung eines ungünstigen Geschäftsjahres lebhaft angeboten.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 25. März. (Fig. Drahtbericht) Da der Spekulation heute keine Anregung durch New York zuteil geworden war und Wien feiertagsmäßig geschlossen ist, so begann das Geschäft bei stiller Tendenz. Etwas Verstimmung ließ die schwache Haltung der Pariser und Wiener Börsen zurück, wovon namentlich russische Papiere betroffen wurden. Heimische Banken lagen ruhig und gut behauptet. Von Bahnen schwächten sich Baltimore und Ohio ab auf den wenig günstigen Februarabschluss. Lombarden behauptet. Schiffahrtsaktien waren vernachlässigt und die Kurse nur wenig verändert. Norddeutscher Lloyd behauptet, Paketfahrt etwas schwächer. Von Montanpapieren sind Deutsch-Luxemburger im Gegensatz zur gestrigen Kursbewegung etwas fester. Gelsenkirchen und Phönix-Bergbau preisstabil. Oberschlesische Werte schwächten sich ab. Am Kassamarkt der Rentenwerte war das Geschäft ziemlich belebt. In heimischen Anleihen bestand vereinzelt weitere Nachfrage. Russenwerte schwächten sich ab. Am Kassamarkt der Dividendenwerte war die Haltung bei ruhigem Geschäft geteilt. Die Börse schloß auf den meisten Gebieten etwas höher, was sich auch in Elektropapieren bemerkbar machte. Privatdiskont 3% Proz. (wie gestern).

Banken und Geldmarkt.

Die A.-G. für Boden- und Kommunalkredit in Straßburg weist für 1913 einen Reingewinn von 1995 200 M. (i. V. 1912 100 M.) aus und beantragt eine Dividende von wieder 10 Proz. 4proz. Württembergische Staatsanleihe. Auf diese mündelsichere Anleihe nimmt das Bankgeschäft Gebr. Krier Anmeldungen entgegen.

Industrie und Handel.

Daimler-Motoren-Gesellschaft, Untertürkheim. Das Geschäftsjahr 1913 schließt, wie uns berichtet wird, den Vortrag vom Vorjahre mit 602 947 M. eingerechnet, mit einem Reingewinn von 3 214 168 M. (i. V. 2 862 442 M.) ab. Der am

25. April 1914 zusammentretenden Generalversammlung soll der Antrag unterbreitet werden, eine Dividende von 14 (i. V. 12) Proz. zu verteilen. Aus dem Rest sollen 934 183 M. (685 354 M.) zu außerordentlichen Abschreibungen — neben 538 100 M. (i. V. 519 024 M.) zu ordentlichen Abschreibungen — verwendet werden. Ferner sollen dem außerordentlichen Reservefonds 500 000 M. überwiesen werden. Nach einer Dotierung der Arbeiterunterstützungskasse sowie eines Dispositionsfonds für Wohlfahrtszwecke und Bestreitung der Tantiemen wird der Saldo von 447 281 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Prager Eisenindustrie. Wien, 24. März. Heute fand die Verwaltungssitzung der Prager Eisenindustrie statt. Das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 1913/14 weist eine Ertragsverminderung von rund 5% Millionen Kronen aus. Der Absatz von Eisenfabrikaten zeigt einen Ausfall von 830 000 Zentnern, der Absatz in Steinkohlen einen Ausfall von 920 000 Zentnern und der Absatz von Phosphatmehl einen solchen von 110 000 Zentnern.

Verein Chemischer Fabriken in Mannheim. Die Gesellschaft weist für 1913 einen Reingewinn von 1 765 544 M. (2 151 078 M.) aus. Die Dividende wird wieder mit 20 Proz. auf das 5.2 MHL. M. betragende Aktienkapital vorgeschlagen. Freierhöhung für Rohleder. Infolge der außerordentlichen Preissteigerung, die in den letzten Wochen die Rohhäute erfahren haben, sehen sich die Rohlederfabrikanten gezwungen, die Preise für alle Fabrikate aus diesen Rohhäuten entsprechend zu erhöhen.

Interessengemeinschaft in der Waggonindustrie. Die Waggon- und Maschinenfabrik vorm. Busch in Bautzen hat eine Interessengemeinschaft mit der A.-G. für Eisenbahn- und Militärbedarf in Weimar abgeschlossen, von deren Aktienkapital die Busch-Gesellschaft bereits drei Viertel besitzt. Zur Durchführung dieser Transaktion hat die Waggonfabrik Busch bereits vor einiger Zeit eine Kapitalerhöhung um 750 000 M. beantragt.

Die Schriftgießerei D. Stempel, A.-G., Frankfurt a. M., verteilt aus einem Reingewinn von 301 045 M. (i. V. 323 733 M.) eine Dividende von 12 Proz. (wie i. V.).

Die Union-Schreibmaschinen, G. m. b. H. in Berlin, hat die Umwandlung der Firma in A. E. G. Schreibmaschinen, G. m. b. H., vollzogen.

Die H. Berthold Messingblechfabrik und Schriftgießerei, A.-G. in Berlin, verteilt aus einem Reingewinn von 851 517 M. (860 845 M.) wieder 15 Proz. Dividende.

Genossenschaftswesen.

Die Volksbank Oberlankstein, e. G. m. u. H., hielt am Sonntag im „Hotel Weiland“ ihre Generalversammlung ab. Der Gesamtumsatz auf einer Seite beträgt etwa 5 Millionen Mark, der Reingewinn 9015 M. Es kommt wiederum eine Dividende von 5 Proz. zur Verteilung. Die Reserven erreichen sodann nach ihrer Zuwendung die Höhe von 50 000 M.

Marktberichte.

O. Fruchtmarkt zu Frankfurt a. M. vom 25. März. Weizen, hiesiger, 20.50 bis 20.60 M., kurhessischer 20.40 bis 20.50 M., Roggen, hiesiger, 16.25 bis 16.40 M., Gerste, Winterernte, 16.50 bis 17.25 M., Franken, Pfälzer, Ried 16.50 bis 17.75 M., Hafer, hiesiger, 16.50 bis 17.50 M., Mais 15 M. Alles per 100 Kilo.

O. Kartoffelmarkt zu Frankfurt a. M. vom 25. März. Kartoffeln in Wagenladung 4 bis 4.50 M., im Detail 5.50 M. Alles per 100 Kilo.

Groß-Gerau, 24. März. Der Massenauftrieb bei den hiesigen Ferkelmärkten hält an. Am letzten Ferkelmarkt waren nämlich 1012 Tiere aufgetrieben. Die Preise bewegten sich aber dennoch in ihrer seitherigen Höhe und wurden für Ferkel 12 bis 25 M., für Springer 28 bis 30 M. und für Einleger 40 bis 55 M. pro Stück bezahlt. Der nächste Ferkelmarkt findet am Montag, den 30. März d. J., statt.

Konkurs-Nachrichten

aus den O.-L.-G.-Bez. Darmstadt, Frankfurt a. M., Kassel.

Table with columns: Name (Firma), Wohnort (Amtsgericht), Konkursverwalter, Datum, etc. Rows include Handschuhmacher Wilhelm Bartsch, Schuhwarenhd. Herm. Mildenberg, etc.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten.

Chefredakteur: R. Hegerbach.

Verantwortlich für den politischen Teil: R. Hegerbach; für Rechtswesen: S. v. Rosenfeld; für Kunst und Sport: G. Hegerbach; für Wissenschaft: S. v. Rosenfeld; für Sport und Spiel: R. Hegerbach; für Vermischtes und Briefkasten: G. Hegerbach; für Handel: S. v. Rosenfeld; für die Anzeigen und Bekanntmachungen: S. v. Rosenfeld; für die Anzeigen und Bekanntmachungen: S. v. Rosenfeld.

Erscheinungszeit der Redaktion: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr.

Table with exchange rates for various currencies including Sterling, Franc, and others.

Kursberichte vom 25. März 1914.

Eigene Drahtberichte aus Wiesbadener Tagblatt.

Table with exchange rates for gold, silver, and other commodities.

Berliner Börse.

Main table for Berlin stock market, listing various bank and industrial stocks with their prices and percentages.

Table for Berlin stock market, listing various industrial and utility stocks.

Table for Berlin stock market, listing various utility and other stocks.

Table for Berlin stock market, listing various foreign and international stocks.

Table for Berlin stock market, listing various bonds and obligations.

Frankfurter Börse.

Main table for Frankfurt stock market, listing various bank and industrial stocks.

Table for Frankfurt stock market, listing various utility and other stocks.

Table for Frankfurt stock market, listing various utility and other stocks.

Table for Frankfurt stock market, listing various foreign and international stocks.

Table for Frankfurt stock market, listing various bonds and obligations.

Londoner Börse.

Table for London stock market, listing various international stocks and bonds.